

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 27.

„Tagblatt-Ganz“

Schaller-Gasse geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

26,000 Abonnenten.

2 Tagesausgaben.

Verleger:

Verlag (Erpeditoren) 2953, Hebraktion 52, Zanderei 2266.

Rufzeit von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Bezugspreis für beide Ausgaben: 50 Pfg. monatlich durch den Verlag Langgasse 27, ohne Bringerlohn. 2 Bll. 50 Pfg. vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, ausschließlich Briefpost. — Bezugs-Verhältnisse nehmen ausserdem entgegen: in Wiesbaden die 5 Postämter, sowie die 181 Hauptpostämter in allen Teilen der Stadt; in Wiesbaden die dortigen 86 Postabteilungen und in den benachbarten Sandorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigenpreis für die Zeile: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ in einheitlicher Schrift; 20 Pfg. in diesem abweichender Satzführung, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Pfg. für lokale Kleinanzeigen; 2 Pfg. für auswärtige Kleinanzeigen. Ganze, halbe, viertel und viertel Seiten, durchlaufend, sind besonders bevorzugt. — Bei wiederholter Aufnahme unentbehrlicher Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechender Rabatt.

Anzeigenannahme: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 8 Uhr nachmittags.

Für die Aufnahme später eingereicherter Anzeigen in die nächstfolgende Ausgabe wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 288.

Wiesbaden, Dienstag, 22. Juni 1909.

57. Jahrgang.

Morgen-Ausgabe.

1. Blatt.

Auf, zum Hansabund!

** Wiesbaden, 21. Juni.

Das ganze Elend unserer Finanzreform-Angelegenheit, das ekle Schauspiel des Heilschens um Wein und Wein seitens aller in Frage kommenden Faktoren, es hat bisher nur einen Lichtpunkt gehabt: die plötzliche energische Opposition der wirtschaftlichen Kreise, denen das begehrtliche, immer ungebührlich über seine Not zeternde Agrariertum das Fell über die Ohren zu streifen trachtet. In steter, aufsteigender, Geist und Körper gleich in Anspruch nehmender Arbeit, im steten Ringen, sich ehrenvoll auf dem Weltmarkt zu behaupten, haben Industrie und Handel es bisher versäumt, sich auch in politischer Beziehung sich auf sich selber zu verlassen und ihre Macht zu zeigen. Geschlossen standen bisher beieinander nur im wesentlichen die Arbeiterschaft, die Landwirtschaft unter ihrer junkerlichen Führung und das Heer der römischen Kirche. Das, was die eigentliche Bedeutung unseres Staates, der aus einem agrarischen längst zu einem vorwiegend industriellen geworden ist, ausmacht: Handel, Industrie und Gewerbe, das zahlte, zahlte und zahlte wieder, trug die Hauptkosten der Unterhaltung, ließ sich Verzehrer und Produktion mit immer neuen Abgaben beschweren, ließ sich beim harten Existenzkampf durch die konservativen Gesetzmacher immer wieder in die Arme fallen, während jene selber in steuerlichen Liebesgaben schmelzen konnten und bei der „Einschätzung“ jegliche Rücksicht erfuhren. Kein Wunder, daß unter solchen Umständen die Bevorzugten noch übermütiger wurden, als die „Sunter“ ja traditionell schon sind, kein Wunder, daß ihre maßlose Begehrlichkeit und ihr Streben, die Lebensmittelpreise in die Höhe zu treiben, alles zu genießen, die Kosten aber auf andere abzuwälzen, endlich den Bogen überspannt hat und daß die „Geschundenen“ endlich — endlich zur Einsicht kamen und ihr machtvolles: Bis hierher und nicht weiter! riefen. Es war wie mit einem Schlage, daß sich die bisher Unterdrückten, Beiseite-Geschobenen erhoben, ihre wohlberechtigten, schwerer wie je zuvor bedrohten Interessen zu verteidigen und den Schreier endlich einmal zu zeigen, nach welcher Seite hin sich das Schwergewicht der staatlichen Existenz verschoben hat.

Wichtiger — und in ihrem Eindruck würdiger als jemals eine Agrarierjahresversammlung im Zirkus Busch — war die durch die gemeinsame Not zusammengekommene Versammlung im Zirkus Schumann. Mag das verdühte Agrariertum in seinen Organen über die Versammlung unter Führung von Börsen- und Schlotbaronen spotten, diese Großhändler und Großindustriellen, die dort mit einer Überzahl bescheidener aus dem ganzen Reich zusammengekommener „Geschäftsleute“ tagten, sind die berufenen Lenker und Vorkämpfer der größten produktiven Kraft im Staate, des Zweibundes von Handel und Industrie. Sie sind die Brotgeber gewaltiger Heere von Angestellten und Arbeitern, sie sind die Faktoren, ohne deren Geldbeutel die gewaltigen Werke der Sozialreform, ohne die eine Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherung nicht möglich wäre. Aber sie verkörpern in ihrem Wirken auch den Fortschritt auf geistigen Gebieten, sie tragen die Errungenschaften der Wissenschaft hinaus in die Welt, machen sie der Allgemeinheit zugänglich, sie geben der Arbeit des Ingenieurs, des Chemikers, des Architekten erst Blut und Leben, sie vertreten im eigentlichen Sinne sozusagen berufsmäßig den menschlichen Fortschritt und sind das wahre, liberale Element, das Element der Zukunft. Und so, wie sie sich aus einer bitteren, wirtschaftlichen Notwendigkeit endlich gegen das Agrariertum gestellt haben, so stellt sich in ihnen — und das ist vielleicht das bedeutungsvollste Moment bei dieser plötzlichen Grobewegung — zum ersten Male das Prinzip des Liberalismus gegen den rückschrittlichen Konservatismus. Zwei politische Weltanschauungen treten gegenwärtig. Wer den endlichen Sieg davontragen muß: wer kann darüber noch im Zweifel sein?!

Nun aber heißt es, die große liberale, die große wirtschaftliche Erhebung stärken und stützen, heißt es, zu zeigen, auf welcher Seite heute das Übergewicht im Staate ruht. Und da ist es Pflicht — und wahrlich eine freudige Pflicht — jedes liberal empfindenden Menschen, und eines jeden, der im Handel, Industrie oder Gewerbe seine Existenz als Selbständiger oder als Angestellter findet, diese Bewegung nach Kräften zu fördern, damit sie einen mächtigen Gegenhalt gegen den Eigennutz und die Herrschaft des Junkertums und alles dessen, was mit ihm zusammenhängt, bildet und zu einer Gesundung unserer verfahrenen Zustände führt. Er möge deshalb ungeäuert seinen Bei-

tritt zum Hansabund anmelden. (Jahresbeitrag für Angestellte 1 M., für Selbständige 3 M.) Jedes bessere Bankhaus nimmt Anmeldungen entgegen, auch kann man sich durch Postkarte an die Geschäftsstelle des Hansabundes, Berlin NW. 7, Dorotheenstr. 3, als Mitglied anmelden.

Also auf, zum Beitritt in den Hansabund alles, was liberalemmpfindet, alles, was der stetigen Lebensmittelverteuerung entgegen ist, alles was eine blühende Industrie, einen starken Handel für das Wohl des Vaterlandes für erspriehlich hält, alles, was einen leistungsfähigen, der Allgemeinheit gleichmäßig nützlichen und nicht einzelne Schichten bevorzugenden Staat erwünscht!

Bedingte Begnadigung oder Verurteilung?

Von juristischer Seite wird uns geschrieben:

Die wie alljährlich so auch diesmal wieder dem Reichstage zugegangene Denkschrift des Reichsjustizamts über die Durchführung der bedingten Begnadigung in den deutschen Bundesstaaten hat abermals erwiesen, wie geistig und sozialpolitisch vernünftig der Gedanke war, den zum ersten Male mit dem Strafgesetz in Konflikt geratenen, insbesondere soweit er zu den jugendlichen Personen gehört, nach Möglichkeit vor den Gefahren zu schützen, welche die Vollstreckung einer Freiheitsstrafe nur zu oft mit sich bringt, und gleichzeitig durch die Aussicht auf völligen Straferlass, der mit dem Aufschub der Strafvollstreckung verbunden ist, dem Verurteilten den kräftigsten Ansporn zur Besserung zu geben. Man kann denn auch mit Befriedigung feststellen, daß der Widerspruch gegen die Einrichtung des bedingten Strafaufschubs, zu dem sich die Verbündeten Regierungen Mitte der neunziger Jahre nur sehr widerwillig entschlossen hatten, heute so gut wie ganz verstummt ist. Es gibt wohl kaum noch einen ernst zu nehmenden Juristen oder Politiker, der diese Errungenschaft der Rechtspflege rückgängig machen möchte, sondern die Streitfrage lautet heute vielmehr: bedingte Begnadigung oder bedingte Verurteilung?

Diese beiden rechtlichen Institutionen gleichen sich darin, daß der Strafvollzug für eine bestimmte Zeit ausgesetzt und der Verurteilte nach Ablauf dieser Zeit endgültig außer Verfolgung gesetzt wird, wenn er sich während derselben keine weiteren strafbaren Handlungen zuschulden kommen läßt. Aber während in den Ländern, in denen die bedingte Verurteilung besteht (England, Belgien, Frankreich, Norwegen usw.), diese den Charakter einer rechtlichen Institution trägt, das heißt der Entscheidung des Richters unterliegt, macht die bedingte Begnadigung, wie sie bei uns eingeführt worden ist, den Straferlass nicht zu einem Akt des Rechtes, sondern der Gnade, das heißt, die Entscheidung über den Eintritt des Straferlasses steht nicht dem Richter, sondern der Justizverwaltung zu. Durch die seit dem 1. Januar 1903 in Kraft befindlichen, zwischen den Regierungen der Bundesstaaten vereinbarten Grundsätze über die Anwendung der bedingten Begnadigung ist zwar nach dieser Richtung hin eine gewisse Besserung herbeigeführt worden, aber an dem Prinzip, daß die letzte Entscheidung der Justizverwaltung zuzustehen ist, auch dadurch nichts geändert. Diese Grundsätze, auf denen bei uns die Anwendung der bedingten Begnadigung beruht, lauten folgendes:

1) Von dem bedingten Strafaufschub soll vorzugsweise zugunsten solcher Verurteilten Gebrauch gemacht werden, die zur Zeit der Tat das 18. Lebensjahr nicht vollendet haben. 2) Gegenüber Personen, die früher bereits zu Freiheitsstrafen verurteilt sind und die Strafe ganz oder teilweise verbüßt haben, soll der bedingte Strafaufschub nur in besonderen Fällen Platz greifen. 3) Die Höhe der erkannten Freiheitsstrafe soll die Gewährung des bedingten Strafaufschubes nicht grundsätzlich ausschließen. 4) Aber die Bewilligung des bedingten Strafaufschubes ist eine Auferlegung des bedingten Gerichtes herbeizuführen. 5) Die des erkennenden Gerichtes soll auf weniger als die Dauer der Bewährungsfrist, und zwar bei Strafen, die in zwei Verjährungsfrist, und zwar bei Strafen, die in zwei Jahren verjähren, mindestens auf ein Jahr, bei Strafen, die einer längeren Verjährung unterliegen, auf mindestens zwei Jahre bemessen werden.

Man sieht also, daß sich auch nach diesen reformierten Bestimmungen die Mitwirkung des erkennenden Gerichtes auf eine „Auferlegung“ darüber beschränkt, ob der Strafaufschub angebracht sei oder nicht. Wer hat aber das zutreffende Urteil darüber, in welchen Fällen der bedingte Straferlass mit der größten Aussicht auf Erfolg eintreten kann? Doch nicht die Justizverwaltung, die auf Grund der Akten

und des schriftlichen Berichtes entscheidet, sondern der Richter, der die Verhandlung geführt, das Urteil gefällt, die Verurteilten persönlich kennen gelernt und Einblick in ihre Verhältnisse gewonnen hat. Die bedingte Begnadigung, wie sie bei uns in Kraft ist, steht aber überhaupt mit den Grundlagen unserer prozessualen Ordnung der Mündlichkeit und Unmittelbarkeit im Widerspruch; sie trennt in unzulässiger Weise den Akt der Bestrafung in verschiedene Bestandteile, und sie läßt Beeinflussungen zu, die bei der bedingten Verurteilung ausgeschlossen sind. Es ist eben deshalb aber begreiflich, daß vor allem aus den Richterfreisen heraus die Umwandlung der bedingten Begnadigung in die bedingte Verurteilung verlangt wird, denn es ist wahrlich nicht geeignet, die Berufsbefähigung des Richters zu erhöhen, wenn auf diese Weise die strafvollstreckende Behörde als höhere Instanz über ihn gestellt wird. Von diesem Standpunkt aus hat denn auch der unlängst gegründete Deutsche Richterbund sich entschieden für die Einführung der bedingten Verurteilung ausgesprochen.

Diese Forderung muß um so entschiedener unterstützt werden, da ja, wie auch der Staatssekretär des Reichsjustizamts am 28. November 1896 bei der Einführung der bedingten Begnadigung ausdrücklich erklärt hat, diese nur eine Probe auf das Exempel der bedingten Verurteilung sein sollte. Diese Probe kann noch allgemeiner Auffassung als gelungen bezeichnet werden, und somit ist es Zeit, das Exempel zu statuieren. Bis auf weiteres ist ja die Zeit und das Interesse des Reichstags durch die Finanzfragen vollständig in Anspruch genommen, aber bei der bevorstehenden Reform des Strafrechts die Verwaltungseinrichtung der bedingten Begnadigung in das Rechtsinstitut der bedingten Verurteilung zu verwandeln, das ist eine Aufgabe, der sich die Volksvertretung nicht entziehen darf, und gegen deren Verwirklichung sich auch die Verbündeten Regierungen nicht sträuben können.

Politische Übersicht.

Die Genossenschaften und die Erhöhung des Wechselstempels sowie die Einführung des Scheck- und Quittungstempels.

Dem Reichstag ist bekanntlich unter dem 14. Juni 1909 eine Gesetzesvorlage zugegangen, wonach der bisherige Wechselstempel je nach der Laufzeit eines Wechsels mehrfach zur Erhebung kommen soll, und zwar je einmal für die ersten 4 Monate nach einer dreimonatigen Laufzeit und dann noch je einmal für jede ferner angefangene 6 Monate. Gesetz und Begründung lassen erkennen, daß man vielleicht den rein bankmäßigen Verkehr bei Abfassung dieses Gesetzes in Betracht gezogen hat, daß man aber völlig übersehen hat, daß daneben noch ein ganz anders gearteter wirtschaftlicher Verkehr in Wechselform besteht, nämlich die Gewährung von Vorwärtskredit in Wechselform durch die Genossenschaften. Um welche Summen es sich dabei handelt, ergibt sich schon daraus, daß allein die Kreditgenossenschaften des Allgemeinen Deutschen Genossenschaftsverbandes 1907 an Vorwärtskredit in Wechselform rund 870 Millionen Mark gewährt haben. Erfahrungsgemäß wird eine völlige Abtragung dieser Vorwärtse in 3 Monaten nur selten möglich sein und also der erhöhte Wechselstempel, der pro Jahr den Zinsfuß um etwa 0,1 Prozent erhöht, zur Verwendung kommen müssen. Diese Erhöhung trifft aber gerade die kreditbedürftigen Kreise; sie ist also alles andere als das, was sie sein soll, nämlich eine Steuer, welche die besitzenden Klassen tragen sollen. Wenn die Begründung erwägt, langfristige Wechsel fänden im weitesten Umfange als Kautions- und Abwechsel zwecks Sicherheitsleistung Verwendung, so mag das richtig sein, es muß jedoch energischen Widerspruch herausfordern, wenn in der Begründung zum Gesetz erwähnt wird, daß bei derartigen Wechselkrediten zumal kapitalkräftige Kreise in Betracht zu kommen pflegten. Es ist hier völlig übersehen worden, daß in den letzten Jahren mit immer steigendem Erfolge und mit Summen, die schon in die vielen Millionen gehen, die Genossenschaften sich der Aufgabe gewidmet haben, dem Kleinen Gewerbetreibenden und Handwerker die Beteiligung bei den Arbeiten für öffentliche Korporationen zu ermöglichen dadurch, daß sie ihnen ihre Akzepten zwecks der erforderlichen Sicherstellung zur Verfügung stellen. Erst durch diese von den Genossenschaften ermöglichte Sicherheitsleistung konnten die betreffenden Kreise mit kapitalkräftigeren konkurrieren. Nun soll auch dieser Kautionskredit wieder verteuert werden, und zwar sollen die Kreise, die ihn in Anspruch nahmen, noch als besonders „kapitalkräftig“ gelten.

Eine höchst unerwünschte Nebenfolge wird die Erhöhung des Wechselstempels auch insofern haben, als man in den Staaten, die keinen oder keinen hohen landesrechtlichen Schuldstempel haben, zur Beurkundung des Verschusses in der Form des Scheidens zurückkehren würde. Das wäre sehr zu bedauern und ein wirtschaftlicher Rückschritt. Dem Schuldchein fehlt ganz gewiß die Sicherheit und Promptheit sowie die erzielliche Wirkung zur Ordnung und geschäftsmäßigen Erledigung, die der Verkehr in Wechselform für beide Teile, für Schuldner und für Genossenschaft, hat.

Auch durch die Einführung des Scheidstempels werden die Genossenschaften besonders schwer getroffen, weil der Scheidstempel ein Fixstempel sein soll, also die kleineren Beiträge, die naturgemäß bei den Genossenschaften am stärksten vertreten sind, prozentual am meisten belastet. Die Einführung des Stempels, der ja bei jeder einzelnen Ausschreibung des Scheids durch den Stempelgedruckten Scheidenden immer wieder in Erinnerung gebracht wird, ist zweifellos geeignet, die wünschenswerten und notwendigen weitere Ausbreitung des Scheidverkehrs zu verlangsamen, vielleicht sogar zeitweilig zum Stillstand zu bringen und wahrscheinlich geeignet, der nationalen Gesamtwirtschaft dadurch mehr Schaden zu verursachen, als dem Reiche aus den veranschlagten sieben Millionen Nutzen erwachsen wird. Wir können unsere Verhältnisse in dieser Beziehung nicht mit denen Englands usw. vergleichen. Die Genossenschaften sind besonders befugt, in dieser Beziehung zu warnen, denn ihren Bemühungen, zumal denjenigen des Allgemeinen Deutschen Genossenschaftsverbandes ist zum wesentlichen das Eindringen des Scheidverkehrs in Kreise zu verdanken, in die er sonst nie gekommen wäre; es handelt sich dabei um sehr große Summen. Ende 1907 sind z. B. bei 310 Genossenschaften des Allgemeinen Deutschen Genossenschaftsverbandes allein über 610 Millionen Mark zur Uebung gelangt. Besonders erschwert wird die notwendige Ausdehnung des bankmäßigen Scheidverkehrs dadurch, daß der Poststempelstempel frei bleiben soll. Es bedarf keiner näheren Ausführung, daß der Poststempel, so verdienstlich und nützlich er ist, niemals die Bankstempel, auch den Scheid der volksbankmäßig entwickelten Kreditgenossenschaften, zu ersetzen vermag. Trotzdem wird das Publikum, das ja noch für den Bankstempel zum Teil gewonnen werden soll, zweifellos durch die unterschiedliche stempelsteuerliche Behandlung von der Anlegung eines Bankstempelfonts abgesehen, zumal das kaufmännisch noch nicht durchgebildete Publikum, mit dem ja gerade die Genossenschaften vielfach besonders zu rechnen haben. Auch hier ist also wieder außer der eigentlichen steuerlichen Belastung ein störendes und schädigendes Eingreifen in die wünschenswerten und notwendigen Fortbildung zu vollkommeneren Wirtschaftsformen zu finden.

Reichsregierung und Hansabund.

Das besondere Interesse des Kaisers für den jungen Hansabund ist, wie die „L. R. N.“ schreiben, bestimmend für die Haltung der Reichsregierung zu seiner Gründung gewesen. Man hält regierungsfreudig den Versuch einer einheitlichen Organisation von Handel, Gewerbe und Industrie für eine geschichtlich außerordentlich bedeutsame Tatsache, selbst dann, wenn dieser Zusammenschluß auch nur vorübergehenden, vereinzelten Zwecken der Reichsfinanzreform dienlich wäre. Darüber hinaus aber befaßt sich die Regierung bereits mit der Frage der geschichtlichen Zukunft des neuen Bundes, wobei man sich zunächst nicht verhehlt, daß unsere merkantile, gewerb-

liche und industrielle Welt mancherlei Parallelen oder konzentrische Sonderinteressen besitzt. Hierin liegt die Gefahr, daß der Hansabund über die Bedeutung eines losen Verbundes nicht hinauskommen kann. Die politische und volkswirtschaftliche Einheitlichkeit des Bundes der Landwirte wird der neue Bund erzielen können, wenn er das große Quantum von Intelligenz, das die Welt des Handels und der Industrie umschließt, ebenso wie es bei dem Bund der Landwirte der Fall ist, unter einen Hut bringt. Besteht er diese Probe auf seine Tüchtigkeit im höheren Sinne, dann ist seine Zukunft gesichert.

Eine weitere Gefahr des Bundes ist, so meint man demselben Blatt zufolge regierungsfreudig, bereits bei seiner Gründung sichtbar geworden: Der Gegensatz in den sozialpolitischen Anschauungen von Industrie und Gewerbe. Es bleibt also abzuwarten, wieviel Erfolg dem Hansabund in seinen Bemühungen um den Ausgleich der Gegensätze beschieden ist. Trotz dieser Bedenken und Schwierigkeiten hält die Regierung die Aussichten des Bundes nicht für schlecht. Erzielt er das, so daß es ihm nicht schwer fallen wird, einen gewaltigen Wahlfonds zusammenzubringen und bestimmen zu halten. Damit aber hängt die Hauptsache zusammen, der Weg nämlich, der durch Geld den Schwachen zur Macht führt. Gelingt es dem Bunde, seine Hauptziele zu bewegen, die Last eines Mandats anzunehmen, so ist seine stetige intimsie Verührung mit der Gesetzgebung gesichert, und die größte der angeedeuteten Gefahren kann verhindert werden, nämlich, daß der Hansabund ein Scheinbündnis führt, das höchstens bei großen Anläufen zu einer sporadischen Lebendigkeit erwacht. Dann würde eine bisher sehr empfindliche Lücke einer besonderen parlamentarischen Interessenvertretung von Handel und Industrie ausgefüllt sein, und in diesem Falle würde ein Machtfaktor allergrößter Kraftfülle dem Agrarierentum entgegenstehen.

Deutsches Reich.

* Eine Begegnung des englischen Königs mit der deutschen Kaiserfamilie? Es gilt in London als sicher, daß König Eduard von Maribad aus den Kaiser Franz Joseph in Ischl besuchen wird. Für wahrscheinlich wird gehalten, daß er auf der Hin- oder Rückreise auch mit der deutschen Kaiserfamilie zusammentreffen wird.

* Fürst Bilkow und das Zentrum. Die „C. B. Z.“ schreibt: Die Nachricht des „Berliner Tageblattes“, Fürst Bilkow habe den Zentrumsführer Dr. Spahn privatim wissen lassen, daß er dem Zentrum den Vorwurf „antinationaler Arroganz“ niemals gemacht haben, ist falsch. Der Unterstaatssekretär v. Löblich hat lediglich im Auftrage des Kanzlers Herrn Spahn gefragt, wo und wann der Kanzler diesen Vorwurf gegen das Zentrum erhoben habe. Darauf ist ihm die gewünschte Auskunft erteilt worden.

* Reichstagsauflösung? Wie der „Staatsbürger-Ztg.“ ein Telegramm aus Hannover meldet, sind am Samstag in Hannover die nationalliberalen Parteiführer zu einer internen Parteikonferenz zusammengetreten. An der Konferenz nahmen u. a. teil auch Abg. Dr. Arning, Abg. Kammergerichtsrat Schiffer, Geh. Regierungsrat Dr. von Wöttinger und der Generalsekretär der nationalliberalen Partei, Breithaupt. Der Zweck der Beratung sollte sein, die Wahl für den Fall der Auflösung des Reichstages vorzubereiten und ein entsprechendes Wahlprogramm aufzustellen. Die nationalliberalen Parteiführer, so folgert die „Staatsbürger-Ztg.“, rechnen also bestimmt mit einer Auflösung des Reichstags.

* Eine trügerische Hoffnung. Die „Cöln. Volksztg.“ knüpft neue Hoffnungen an eine Stelle in dem ihr zugekommenen Bericht des „Wolffschen Bureaus“, wonach Minister v. Rheinbaben in seiner Rede die Bedenken gegen die Rotierungssteuer als nicht unüberwindlich

hingestellt habe. Das ultramontane Blatt meint, wenn sich das bestätigte, wäre es die Sensation des Tages. Leider macht, so heißt die „Cöln. Ztg.“ in einem Berliner Telegramm ausdrückliche fest, der stenographische Bericht die ultramontane „Sensation“ zusehender, denn danach hat Herr v. Rheinbaben nach einer eingehenden Widerlegung der angeblichen Vorteile der Rotierungssteuer wörtlich gesagt: „Ich glaube namens der Verbündeten Regierungen erklären zu können, daß sie gegen die Rotierungssteuer, wie sie hier beschlossen ist, ernste und unüberwindbare Bedenken hegen.“ Der neue Vorschlag muß also, so schwer es ihm fallen mag, jede Hoffnung auf eine Zustimmung der Verbündeten Regierungen zu dieser Steuer endgültig fahren lassen.

* Hansabund und Zentrum. Die „Germania“ warnt ihre Parteigenossen vor dem Neugegründeten Hansabund. Wer diesen Bund als Zentrumsmann, sei er Angestellter oder Prinzipal, durch seinen Beitritt und seine Beiträge unterstützt, falle damit der eigenen Partei in den Rücken. — Daß im Hansabunde für Zentrumsmänner kein Platz ist, ist bei der jetzigen mittelstandsfreundlichen Politik des Zentrums doch auch selbstverständlich.

* Für die Reichstagsersatzwahl in Halle-Saalkreis haben die Sozialdemokraten den Schriftsteller Kunert aufgestellt. Die Liberalen unterhandeln noch über die Kandidatenfrage. Es besteht die Hoffnung, daß die Konservativen auch diesmal wieder zur Vermeidung der Zersplitterung der bürgerlichen Stimmen auf einen eigenen Kandidaten verzichten und den Freiwähligen unterliegen.

* Die englischen Geistlichen über ihre Deutschlandreise. Der Bischof von Hereford, der die Deutschlandreise der englischen Geistlichen mitmachte, sagte einem Vertreter der „Daily Mail“ in Bremen folgendes: „Die Schönheit und Frömmigkeit des deutschen Familienlebens hat einen großen Eindruck auf mich gemacht. Die Deutschen haben alle eine sehr gute Schulbildung genossen. Sie sind fleißig und fröhlich, und es muß geradezu als ein Verbrechen bezeichnet werden, Mißtrauen zwischen den beiden Nationen zu säen.“

* Der Erzbischof von München im Hofbräuhaus. Der neu ernannte Münchener Erzbischof Veitinger hat sich einen großen Stein ins Brett gesetzt bei der Münchener Bevölkerung, indem er, wie aus München gemeldet wird, am Donnerstagabend das Hofbräuhaus mit einem alten priesterlichen Freund besuchte, der dort Stammgast ist. Die Kunde von seiner Anwesenheit verbreitete sich rasch in den geheiligten Hallen, und die Münchener beobachteten mit viel Entzücken, wie ihrem neuen kirchlichen Oberhaupt der Staatsbräuher schmeckte und wie er der ersten Maß sogar eine zweite folgen ließ. Jetzt kann es dem Erzbischof zu einer wirklichen Popularität in München trotz des Sakristei-Bündnisses mit der Sozialdemokratie wirklich nicht fehlen.

* Wie man den Heiligen populär macht. Zugleich mit der Jungfrau von Orleans ist vor ein paar Wochen der verstorbene Wiener Vater Klemens Hofbauer unter die Heiligen eingereiht worden. Das „Neue Jahrhundert“, die belannte Zeitschrift modernistischer katholischer Theologen, hat sich nun bemüht, etwas über die Wunder Hofbauers zu erfahren, denn ein Kandidat für die Heiligsprechung muß Wunder vollbracht haben, wenn er vom Papst heilig gesprochen werden soll. In der umfangreichen Lebensbeschreibung Hofbauers durch den Wiener Redemptoristenpriester Vater Bauchinger fand die Zeitschrift als erste Wunder eine kurze Geschichte verzeichnet. Aus Anlaß eines Jahresfestes der Ursulinen-Schwestern in Wien sollte die Küchenschwester auch ihre Spezialität, Griechnödel, auf den Tisch bringen. So sehr sich aber die Gute bemühte, ein Griechnödel nach dem anderen mißlang. In ihrer Herzensangst, und da sie sich nicht mehr zu helfen wußte, kniete sie nieder und flehte zum Andenken des verstorbenen Hofbauer: „Lieber Vater Hofbauer, helfe mir doch bei meinen Griechnödeln.“

Fenilleton.

Aus Kunst und Leben.

* Von der Gura-Oper. Man schreibt uns aus Berlin, 20. Juni: Marzella Sembrich sang gestern in der Gura-Oper die Violetta in Verdi's „Traviata“. Die Künstlerin nimmt jetzt Abschied von der Opernbühne und wird nur noch einmal als Kosma auftreten. Auf der Höhe ihrer Kunst verläßt Frau Sembrich eine Laufbahn, die in ihrem Anstiege zu den bemerkenswertesten Erscheinungen im Musikleben unserer Zeit gehört. Und sie geht nicht ab, weil etwa ihre natürlichen Mittel an Intensität der Wirkung verloren hätten, sondern in ungebrochener Kraft aller jener künstlerischen Elemente, die sie zur überragenden Sängerin werden ließen. Ihr bel canto, — das erwidert sich gestern unzweifelhaft, — ist immer noch der Gipfelpunkt der Gesangskunst; ihr Ziergesang noch so glänzend und feingeschliffen, so sauber und labellos korrekt wie früher. Und ihre Darstellungskunst besitzt immer noch den alten Zauber, die suggestive Macht auf den Aufnehmenden. Sie war gestern ausgezeichnet disponiert und führte die anstrengende Rolle bis zum Schluß gleich vorzüglich durch. Die Vorstellung verlief unter der Leitung des Kapellmeisters Gille abgerundet. Das Haus war bis auf den letzten Platz ausverkauft, was wohl sehr viel sagen will, wenn man bedenkt, daß ein Platz im Parterre bis zur achten Reihe zwanzig Mark kostete. Und auch das höhere Bild des Zuschauerraumes ließ den „großen Abend“ erleben. J. C. L.

* Ein Buchdrucker als Einjährig-Freiwilliger. Zum ersten Male hat in Berlin ein Buchdrucker auf Grund hervorragender gewerblicher Leistungen die Vergünstigung des § 89 der Verordnung (Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst) errungen. Es ist nach dem „Korrespondent“ der Maschinenmeister Walter Hertel, Sohn des Buchdruckerbesitzers R. Hertel in Berlin, der im Februar d. J. die Gefüßprüfung mit „Recht gut“ bestanden hatte. Er suchte bei der Berliner Handwerkskammer um Zulassung zu der vorgeschriebenen einjährig-freiwilligen Prüfung nach. Diese gab dem Antrage statt und setzte eine Kommission ein, um eine mündliche und praktische Prüfung vorzunehmen. In der mündlichen Prüfung wurden Fragen gestellt, welche sonst nur bei einer Meisterprüfung zu beantworten wären. In der münd-

lichen Prüfung erhielt der Prüfling die Jenzur „Recht gut“, während das Gesamtergebnat der praktischen und mündlichen Prüfung mit „Vorzüglich“ bewertet wurde.

* Bühnenscherze. Eine französische Zeitschrift weiß mancherlei von Scherzen zu erzählen, die sich Schauspieler selbst in den heiligen Hallen der Comédie Française erlauben. Das Opfer solcher Scherze war in früheren Jahren gewöhnlich der alte Laugier. Eines Abends spielte er in Dumas' „Francillon“ den Marquis von Riberoles. Im dritten Akt schließt seine Szene mit Henri de Symeur mit folgenden Worten: „Herr von Symeur, sind Sie Jäger?“ — „Natürlich.“ — „Wollen Sie eine Treibjagd in Riberoles mitmachen?“ — „Mit Vergnügen.“ — „Wir können schon morgen abreisen.“ Nun geschah es aber, daß, als Laugier die Frage stellte: „Herr von Symeur, sind Sie Jäger?“ sein Partner nicht erwiderte: „Natürlich“, sondern wider Erwarten „Nein nicht!“ Laugier war ganz erschrocken, fachte sich aber sofort und improvisierte: „Dann sind Sie wohl ein Freund des Angelfischens?“ — „Nein auch nicht!“ entgegnete unerschütterlich der hochgast Henri de Symeur. Laugier standen die Haare zu Berge, aber er mußte mit Gewalt und um jeden Preis die Situation retten, und er war gewiß voll genug, dem graufamen Spiel ein Ende zu machen, indem er leicht hin sagte: „Mit Ihnen ist wirklich nichts anzufangen, mein Lieber. Kommen Sie aber trotzdem nach Riberoles, man wird Sie schon auf irgend eine Weise zu unterhalten suchen.“

Theater und Literatur.

Aus Breslau wird berichtet: Anlässlich des 16. Delegiertentages des Verbandes deutscher Journalisten- und Schriftsteller-Vereine tagte Samstagmorgen die Hauptversammlung der Pensionsanstalt deutscher Journalisten und Schriftsteller. Zum ersten Vorsitzenden wurde Dr. Steinbach-Wien, zum zweiten Vorsitzenden Direktor Benzel-Berlin gewählt und Direktor Schauenburg zum Schriftführer. Insgesamt waren 16 Ortsvereine vertreten. Obmann Wilhelm Prager schilderte die gegenwärtigen Verhältnisse der Klasse. Der Stand der Pensionskasse der Witwenkasse sei ein zufriedenstellender. Der Pensionskasse gehören 90 Prozent der Mitglieder der Alterskasse über 60 Jahre an. Der Zuschuß für die Pensionäre für das Jahr 1910 wird wiederum auf 80 M. festgesetzt. Das aus dem Vorstand ausscheidende Mitglied Prager-München wurde wieder und außerdem Helfreich-München neu

gewählt. Die aus dem Aufsichtsrat ausscheidenden Mitglieder: Proelß-Stuttgart, Proffel-Loeben, Hippeler-Berlin, Dr. Steinbach-Wien, Dr. Welti-Bern wurden wieder- und Dr. Mohr-München und Kühner-Eisenach neu gewählt.

In der nächsten Saison wird die Berliner Hofoper das Werk eines Amerikaners herausgeben. „Poa“, so lautet der Titel der Oper, behandelt einen religiösen Stoff der Indianer und zeigt einen ihrer Helden, der sich für das Wohl seines Volkes opfert. Das Libretto hat Rudolf Hartke, Connecticut, die Partitur Arthur Roin, Pennsylvania, geschrieben.

Wissenschaft und Technik.

Zu den Feierlichkeiten, die vom 22. bis 24. d. M. in Cambridge zur Feier des 100. Geburtstag Darwins veranstaltet werden, nimmt auch eine große Anzahl namhafter deutscher Naturforscher teil. Auch Professor Haackel in Jena wird teilnehmen. Der Rektor der Universität Bonn Schulte überbringt eine Glückwunschadresse der Universität.

Man schreibt der „Frankf. Ztg.“ aus Göttingen: Was bisher nicht allgemein bekannt war, daß eine Robert-Blum-Gesellschaft in den hiesigen Hamburgeranlagen steht, wird von einem alten Göttinger Bürger in der „Göttinger Zeitung“ mitgeteilt. Hiernach wurde die Gese, die auf dem Plateau des Hainholzhofes steht, im Jahre 1849 zum Andenken an den vorhergehenden Jahre zu Wien erschossenen Freiheitskämpfer Robert Blum gepflanzt, und zwar von dem damaligen Göttinger Rechtsanwalt Miquel, dem späteren Frankfurter Oberbürgermeister und preussischen Finanzminister.

Bildende Kunst und Musik.

Eine neue Pinakothek für moderne Kunst soll in der Vatikan zu Rom begründet werden. Sie wird die gegenwärtig in den verschiedensten Teilen des vatikanischen Palastes zerstreuten Bildwerke zu einer einheitlichen Sammlung zusammenfassen. Auch die zahlreichen, künstlerisch wertvollen Ehren- und Jubiläumsgeschenke an Leo XIII. und Pius X. sollen dort Ausstellung finden.

Chopin's 100. Geburtstag soll im nächsten Jahre besonders festlich begangen werden. Zu diesem Zwecke hat sich in Paris unter dem Vorwort von Du Jardin-Beaume und Saint-Saens ein Komitee gebildet, dem hervorragende Künstler angehören.

knödeln! Von diesem Augenblick an gelangen ihr die Griechknödel ausgezeichnet, und sie gerieten so gut und saftig, wie noch nie, so daß die Ursulinen-Schwester aus dem Schmägen gar nicht herauskamen. Auf deren Frage, was sie denn getan habe, um die Knödel gar so schmackhaft zu bekommen, erwiderte die fromme Köchin in Selbstbescheidenheit, daß ihr der im Himmel weilende Vater Hofbauer dabei geholfen habe. — Diese köstliche Wundergeschichte fand nach der Ausgrabung durch das „Neue Jahrhundert“ Aufnahme in verschiedene deutsche Tageszeitungen. Da dieses Griechknödel-Wunder nicht nur Schiffe auf die Kost der Wiener Ursulinen zuläßt, sondern auch einen grellen Lichtblick auf die geistige Nahrung wirft, die man den gläubigen Schäflein in ihrer kindlichen Unberührtheit zumutet, so mag dieser Rund der modernistischen katholischen Theologen den weniger modernen Kreisen sehr unangenehm gewesen sein. Ableugnen konnten sie die Angelegenheit nicht, da die Wundergeschichte ja gedruckt vorliegt und jederzeit nachgesehen werden kann. Aber sie setzten wenigstens die Kölner katholische Kunststelle in Bewegung, und diese teilt jetzt mit: Der Redemptoristenpater P. Bauchinger hat eine umfangreiche Lebensbeschreibung des P. Clemens Hofbauer geschrieben. In derselben berichtet er auch über ein Ereignis, wonach einer Köchin der Ursulinen-Schwester die Griechknödel, deren Zubereitung ihr an einem hohen Festtage Schwierigkeiten machten, nach Anrufung des P. Hofbauer plötzlich sehr gut gelangen. Das zitierte Buch hat P. Bauchinger schon in den achtziger Jahren geschrieben, als es sich um die Seligsprechung Hofbauers handelte. Das Buch hatte den Zweck, P. Hofbauer beim Volke populär zu machen. Beim kanonischen Prozeß vor der Seligsprechung kam das „Griechknödelwunder“ überhaupt nicht in Betracht. — Jetzt ist die Frage: Ist die Mithilfe des neuen Heiligen beim Griechknödel-Rochen ein Wunder oder ein „populäres“ Geschichtchen des P. Bauchinger?

* Die 17. Weltkonferenz der Evangel. Jünglingsvereine und Christl. Vereine junger Männer findet in den ersten Tagen des August in Barmer statt.

not. Die Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf Dienstboten. Die in der Reichsversicherungsordnung vorgesehene Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf Dienstboten legt Erwägungen nahe über die Zukunft der jetzt bestehenden privaten Vereinigungen zur Krankenversicherung von Dienstboten, wie sie z. B. in dem Abonnementverein für Versicherung erkrankter Dienstboten in Berlin, sowie in anderen großen Verbänden in Sachsen und anderen Bundesstaaten bestehen. Die Reichsversicherungsordnung sieht naturgemäß die Erhaltung dieser rein privaten Einrichtungen nicht vor. Wie wir hören, beschäftigen die bestehenden Dienstboten-Versicherungsvereine gemeinsame Schritte beim Bundesrat und Reichstag zu unternehmen, um ihren Bestand auch nach dem Inkrafttreten des Versicherungsanspruches für Dienstboten zu sichern. Und da es sich meist um ausgedehnte Vereine handelt, die in jahrelangem Bestehen sich bewährt haben, kann man wohl annehmen, daß sie als geschlossene Krankenkassen anerkannt werden, sofern sie sich den Sonderbestimmungen der Reichsversicherungsordnung unterwerfen. Es wird sich nun fragen, ob nicht die Dienstboten eine Versicherung in den Krankenkassen vorziehen, in denen sie — im Gegensatz zu den bestehenden privaten Vereinen — stimmberichtigte Mitglieder werden. Inwieweit diese Beschränkung der Dienstboten in der freien Entscheidung über diese Wahl muß natürlich als ausgeschlossen gelten.

Parlamentarisches.

— Aus dem Petitionsverzeichnis des Reichstags. In dem letzten ausgegebenen 21. Verzeichnis der bei dem Reichstag eingegangenen Petitionen finden wir die folgenden aus unserem Bezirk: Wilhelm Keiper, ehemaliger Postbote in Wiesbaden, bittet um Wiedereinstellung in den Postdienst. — Der Verein für chemische Industrie in Frankfurt a. M. Mainz und Gießen bittet, den Spiritus zur Essigfabrikation sowie die Essigsäure steuerfrei zu lassen, bezw. eine Besteuerung der Essigsäure für Genußzwecke in Höhe der Steuer zur Alkohol zur Essigfabrikation einzuführen. — Der Magistrat in Wiesbaden bittet, dem Beschluß auf Ermäßigung der kommunalen Besteuerung des Bieres nicht beizutreten. — W. v. Prentano in Frankfurt a. M. bittet, den Zoll auf Champagner nicht zu erhöhen. — Um eine baldige Durchführung der Finanzreform und Annahme der Nachlasssteuer bezw. Ausbau der Erbschaftsteuer unter Freilassung der kleinen Vermögen und Veräußerung der landwirtschaftlichen Verhältnisse bittet im Auftrage von Versammlungen u. a. der Nationalliberale Verein in Wiesbaden. — Von einer Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Ehegatten und Kinder bezw. Einführung einer entsprechenden Nachlasssteuer bittet Abstand zu nehmen u. a. der Nassauische Bauernverein in Niederlahmstein. — Die Fabrikanten und Großhändlervereinigung der Textil- und verwandter Branchen in Frankfurt a. M. bittet, den Beschluß, wonach bei Veräußerung von Konsummassen durch dritte Hand jede Wegnahme auf die Herkunft aus der Konsummasse verboten sein soll, abzulehnen.

Rechtsprechung und Verwaltung.

Die Beurlaubung der Justizbeamten. Über die Beurlaubung der Justizbeamten sind vom Justizminister neue ausführliche Bestimmungen getroffen worden. Beurlaubte Beamte, heißt es darin, haben dafür zu sorgen, daß ihnen Verfügungen der vorgesetzten Behörde zugesandt werden. Kranke Beamte bedürfen eines Urlasses nur, wenn sie beabsichtigen, ihren Wohnsitz zu verlassen. Notare bedürfen zu Reisen in ihrem Amtsbezirk eines Urlasses nur, wenn sie diesen länger als für einen Monat verlassen. Sie müssen aber Reisen über eine Woche anzeigen. Ebenso müssen alle Beamte, die wegen Krankheit, militärischer Dienstleistungen oder sonst keinen Dienst tun können, sobald als möglich Anzeige erstatten. Die Präsidenten und Ersten Staatsanwälte können dies bei kurzen Behinderungen unterlassen. Sie können sich auch selbst bis zur Dauer von 72 Stunden beurlauben, ebenso Amtsrichter, die nicht am Orte des Landgerichts wohnen. Wird ein Urlaub zur Wiederherstellung der Gesundheit nachgesucht, so ist dem Antrag eine ärztliche Bescheinigung beizufügen. Genauere Bestimmungen regeln die Zuständigkeit der einzelnen Stellen für die Bewilligung von Urlauben. Bei mehr als zwei Monaten ist eine Krüzung des Dienstalters der Gerichtsassessoren vorzubehalten. Die Gesamtdauer des einem Gerichtsassessor während seiner Dienstzeit erteilten Urlasses darf ein Jahr sechs Monaten nicht überschreiten.

— Vom Lohnbeschlagnahmengesetz. In der „Berliner Post“ finden wir die nachstehenden Ausführungen: Im Band 99 der Entscheidungen des Reichsgerichts wird ein Urteil veröffentlicht, das für Kollegen, die von unbarmherzigen Gläubigern verfolgt werden, von Bedeutung ist. Der Sachverhalt ist folgender: Der Ehemann der Klägerin schloß, nachdem er im Jahre 1904 in Konkurs geraten war, am 31. Dezember 1904 mit der Firma B. u. G., deren Angestellter er war, unter Beirath der Klägerin einen Vertrag ab, durch den die Firma ein Jahresgehalt von 1500 M. und seiner

Ehefrau eine Summe von jährlich 1700 M., zahlbar in monatlichen Raten, zugesichert wurde. Der Vertrag war von der Firma ausdrücklich mit Rücksicht auf die ihr bekannte Tatsache, daß die Gläubiger des D., erhebliche Forderungen gegen ihn geltend machten, mit diesem Inhalt geschlossen worden. Die Beklagte, die gegen D. eine vollstreckbare Forderung hatte, ließ die angebotene Forderung des D. gegen die Firma B. u. G. auf Zahlung des jährlichen Betrags von 1700 M. an seine Frau, soweit diese Ende März 1906 fällig werde, bis zur Höhe ihrer Forderung pfänden und sich zur Einziehung überweisen. Die Klägerin erhob hiergegen durch Klage Widerspruch und beantragte, den erlassenen Pfändungs- und Überweisungsbefehl für unzulässig zu erklären. Die Beklagte beantragte Abweisung der Klage. Sie wußte den zwischen dem Ehemann der Klägerin und der Firma B. u. G. geschlossenen Vertrag an, weil er in der der Klägerin bekannten Absicht geschlossen sei, die Gläubiger des Ehemannes der Klägerin zu benachteiligen. Die Beklagte wurde verurteilt und die gepfändete Forderung von 1700 M. freigegeben. Das Reichsgericht hat zu der Entscheidung folgende Begründung gegeben: Es sei klar, daß die Zusage von 1700 M. an die Ehefrau nur deshalb gegeben sei, um eine Pfändung der 1500 M. übersteigenden Bezüge unmöglich zu machen. Würde der Ehemann der Klägerin durch Pfändung des dieser unterworfenen Teiles eines ihm gewährten höheren Gehalts von 3200 M. in Vermögensbedrangnis geraten sein, da er, wie er erklärt hat, mit seiner Familie von dem pfändfreien Teile eines solchen Gehalts nicht leben konnte, wovon auch die Inhaber der Firma B. u. G. ersichtlich überzeugt waren, so wäre durch eine solche Vermögenslage des Ehemannes der Klägerin für die Firma die Möglichkeit von Gefahren gegeben worden, die sie unbedingt vermeiden wollte. Das Reichsgericht hat auch verneint, daß in dem geschlossenen Vertrag ein Verstoß gegen die guten Sitten liege. Es bemerkt dazu: Nach Lage der Umstände verleben weder die Firma B. u. G. noch der Ehemann der Klägerin die guten Sitten, wenn sie in dieser durch ihre beiderseitigen Interessen bedingten Art und Weise ihre Verhältnisse regeln. Die Berechtigung der Interessen der Firma B. u. G. liegt auf der Hand, oder auch die Interessen des Ehemannes der Klägerin waren keine unberechtigten, zunächst schon deshalb, weil er, wenn er den Vertrag mit diesem Inhalt nicht schloß, seine Entlassung zu gewärtigen hatte. Außerdem aber ist an den bereits vor kurzem vom erkennenden Senat zum Ausdruck gebrachten Erwägungen festzuhalten, daß die Gläubiger eines Schuldners keinen von der Rechtsordnung anerkannten Anspruch darauf haben, daß dieser seine Arbeitskraft zu ihren Gunsten in einer Weise verwende, die es ihnen ermöglicht, zum Zwecke ihrer Befriedigung auf das, was sich als Gegenleistung darstellt, Zugriff zu nehmen. — Die „Berliner Post“ bemerkt dazu: Wir treten selbstverständlich nicht für leichtsinnige Schuldner ein. Aber uns sind so überaus traurige Fälle bekannt, wo tüchtige, fähige Kollegen, die durch das Lebens Nöthigkeit ohne eigenes Verschulden schwer getroffen wurden, durch die Verschuldung des Gehalts von Ort zu Ort gehetzt werden. Das Urteil gibt einen wertvollen Fingerzeig dafür, wie man sich den Verfolgungen unbarmherziger Gläubiger entziehen kann, wenn eine gütliche Verständigung nicht zum Ziele führt.

Deutsche Kolonien.

Der neue Herr für Neuquinea. Als Stellvertreter und voraussichtlicher Nachfolger des Gouverneurs Sahj von Neuquinea wird Regierungsrat Dr. Krauß genannt, der im Oktober die Ausreise antritt. Regierungsrat Dr. Krauß war schon früher im Inselgebiet tätig und befehlet zurzeit im Reichskolonialamt die Stellung des Südseereferenten.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Geheimrat Zukacs, der als zukünftiger Premierminister gilt und vom König mit der Lösung der Krise betraut ist, klagt öffentlich darüber, daß ihn die gegenwärtige Regierung bei allen seinen Schritten fortgesetzt durch Deaktivis beobachten lasse.

In Agram kam es nach der Verhandlung des Hochverratsprozesses abermals zu erregten Szenen vor dem Gerichtsgebäude. Zahlreiche Personen brachten dem Verteidiger Dr. Delobof, der vorgestern verprügelt worden war, begeisterte Ovationen dar. Es wurden Rufe laut: „Es leben die Hochverräter!“ „Es lebe Serbien!“ Es kam zu blutigen Zusammenstößen und zahlreichen Verhaftungen. Bei vielen Verhafteten fand man geladene Revolver.

Die „Reichspost“ meldet eine Verschlimmerung in dem Befinden des Bürgermeisters Lueger. Nach eingezogenen Erkundigungen bestätigt es sich, daß des Bürgermeisters Schraft nun gänzlich geschwunden ist.

Italien.

In Spezia wird in den nächsten Tagen eine Geschützgießerei errichtet werden, welche die schweren Geschütze für die neuen Kriegsschiffe liefern soll. Das Werk wird später eine weitere Ausdehnung erfahren, damit es auch die Lieferung der übrigen Geschütze der Armee übernehmen kann.

Frankreich.

Durch einen Streik der Fahrbediensteten wurde der Beginn der gestrigen Rennen in Auteuil verzögert. Während des Rennens kam es zwischen einem Teil des Publikums, das in die Bahn eindrang, und Gendarmen zu einem Zusammenstoß, bei dem einige Verletzungen vorkamen. Der Präsident, der dem Rennen hatte beiwohnen wollen, erschien nicht.

Türkei.

Ein Sarenbesuch beim Sultan?

Die „Morningpost“ meldet, daß der Zar nach seinem italienischen Besuche den Sultan in Konstantinopel besuchen wird. Sultan Mohammed wird dem Zaren in Albania einen Gegenbesuch machen.

Die Opfer des Erdstötens.

In dem konstantinopeler Vorort Beschiklesch wurde in der Nähe des Zildis ein Keller entdeckt, worin zahlreiche Opfer Hamids eingekerkert waren. Als die Kellertür geöffnet wurde, drang den Eintretenden ein intensiver Leichengeruch entgegen, denn die Gefangenen waren längst ihren Qualen erlegen. Viele von den Leichen waren bereits völlig zu Staub zerfallen.

Die Situation der in Oberalbanien unter Dschavid Pascha operierenden Truppen gestaltet sich kritisch. Sie sollen in einem Engpaß zwischen Dajotwa und Ipev geraten und von Albanern in günstigen Stellungen ernstlich bedroht sein. Aus Skutari sind Dschavid Pascha Verstärkungen gesandt worden.

Australien.

In Sydney ist ein Aufruf erlassen worden zur Bildung einer großen Luftflotte, welche die Fortschritte in der Luftschiffahrt überwachen und die Luftschiffahrt in Australien fördern soll, um die Überlegenheit der Luftschiffe in demselben Maße zu besitzen wie die Herrschaft zur See.

Luftschiffe und Aeroplane.

Im Lenkbalkon zum Nordpol.

hd. Paris, 20. Juni. Gestern trat der Polarreisende Walter Wellmann mit seinem Reisetagebuch die Fahrt nach Spitzbergen an, um von dort aus seinen Aufstieg mit dem lenkbaren Ballon nach dem Nordpol zu unternehmen.

hd. Innsbruck, 20. Juni. Auf dem Exerzierplatze von St. Pölten landete gestern ein deutscher Luftballon, in dessen Gondel sich ein sächsischer Hauptmann und ein Leutnant sowie der Fabrikant Reßler aus Sachsen befanden.

hd. London, 19. Juni. Oberst Cobby unternahm gestern abend mit seinem neuen Armeeaeroplan auf Cassans Ebene verschiedene Flugversuche und erzielte nach 9 Uhr einen Flug von 1 1/2 Meilen, den besten bisherigen Rekord im Kurvenflug. Der Luftschiffer beabsichtigt, in seinem Apparat einen Motor von hundert Pferdekraften einzubauen.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Wiesbaden, 22. Juni.

— Gerichts-Personalien. Gerichtsassessor Dr. Eberstadt von Frankfurt wurde dem hiesigen Landgericht als Hilfsrichter überwiesen.

— Militärisches. Das Kommando des 18. Armeekorps hat Bestimmungen über die diesjährige Herbstübungen erlassen, in denen es u. a. heißt: Der 25. Division wird eine halbe Korpsstelegraphenabteilung mit Stationswagen zugeteilt. Den Infanterie-Truppenteilen werden zum ersten Mal vom Beginn der Brigademanövern an bis zum Manöverabschluss Meldereiter von den Kavallerie-Regimentern zugeteilt. Jedes Regiment und jeder Stab erhält zwei dieser Meldereiter. Ein freihändiger Ankauf von Verpflanzungsbedürfnissen wird diesmal bei der 41. und der 49. Infanterie-Brigade angeordnet. Auf mögliche Einschränkung der Furschäden und Vermeidung unnötiger Beschädigungen wird ganz besonders hingewiesen. Rüben- und Kartoffelfelder, junge Alkeseide (besonders wenn die Pflanzen kaum sichtbar sind), Samenlee, sowie Kieselwiesen sind namentlich zu schonen. — Am 14. d. M. hat die diesjährige Generalkassabereise des 18. Armeekorps begonnen, die bis zum 27. d. M. dauert und vom Chef des Generalstabs, Oberst Ilse, geleitet wird. — Das Offizierskorps wird vom Kriegsministerium darauf hingewiesen, daß aktive Offiziere, welche Luftfahrten mit Vereinen oder privatem Material auszuführen beabsichtigen, vorher hierzu die Genehmigung ihrer Vorgesetzten einzuholen haben. Die Beteiligung von Offizieren an Rennen und dergleichen im Ausland ist überhaupt verboten. — Vom 28. Juli bis zum 10. August wird in Ausführung einer kriegsministeriellen Bestimmung beim 18. Armeekorps eine Reserve-Feldartillerie-Abteilung von drei Batterien und etwa 353 Mann auf dem Truppenübungsplatz Darmstadt aufgestellt, unter hauptsächlichster Geranziehung des 1. Nassauischen Feldartillerie-Regiments Nr. 27 (Oranien). Als Abteilungsführer ist Hauptmann Bessel vom Feldartillerie-Regiment Nr. 27 kommandiert. Die Besichtigung der Abteilung erfolgt am 9. August durch den kommandierenden General. Gelegentlich dieser Besichtigung findet ein kriegsmäßiges Schießen statt.

— Großes Orchesterkonzert in der Mainzer Stadthalle. Wie bei den Bühnengehörigen die „Genossenschaft“, so ist es der „Verband“ für die Musiker, welcher diese stets einer „guten Sache“ wegen zu begeistern vermag. Innerhalb weniger Tage haben sich dann auch 200 Mitglieder der Orchester von Mannheim, Mainz, Wiesbaden, Frankfurt und Darmstadt dem vorbereitenden Komitee bereitwillig zur Verfügung gestellt, um zum Besten der Wohlfahrtskassen ihres Verbandes eine Veranstaltung von musikalisch-monumentaler Bedeutung verwirklichen zu helfen. In ebenso uneigennütiger Weise und trotz überhäufter Arbeiten hat sich aber auch Herr Fritz Steinbach-Ekin, der Generalmusikdirektor (diesmal in des Wortes vollster Bedeutung) die Führung dieser Orchestermassen übernommen und als erstes ein echt Steinbachsches Programm, Bach, Beethoven, Brahms und Wagner entworfen. Nur den gegebenen Vorbedingungen, daß den Städten am Rhein und Main eine Anzahl hervorragender Orchester zur Verfügung stehen, daß aber auch Mainz selbst in der Stadthalle einen entsprechenden Festsaal besitzt, ist das Zustandekommen dieses musikalischen Ereignisses zu danken. Es wird daher nicht nur in Mainz sondern auch in den Nachbarstädten das Interesse aller Kunstfreunde für diese Veranstaltung groß genug sein, um neben einem künstlerischen auch einen weltlichen großen Erfolg zu sichern, der gute Zweck und die aufgewandten Mühen verdienen es. Eintrittskarten zu dem am Mittwoch, den 23. d. M., stattfindenden Konzert sind hier außer in den Musikalienhandlungen von Wolff und Schellenberg in der Agentur Frenz, Wilhelmstraße 6, zu haben.

— Erneuerung im Schlafwagenverkehr. Die deutschen Eisenbahnerverwaltungen haben neuere Bestimmungen über den Verlauf der Schlafwagenarten angeordnet, die einem vom Publikum des öfteren gekürterter Wünsche entgegenkommen sollen. Diese Zusatzparagrafen besagen, daß die bereits gekürten Zeitarten gegen Erstattung des gezahlten Preises zurückzunehmen sind, wenn der Antrag auf Rücknahme spätestens 4 Stunden vor Schluß des Vorverkaufs für den Zug gestellt wird, für den die in Betracht kommende Zeitkarte gelöst war. Eine Zurücknahme der bereits gelösten Zeitarten soll auch noch kürzere Zeit vor Abgang des Zuges ermöglicht werden, wenn der Antragsteller glaubhaft nachweist, daß es aus besondere unabwehrbare Um-

stände waren, die ihn veranlaßten, zur Zeit von der geplanten Reise Abstand nehmen.

Dänisches Konsulat. Dem dänischen Konsul in Frankfurt a. M., Herrn Bernhard Wolff, dessen konsularische Tätigkeit bisher nur für Frankfurt galt, wurde die Provinz Hessen-Rassau und das Großherzogtum Hessen als Amtsbezirk zugewiesen.

Das Gewitter, das gestern in der zweiten Nachmittagsstunde über unsere Stadt zog, war von einem starken Regen begleitet, der zwar der Vegetation die erwünschte Erfrischung brachte, jedoch mit dem Sturmwind, der zugleich die Zeit wühlte, in den Aäen und Anlagen der Stadt mancherlei Schaden anrichtete.

Blinder Eifer. Am Samstag nach 7 Uhr kamen zwei Besucherinnen der Ausstellung sehr aufgeregt in das Verwaltungsgebäude mit der Angabe, daß die eine ihr Handtäschchen im Fundbüro abgegeben worden sei.

Fremdenverkehr. In der verfloßenen Woche betrug der Zugang an Fremden 5688, wovon 2097 zu längerem und 3591 zu kürzerem Aufenthalt angemeldet wurden.

Kleine Notizen. Herr L. Wagner und dessen Ehefrau, geb. Trojan, zu Clarenthal begehen heute das Fest der silbernen Hochzeit.

Theater, Kunst, Vorträge.

Kurhaus. Max Hofmanns Wiederkehr wird jederzeit um so freudiger begrüßt, als er ganz ausgezeichnet vertritt, aus dem reichen Schatze seiner lebenswürdigen Kunst stets neue Gaben zu bringen.

Kurhaus. Max Hofmanns Wiederkehr wird jederzeit um so freudiger begrüßt, als er ganz ausgezeichnet vertritt, aus dem reichen Schatze seiner lebenswürdigen Kunst stets neue Gaben zu bringen.

Geschäftliche Mitteilungen.

Coffeinfreier Kaffee. Die 2. Große Sachausstellung des Deutschen Verbandes von 1873, die vom 3. bis 13. Juni in Halle a. d. S. stattfand, erlreute sich eines außerordentlich zahlreichen Besuches weiter Kreise.



Das zweite Kinder-Gartensfest

in der Ausstellung hatte eine noch weit größere Schar kleiner Leuten angezogen als das erste. Wohl 1200 bis 1500 freudestrahlende Kindergehaltes mögen den für sie abgeperrten Spiel- und Festplatz belebt haben.

Auswärtiger Besuch.

Am Sonntag stattete der Kreisverein Frankfurt im Deutschen Faktorenbund, zu dem die Bezirke Wies-

baden, Mainz und Frankfurt gehören, der Ausstellung auf Einladung der Maschinenfabrik Dresden, die in der Maschinenhalle zwei Schnellpressen ausstellt, einen Besuch ab.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

Dogheim, 21. Juni. Die Generalprobe des Gesangsvereins 'Liederblüte' gestern nachmittag hatte sich eines recht zahlreichen Besuches zu erfreuen, so daß der Saal 'Zur Krone' bis zum letzten Platz gefüllt war.

Rassauische Nachrichten.

R. Langensdorsbach, 21. Juni. Die letzte Fremdenliste zeigt einen Bestand von 1471 Personen, und ist der Zugang ein recht guter. Der Verkehrsverein hat bereits zwei Ausflüge nach Schlagenbad und Hohenstein unternommen, bei denen die Beteiligung eine rege war.

Schwanheim, 20. Juni. Das in eine Kaffarube gestürzte vierjährige Kind eines Arbeiters ist seinen Brandwunden erlegen. Die Gemeinde hatte gehofft, daß der Sportmann Dr. Artur v. Weinberg sich im hiesigen Walde ansiedeln werde, nachdem er voriges Jahr ein größeres Gelände in Rodt nahm.

Mittelheim, 21. Juni. Auch in der Gemeinde Mittelheim ist eine Bibliothek eingerichtet worden. Sie umfaßt bereits 300 Bände. Sowohl die Klaffier, wie auch die modernen Schriftsteller finden sich in ihr vor, ebenso ist die Weltgeschichte, die deutsche Geschichte usw. reichlich vertreten.

Uingen, 18. Juni. Herr Pfarrer Dr. Wuhmann wird am 1. Juli d. J. sein 25jähriges Amtsjubiläum feiern. Herr Dr. Wuhmann wirkte, bevor er im Jahre 1900 hierher berufen wurde, in Rod am Berg und Merzhausen.

Geisenheim, 21. Juni. Gestern fand für die Gemeinden des unteren Rheingaus das 25. Jahresfest des allgemeinen evang.-prot. Missionsvereins statt. Am Vormittag wurde in der evangelischen Kirche in Müdesheim ein Festgottesdienst abgehalten.

Gaub, 20. Juni. Innerhalb von 8 Tagen berichteten die Rettungsstationen von 3 Selbstmorden, die dadurch zur Ausführung kamen, daß die Reisenden vom Schiffe aus in den Rhein sprangen. Heute wurde nun hier bei der 'Blau' durch den Leuten Bernhard Napp und den Führer Heinrich Pfaff die Leiche eines jungen Mannes gelandet und unterhalb der Landbrücke ans Land gebracht.

Limburg, 20. Juni. Zur Feier des 25. Jahresfestes der evangelischen Kirchengesangsvereine waren ca. 500 Sänger und Sängerinnen hier versammelt. Die Generalversammlung fand bereits gestern abend 6 Uhr statt. Im Gemeindehaus nahmen an diesem Abend auch zwei auswärtige Vereine an der Begrüßungsfeier teil.

Staffel, 20. Juni. Das für den Kreis Limburg hier stattfindende Feuerwehrezirksfest wurde gestern abend durch einen Kommerz in der Gastwirtschaft 'Zur Heiden' eingeleitet, zu dem sämtliche hiesige Vereine erschienen waren.

Staffel, 20. Juni. Das für den Kreis Limburg hier stattfindende Feuerwehrezirksfest wurde gestern abend durch einen Kommerz in der Gastwirtschaft 'Zur Heiden' eingeleitet, zu dem sämtliche hiesige Vereine erschienen waren.

Veranstaltungen beendet hatten, ordneten sich die verschiedenen Vereine zu einem Festzuge durch die Ortstraßen nach dem unterhalb des Ortes gelegenen Festplatz, wo nach einem vom Gesangsverein vorgetragenen Begrüßungslied ein Feuerwehrrauszug die Festrede hielt.

Veranstaltungen beendet hatten, ordneten sich die verschiedenen Vereine zu einem Festzuge durch die Ortstraßen nach dem unterhalb des Ortes gelegenen Festplatz, wo nach einem vom Gesangsverein vorgetragenen Begrüßungslied ein Feuerwehrrauszug die Festrede hielt.

Aus der Umgebung.

Mains, 21. Juni. Rheinpegel: 1 m 30 cm gegen 1 m 85 cm am gestrigen Vormittag.

Gerichtssaal.

W. Fahrlässige Körperverletzung. Am 23. März wurden an dem Schornstein der höheren Mädchenschule in Viebrich Reparaturen vorgenommen, mit denen der Maurermeister Sch. beauftragt war.

Sport.

Gegen den Vorwurf der Fahrlässigkeit. Wir erhalten folgende Zuschrift: Sehr geehrter Herr Redakteur! In Ihrem hübschen Artikel des 'Wiesbadener Tagblatts' Nr. 271 steht folgender Passus: '... Vorausgesetzt natürlich, man hat nicht so viel Maßver als der Fürst Lwoff, dessen Wagen immer gerade dann irgendwo am Wege liegen bleibt, wenn er notwendig gebraucht wird.'

Fahren immer der größten Voracht, und meine jeweiligen Chauffeure müssen mir beim Dienstantritt die schriftliche Versicherung geben, daß sie stets und unter allen Umständen bestrebt sein werden, jeden Unfall zu vermeiden, nicht vor-schriftswidrig schnell zu fahren und alle polizeilichen Vorschriften, welche sich auf das Fahren mit Kraftfahrzeugen beziehen, streng zu beobachten. Aus alledem werden Sie sich wohl sagen müssen, daß Ihre Äußerung über mich nicht zutrifft, und ich ersuche Sie hiermit höflichst, dieselbe richtig stellen zu wollen, event. dieses Schreiben in Ihrem ge-schätzten Blatte abzdrukken. Mit vorzüglicher Hochachtung
E. Fürst Zwoff.

sr. Die Frankfurter Ruder-Regatta, die am 27. und 28. Juni in der Mainstadt zum Austrag gelangt, hat mit 166 Meldungen von 38 Vereinen und 775 Ruderern einen guten Rennungs-schluß gehabt. Dagegen vermißt man jede Meldung aus dem Ausland, das sich sonst regelmäßig beteiligte. Um den Preis des Deutschen Ruder-Verbandes bewerben sich sechs Vierer, darunter der Mainzer R.-V., der Ludwigshafener R.-V. und die Frankfurter R.-G. Germania. Auch für den Vierer um den Preis von Frank-furt a. M. nannte der Doppelsieger der Grünauer Regatta, der Mainzer R.-V., dem nur der Mannheimer R.-V. und die Kasterler R.-G. entgegengetreten werden, während die Mainzer im Vierer ohne Steuernmann um den Heraus-forderungspreis vom Main die Frankfurter R.-G. Germania und den Ludwigshafener R.-V. zu schlagen haben. Der Kaiser-Vierer, die Hauptkonkurrenz des zweiten Tages, bringt den Mainzer R.-V., den Mannheimer R.-G., den Ludwigshafener R.-V. und die Frankfurter R.-G. Germania und Sachsenhausen zusammen, und im Einer um den Preis von Gerbermühle konkurrieren Lukas-Mainz, D. Müller-Frankfurt a. M. und S. Barbenes-Strasbourg. Die Schlusskonkurrenz, der Achter um den Germania-Preis, vereint den Ludwigshafener R.-V., den Mannheimer R.-G., den Mainzer R.-V. und die Frankfurter R.-G. Germania. — Berliner Vereine meldeten nicht, doch soll der Hellas-Vierer seinem siegreichen Gegner, dem Mainzer R.-V., bei der Mannheimer Regatta von neuem begegnen.

Renntfahrer-Refords. Einen interessanten Überblick über die Sportleistungen bekannter Renntfahrer gibt ein Artikel der „Lectures pour tous“, in dem geschildert wird, in wie hohem Maße das Motorrad den Autorensport beein-flusst und die Refords gesteigert hat. Ohne Fährung hatte der Franzose Verhet einen Stundenrekord von 41 Kilometer 500 Meter aufgestellt. Hinter einem Tandem stellte dann Theile mit 50 Kilometer 286 Meter einen neuen Rekord auf. Der Unterschied zwischen dem sich selbst überlassenen Fahrer und dem hinter einem Tandem liegenden Renntfahrer betrug 8 Kilometer. Hinter den Motorrädern aber steigerten sich die Leistungen außerordentlich. 1901 fährt Nohl 65 Kilometer 712 Meter, also mehr als einen Kilometer in der Minute. Schon im folgenden Jahre bricht der Renntfahrer mit 72 Kilo-meter 460 Meter den eigenen Rekord, der dann von Michael auf 75 Kilometer 273 Meter gesteigert wird. 1903 erreicht Gentenet 78 Kilometer 260 Meter. Im Jahre 1904 treiben Darraon und Bruni mit einem gewaltigen Rad die Resultate noch weiter in die Höhe und legen 87 Kilometer 869 Meter in der Stunde zurück. Im folgenden Jahre nimmt Nohl es auf sich, auch diesen Rekord zu brechen; er fährt 91 Kilometer 303 Meter. Damit, so möchte es scheinen, war eine Höchst-grenze menschlicher Leistungsfähigkeit erreicht. Aber schon 1905 wird dies Resultat überboten; Guignard fährt in einer Stunde 95 Kilometer 26 Meter. In München erreichte dann der Engländer Wills sogar 99 Kilometer 57 Meter, aber dieses Resultat wurde durch eine wesentliche Erleichterung möglich, die Wills dadurch gewann, daß sein Fahrer am Motorrad einen Windschirm von 42-72 Zentimeter Größe trug, so daß Guignard noch heute den Rekord hält. Während hinter fahrenden Tandems in 10 Jahren der Rekord nur um 10 Kilo-meter gesteigert wurde, trieb das Auftreten der Motorräder das Resultat um den gleichen Zeitraum um nicht weniger als 60 Kilometer in die Höhe. Interessant sind die Angaben über das Einkommen bekannter Renntfahrer. Zimmermann hat in 6 Monaten 300 000 Fr. verdient, Major Taylor und der Amerikaner Kramer während einer Rennsaison 30 000 Dollar, also rund 120 000 M. Ellegaard, von den Horn und Poulain mit den Prämien der Fahrradfabriken und der Pneumatic-fabriken alljährlich rund 60. bis 80 000 Fr. und diese Summe wird von Renntfahrern wie Darraon, Guignard oder Rarent noch übertroffen. Die Rennpreise spielen dabei eine geringere Rolle als die hohen Fahrgelder, die berühmten Renntfahrern bezahlt werden. Die Sicher könnten reich zu reichen Männern werden, wenn sie nicht so hohe Kosten zu bezahlen hätten. Er muß den Preis und die Garantie mit seinem Fahrer teilen, dem dagegen die Kosten des Trainings anheim fallen. Die Anschaffung der Motorräder, deren zu jedem Training drei bis vier benötigt werden, die Ausgaben für Benzin, die Garage, die Gehälter der Masseure repräsentieren hohe Summen, die den Gewinn erheblich belasten. Aber trotzdem kann der Renntfahrer, wenn sein Renntfahrer Glück hat, in kurzer Zeit ein Vermögen verdienen. Freilich, die Fälle, in denen berühmte Renntfahrer als wohlhabende Rentiers ihr Leben beschließen, gehören zu den Seltenheiten. Die meisten müssen sich nach ihrer Ruhmeszeit nach einem neuen Beruf umsehen. Raab Eben, der einst in Paris so berühmt war, ist heute in Holland Pferdehändler. Edwards betreibt in London ein Raarenhandels- und Wechsel ist in Amerika Diamantenhändler. Der einst so berühmte Zimmermann betreibt in Point-Bleasant im Staate New York ein Hotel, und Dumond, der einstige Champion von Frankreich, ist heute der Inhaber eines — Beerbigungs-Instituts.

Kleine Chronik.

Eine neue Erwerbung des Fürsten Pleß. Fürst Pleß kaufte die vor vier Jahren eroberte, dem Kaufmann Bergmann gehörige Marthaquelle mit Grundstück Waldbhof für 250 000 M. an; nunmehr ist Fürst Pleß der Besitzer sämt-licher Salzbrunner Heilquellen.
Einen grauenhaften Fund machte am Samstagmorgen ein Kohlenfischer bei der Barbarossa-Brücke in Kiel. Er förderte mit seinem Anker die Leiche eines etwa 3 Monate alten Knabenutage. Hände und Füße des Kindes waren zusammengeknüpft und auf dem Rücken war ein Stein fest-gebunden. Es liegt unzweifelhaft Nord vor. Die Leiche wurde von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt.
Der Streik der Erzgrubenarbeiter im Bezirk von Aubous greift weiter um sich. Jetzt sind aus Verdun zwei weitere Kompanien Jäger eingetroffen, um für die Aufrechterhal-tung der Ordnung zu sorgen. Die Streikenden versuchten verschiedentlich wieder die deutsche Grenze zu überschreiten, wurden aber daran von der deutschen Polizei gehindert.
Internationalen Gannern in die Hände gefallen ist in Köln ein reicher Amerikaner. Er war in die Betrachtung des Domes verfunken, als zwei Männer sich zu ihm gesellen, die sich gleichfalls als Amerikaner ausgaben. Sie wußten den Amerikaner berart zu nehmen, daß dieser ihnen seine gesamte Barschaft in Höhe von 5000 M. und einen auf 1200 Mark lautenden Scheck eines Kölner Bankhauses in die

Hände gab. Erst nach dem Verschwinden seiner beiden an-gebliebenen Landesteute entdeckte er, daß er Gaunern in die Hände gefallen ist. Von den Dieben fehlt bisher jede Spur.
Auf der Straße erschossen. Der Dachdecker Obratca er-schlag nach einem Wortwechsel den Wärdemeister Kapetich in Königshütte auf offener Straße. Derselbe war sofort tot.
Das Opfer eines nächtlichen Raubmordes ist in Niddorf der 43jährige Brauereiarbeiter Richard Enslat aus der Steinwegstraße 46 geworden. Als dieser nachts in seine Wohnung zurückkehren wollte, traf er im Hausflur einen un-bekanntem Mann, der sich dort mit einer Frau aufhielt. Enslat stellte den Mann zur Rede, es entspann sich ein Streit, in dessen Verlauf drei andere Männer dem Unbekannten zu Hilfe eilten. Enslat wurde überfallen und erhielt schwere Messerstiche, so daß er tot zu Boden sank. Die Täter ent-flohen, doch wurden drei bereits verhaftet. Der vierte ist entkommen.

Verunglückter Ausbrecher. Bei dem Versuche, aus dem Untersuchungsgefängnis in Noabitz auszubrechen, ist der 20jährige Kaufmann Kühne schwer verunglückt.
Ein Revolvententat auf seinen Bruder verübte in der Nacht auf Sonntag in einem Streite der 27jährige Schnei-der Adolf Knoblauch aus der Rübenstraße in Berlin.
Durch Blitzschlag getötet. Die Dichterin und frühere Opernsängerin Frau Effia Henrich, die aus Leipzig stammt, wurde auf ihrer Farm bei Mechanicsville (Maryland) durch einen Blitzschlag getötet.
Fabrikbrand. Die Möbelfabrik und das Möbellager der Firma A. Weil in Frankenthal wurde durch Feuer zer-stört. Der Schaden ist groß. Die Entföhrungsursache des Brandes ist unbekannt.

Eine Feuersbrunst brach in dem Pensionat für junge Mädchen Gatt de Samond in Brüssel aus. Das Feuer war in dem Keller durch einen Haufen Papier entstanden, der in Brand geraten war, und dicke Rauchwolken drangen in die Schulzimmer ein kurz vor Beendigung des Unter-richts. Die zahlreichen jungen Mädchen flüchteten, Ver-letzungen sind nicht vorgekommen.
Eine russische Einbrecher- und Räuberbande. Die Ber-liner Kriminalpolizei stellte die Persönlichkeit des Mannes fest, der in Leipzig auf dem dortigen Postamt einem Kassen-boten 2000 M. raubte. Es handelt sich um einen vor un-gefähr 6 Jahren aus dem Zuchthaus der Insel Sachalin ent-sprungenen Verbrecher namens Matze Tschap. Die Kom-plizen Tschaps befinden sich außerhalb Berlins. Ihre Ver-folgung ist aufgenommen worden. Sie sind Mitglieder einer über den ganzen europäischen Kontinent verbreiteten russi-schen Einbrecher- und Räuberbande. Zwei Mitglieder dieser Bande sind in der Wiener Straße in Berlin bei einem Wohnungseinbruch auf frischer Tat ertappt worden.

Fabrikfeuersung. In Neapel ist eine im Bau befindliche Fabrik eingestürzt. Drei Arbeiter wurden getötet, vier an-dere schwer verletzt.
Heuschreckeneplage. Wie aus Cagliari (Italien) berichtet wird, sind große Heuschreckenschwärme in dieser Gegend auf-getaucht, wo sie bereits großen Schaden angerichtet haben. Die Landbevölkerung hat die Hilfe der Truppen in Anspruch genommen.
Gekrandel. Der Zweimaster „France“ ist beim Fischen auf den Bänken von Island gestrandet. Die Besatzung ist gerettet.
Zeppelin im schwäbischen Volksmund. Eine große Menschenmenge belagerte die Expedition einer Stuttgarter Tageszeitung, um das Reuiste über Zeppelins Heimfahrt zu vernehmen. Da standen einige Bürger und Weingärtner der Residenz dabei, die sich über die Sache unterhielten. Von diesen meinte einer, den großen Landsmann bewundernd: „Ja, dös muech mer sage, unser Zeppelin ischt ebe a Kerle — der läßt, wenn's sei muech, da Kopf dahente und fährt mit'm Heuertoil davo.“

Deutscher Reichstag.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatt“. — Berlin, 21. Juni.

Am Bundesratsitz Freiherr v. Schoen, Staatssekretär Sydow, Handelsminister Delbrück, Reichsbankpräsident Havenslein.
Vizepräsident Dr. Paasche eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 6 Minuten.

Die zweite Lesung der Reichsfinanzreform wird fortgesetzt, und zwar bei der

Kotierungssteuer.

Abg. Dr. Nölde (B. d. L.): Die Gründe gegen die Erbschaftssteuer sind schon oft hier dargelegt worden. Sie ist keine allgemeine Besitzsteuer. Juristische Personen und alle diejenigen, welche eine Rente oder eine Pension beziehen, werden von derselben nicht betroffen. Wir fordern, daß nicht nur das im mobile, sondern auch das mobile Kapital erfaßt wird. Für gerechtfertigt halten wir eine Besteuerung des Gewinnes, der beim Verfall durch Wertzuwachs er-ziebt wird. Die französische Kotierungssteuer hat sich lange Jahre hindurch gut bewährt. Wir halten eine starke und kräftige Börse für nötig und nützlich. Es ist ganz falsch, wenn man uns Feindschaft gegen die Börse vorwirft. Die Regierung muß doch anerkennen, daß die Kotierungssteuer eine Begünstigung der Reichs- und Staatspapiere gegenüber den Industriaktien gewährt. Gerade die Besteuerung des unpersönlichen Kapitals ist ein gesunder sozialer Gedanke,

und gerade der Mittelstand sollte diese Steuer begrüßen, denn gerade dem Mittelstand wird durch die Aktiengesell-schaften das Leben besonders schwer gemacht. Die Land-wirtschaft ist durch die Einkommensteuer und die ganz bedeutenden Zuschläge, sowie durch das Lehrerbeförderungsgesetz bereits so reichlich belastet, daß sie weitere Lasten zu tragen nicht imstande ist. Deshalb hätte man sich, bei der Erbschaftsteuer den zweiten Schritt zu tun, um die Aus-behnung auf Ehegatten und Deszendenten zu be-schließen. Die Aktiengesellschaften mit ihren großen Vermögen können die Kotierungssteuer sehr wohl tragen, da dieselbe nach dem Kursstande erhoben wird. So werden Papiere mit niedrigen Kursen auch weniger betroffen. Da-her kann man nicht sagen, daß unrentable Unternehmungen scharf herangezogen werden. Die Erfahrungen, die Frank-reich mit dieser Steuer gemacht hat, beweisen, daß durch

dieselbe das ausländische Kapital keineswegs aus dem Lande gebrängt wird. Wir können erneut unsere Auf-fassung als richtig erkennen, daß wir dem Weg nicht folgen, den Sie (zur Linken gewandt) gehen wollen, um aus dem Reichstag ein Parlament zu machen, dessen Mehrheit über die Ministerseffel verfügt. Wie gefährlich es ist, mit der Erbschaftssteuer vorzugehen, beweist die Meldung, daß in Frankreich Finanzminister Caillaux erneut eine Erb-schaftssteuer vorschlägt und damit einen Entrüstungs-sturm hervorgerufen hat.

Letzte Nachrichten.

Der Kaiser in Hamburg.

wb. Hamburg, 21. Juni. Der Kaiser traf heute vormittag um 10 Uhr zur Besichtigung der Hugo Bogel'schen Wandgemälde im Rathause ein. In seiner Begleitung befanden sich außer dem Befolge der Gesandte Graf Bögen. Empfangen und geleitet wurde der Kaiser von dem Bürgermeister Dr. Burhard und anderen Mitgliedern des Senats, sowie von Professor Bogel. Die Kaiserin besuchte vormittags Hagenbeck's Tierpark und das Raue Haus.

Dr. Paul Langerhans †.

Berlin, 21. Juni. Der frühere langjährige Berliner Stadtverordnetenvorsitzer Dr. Paul Langerhans, ehe-maliges Mitglied des Reichstages und des preussischen Ab-geordnetenhauses, ist heute früh gestorben. — Dr. Paul Langerhans ist am 25. Mai 1820 zu Berlin als der Sohn des Stadtbaumeisters Langerhans geboren; er besuchte das Gymnasium zum Grauen Kloster, wo auch Fürst Bis-marck büffelte, bezog 1838 die Berliner Universität und er-warb sich 1842 hier den Doktorhut. Seit 1843 hat Langer-hans die ärztliche Praxis ausgeübt. Das Jahr 1848 sah ihn in den Reihen der Kämpfer für eine Verfassung. 1873 wurde er Stadtverordneter, 1886 Stadtverordneten-Vor-sitzer-Stellvertreter und 1893 Stadtverordneten-Vorsitzer. Mitglied des Preussischen Landtages wurde Langerhans von 1895 bis 1904 und Mitglied des Reichstages von 1881 bis 1902. Reiche Beweise der Verehrung brachte dem ver-dienten Manne die Tage und Feste seines 75. und 80. Ge-burtstages. Langerhans war einer der ersten, die den Kampf um die sogenannte „Umschulungsvorlage“ kräftig aufnahmen. Wohlverdient war 1900 die einstimmige Wahl zum Ehrenbürger von Berlin.

Ein redseliger Botschafter.

wb. New York, 21. Juni. Der deutsche Botschafter Graf Bernstorff hielt heute auf dem Sängers-feste des nordöstlichen Sängerbundes eine längere Ansprache, in der er die deutsche Musik und das deutsche Lied verherrlichte.

Eine sonderbare Ministerrede.

Nancy, 21. Juni. Der Minister der öffentlichen Ar-beiten Parthou hielt in Dombasle eine Rede, in der er auf die vor einigen Monaten durchlebte „schreckliche Stunde“ hindeutete und ausführte, Frankreich fühle sich durch un-annehmbare Forderungen verletzt. Es wolle sich nicht knechten lassen! Die Regierung erinnerte sich, daß Frankreich gewisse Bedingungen nicht aufzulegen werden können. Schlimmer als der Tod ist das Leben in Er-niedrigung! Es könnte keine Rede davon sein, daß Frank-reich tot wäre, denn die Republik hat diesem Lande eine Armee gegeben, mit der wir jeder Möglichkeit ins Auge sehen können. Wir haben damals das bewundernswerte Schauspiel des Landes erlebt, daß es vollkommen seiner mächtig ist und dem Feinde mit erhobener Stirn entgegen-sieht. Wenn man, so schloß Parthou, hierher kommt, so sieht man in sich selbst auf unbesiegbare Hoffnungen. Im Namen Frankreichs und der Republik trinke ich auf das Wohl des republikanischen Lothringens, (Lebhafter Beifall.)

Serbisches.

hd. Belgrad, 21. Juni. König Peter bot dem Haupt-verschwörer Genic und dem Oberst Maschin je 100 000 Franc, wenn sie Serbien sofort für ein Jahr verlassen. Dieses Angebot des Königs ist durch den bekannten Kon-sult veranlaßt worden, in den Prinz Georg mit der Ver-schwörer-Partei geraten ist. Erminister Genic und Oberst Maschin machten aber von dem Anerbieten des Königs einer Versammlung der Verschwörer, welche vorgelesen in der Villa des Erministers stattfand, Mitteilung. Alle Ver-schwörer beschloßen, dieses Anerbieten des Königs zurück-zuweisen und den Kampf gegen den Prinzen Georg fortzusetzen.

Die erste Reise der „George Washington“.

New York, 21. Juni. Auf Veranlassung der Frie-densliga, die in dem Lloyd-Dampfer „George Washing-ton“ ein neues Band zwischen Deutschland und Amerika sieht, wehte die Flagge der Liga von den im Hafen liegen-den Schiffen, als die „George Washington“ gestern abend zum ersten Male einlief; außerdem wurde der Dampfer mit Dampfpeisen und Schiffs-glocken begrüßt. — Die Reise des Dampfers war vom Wetter begünstigt, nur bei Neufundland hatte der Dampfer, der auf seiner ersten Reise eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 18,8 Knoten entwickelte, Rebel angetroffen. Die Maschinenanlage hat tadellos funktioniert. Von den Passagieren wurden die Einrichtungen des Schiffes und besonders der ruhige, vibrationslose Gang lobend anerkannt.

Zum Gordon-Bennett-Rennen der Lüste.

Berlin, 21. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In der Sitzung des deutschen Lustschiffer-Verbandes wurden gestern als Vertreter Deutschlands für das „Gor-don-Bennett-Rennen der Lüste“ bestimmt: Dr. Bröckelmann vom „Berliner Klub“, Paul Medel-Eberfeld, Hauptmann v. Abercron-Düsseldorf vom „Nieder-rheinischen Verein für Lustschiffahrt“. Als Ersatzleute wur-den gewählt: Dr. Komplan vom „Niederrheinischen Verein für Lustschiffahrt“, Leutnant Rothhoff und Leutnant v. Foh-mann vom „Berliner Klub“ und Oberleutnant Nidel-Eddy vom „Cölnner Klub“.

Unfall auf einem Kriegsschiff.

hd. Kiel, 21. Juni. Im Heizraum des im Hafen liegenden großen Kreuzers „Prinz Adalbert“ sprang heute vormittag die Kapsel-Wutter einer Stopfbüchse ab. Durch den ausströmenden Dampf wurde der Heizer Matkowski sofort getötet, der Maschinistenmaat Max Schramm lebensgefährlich verletzt.

Eine Zigeunerschlacht.

Berlin, 21. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Eine Zigeunerschlacht entwickelte sich gestern nachmittag in der Bellerophonstraße, wobei Messer, Däseziemer und andere Gegenstände eine große Rolle spielten. Erst sechs Schutzeilen gelang es, die Schlacht zu beenden, indem sie den Haupttäter, einen Pferdehändler, und seine 6 Söhne festnahmen. Wie viele Personen Verletzungen erlitten haben, konnte noch nicht festgestellt werden, da die übrigen Beteiligten flüchteten.

Der Berliner Frauen-Messerstecher.

London, 21. Juni. Der Berliner Frauen-Messerstecher soll in Liverpool verhaftet worden sein. Die dortige Bevölkerung befand sich durch verschiedene Messer-Attentate auf Frauen in großer Aufregung. Am Samstagfrüh gelang es, den Messerstecher auf frischer Tat festzunehmen. Der Attentäter gibt an, Rudolf Vogt zu heißen, und will aus Berlin stammen.

Un glaublich.

hd. Saarbrücken, 21. Juni. Hier wurden unter dem Verdacht des Vergehens gegen die Sittlichkeit, begangen an 24 Mädchen im Alter von 12 bis 16 Jahren, 40 Personen verhaftet. Die zum größten Teil noch schulpflichtigen Mädchen wurden sofort aus der Schule verwiesen. Die Untersuchung ist im Gange.

wb. London, 21. Juni. Ein hiesiges Blatt hat auf Grund einer ihm zugegangenen Spende von 2000 Pfund Sterling eine Sammlung zum Kauf des besten im Ausland käuflichen leistungsfähigen Luftschiffes eröffnet. Lord Roberts, Milner und Beresford bildeten den vorbereitenden Ausschuss zur Unterstützung des Kriegsamts bei der Auswahl des auf dem Festlande praktisch bewährten Modells.

wb. London, 21. Juni. Aus Washington wird der „Morning Post“ gemeldet, daß Englands Antwort an Amerika bezüglich der Hankow-Szechuan-Anleihe die Anregung erteilt, das amerikanische Syndikat möge die Angelegenheit mit den englischen und anderen Banken ordnen, um nicht erst wieder China mit der Angelegenheit zu befallen und so die Anleihe hinauszuschieben. Staatssekretär Knox habe in freundlicher Weise geantwortet, er ziehe es vor, direkt mit China zu verhandeln.

Konstantinopel, 21. Juni. Nach einer Meldung der „Turquie“ hat die Regierung beschlossen, dem General Dschavid Pascha neue umfassende Verstärkungen zur Unterdrückung des albanesischen Aufstandes zu senden. In Strumnitza, Drama und in anderen mazedonischen Orten ist eine Boykottbewegung der Türken gegen die Griechen im Entstehen begriffen.

Caussines, 21. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In 16 Steinbrüchen wurden infolge eines in zwei Betrieben wegen Lohnstreitigkeiten ausgebrochenen Ausstandes etwa 2500 Arbeiter ausgesperrt.

Heidelberg, 21. Juni. Dem Vernehmen nach hat der hiesige außerordentliche Professor Eugen v. Hippel den Ruf als Ordinarius für Augenheilkunde und als Direktor der Augenklinik an der Universität Halle a. S. angenommen.

hd. Paris, 21. Juni. In der Nacht von Samstag zum Sonntag sind zwischen Lens und Louay bei Royelle 6 Telegraphenleitungen zerschnitten worden.

hd. Paris, 21. Juni. Eine Arbeiterin wurde gestern von einem Straßenbahnwagen erfasst und geriet unter die Räder. Ein dreijähriges Kind, welches sie auf den Armen trug, wurde in zwei Stücke zerschnitten. Die Mutter wurde schwer verletzt nach dem Spital gebracht.

hd. Paris, 21. Juni. „Paris Journal“ meldet aus Tunis, daß der dortige Untersuchungsrichter eine Untersuchung gegen zwei in Afrika augenblicklich dienende Soldaten eingeleitet hat. Sie sind von einem Kameraden beschuldigt worden, sich an dem Tode des Valers Steinheil beteiligt zu haben. Man glaubt jedoch, daß man es mit Simulanten zu tun hat, die auf diese Weise hoffen, nach Frankreich transportiert zu werden.

hd. Toulon, 21. Juni. Eine Feuerbrunst zerstörte die Kupfergießerei der Firma Bouillon. Der Schaden beläuft sich auf über eine halbe Million Frank. Verschiedene Gebäude wurden vollständig eingestürzt. Mehrere Feuerwehreinheiten wurden bei den Löscharbeiten verletzt, davon zwei tödlich.

Letzte Handelsnachrichten.

Berliner Börsenbericht.

Berlin, 21. Juni. (Eigener Drahtbericht des Wiesbadener Tagblattes.) Die neue Woche eröffnete in schwacher Haltung. Das Ansehen des Geldes für Ultimogeld zu 4% Proz. sowie die Ungewissheit über den Ausgang der in Frage stehenden Reichsfinanzreform wirkten verheerend. Die Spekulation trägt dem Umstande Rechnung, daß bei der bevorstehenden Ultimoliquidation vielfache Positionslösungen in Erwägung treten dürften, daher gestaltete sich das Geschäft auf sämtlichen Märkten äußerst schwerfällig, zum Teil zu niedrigeren Kursen, besonders in Großbanken, die über 1/2 Proz. gegen vorgestern niedriger umgingen. Auch am Montanaktienmarkt waren Wochenanfang Rückläufe zum ersten Kurs um 0,40 Proz. weniger gefragt, desgleichen Laurahütte, Rheinthal 1/2 Proz. niedriger, desgleichen Dargener. Am Eisenbahnaktienmarkt herrschte sehr flüchtiges Geschäft bei wenig veränderten Kursen, nur Prince Genz-Bahn 1/2 Proz. niedriger auf erstes Angebot, Baltimore und Canada dagegen besser. Proz. Reichsanleihe 0,20 Proz. schwächer, Russen von 1902 0,10 Proz. besser. Schiffahrtaktien behauptet. Getreidewerte ruhig. Tagesliches Geld 3/4 Proz. In der zweiten Wertpapierunde fandte der Verkehr auf sämtlichen Märkten, so daß die wenigen notierten Kurse nur nominelle waren. Böhmig etwas abgeschwächt (171,90), Anteile der Aktionär-Gesellschaft unterliegen mehrfachen Schwankungen. Im weiteren Verlaufe war die Haltung der Börse in Frage bei Schwankungen am

Montanmarkt, Deutsch-Luzemburger 1 Proz. niedriger. Auch Laurahütte und Phönix nachgebend. Russenbank schwach. Der Balkenmarkt war schwach. Das schon vorgestern im Aufstiege gewesene Gerücht von der Auflösung des Kaiserfundus wurde neuerdings wiederholt. Privatdiskont 3/4 Proz.

Schiffs-Nachrichten.

Norddeutscher Lloyd in Bremen. Hauptagent für Wiesbaden J. Chr. Glücklich, Wilhelmstraße 50. F 328

Schnelldampfer Bremen-Neu York: Kronprinzessin Cecilie nach Bremen, 15. Juni 11 Uhr vorm. von Neu York. Kaiser Wilhelm der Große nach Neu York, 15. Juni 11 Uhr vorm. in Neu York. Kaiser Wilhelm II. nach Neu York, 16. Juni 5 1/2 Uhr von Cherbourg. Mittelmeer-Linie: Königin Luise nach Neu York, 17. Juni 11 Uhr vorm. von Genua. Prinzessin Irene nach Genua, 17. Juni 7 Uhr nachm. von Neapel. Barbarossa nach Neu York, 17. Juni 9 Uhr vorm. in Neu York. Neu York, Baltimore- und Galveston-Linien: Prinz Friedrich Wilhelm nach Bremen, 18. Juni 7 Uhr vorm. von Cherbourg. Rhein nach Bremen, 16. Juni 2 Uhr nachm. von Baltimore. Friedrich der Große nach Bremen, 17. Juni 12 Uhr mittags von Neu York. Dresden nach Baltimore, 17. Juni 8 Uhr vorm. in Baltimore. Großer Kurfürst nach Neu York, 15. Juni 6 Uhr nachm. in Neu York. Rhein nach Baltimore, 17. Juni 2 Uhr nachm. von Bremerhaven. Australien-Linie: Gedülk nach Bremen, 17. Juni 2 Uhr vorm. in Swa. Schwarzhorn nach Bremen, 18. Juni 1 Uhr nachm. von Adelaide. Zieten nach Australien, 15. Juni 1 Uhr nachm. von Southampton. Austral-Brachdampfer: Franke nach Bremen, 15. Juni 7 Uhr vorm. in Marseille. Lothringen nach Bremen, 17. Juni 8 Uhr vorm. in Brisbane. Ost-Asien-Linie: Derfflinger nach Hamburg, 17. Juni 6 Uhr nachm. von Genua. Lüthow nach Hamburg, 17. Juni 5 Uhr nachm. von Hongkong. Nord nach Ost-Asien, 15. Juni 7 Uhr nachm. in Hongkong. Prinz Ludwig nach Ost-Asien, 17. Juni 12 Uhr mittags von Genua. Goeben nach Ost-Asien, 17. Juni 6 1/2 Uhr von Cuxhaven. La Plata-Linie: Sigmaringen nach Bremen, 18. Juni in Bremerhaven. Holland nach Madaira, Bisp. Antwerpen, Bremen, 17. Juni St. Vincent passiert. Göttingen nach La Plata, 14. Juni auf dem La Plata. Cuba-Linie: Roderne nach Cuba, 18. Juni Lizard passiert. Canada-Linie: Prinz Oskar nach Hamburg, 17. Juni von Rotterdam. Brasilien-Linie: Wärsburg nach Brasilien, 15. Juni von Pernambuco. Crete nach Brasilien, 18. Juni von Bissau. Mittelmeer-Debante-Dienst: Thracia nach Marseille, 18. Juni in Smyrna. Sutar nach Nicolajeff, 18. Juni von Marseille. Sächsen nach Batum, 18. Juni in Smyrna. Bremen nach Barcelona, 18. Juni in Marseille. Alexandrien-Linie: Schleswig nach Marseille, 16. Juni 2 Uhr nachm. von Alexandrien. Prinz Heinrich nach Alexandrien, 18. Juni 6 Uhr vorm. in Neapel. Austral-Napan-Linie: Prinz Waldemar nach Sydney, 18. Juni Ostbraker passiert. Truppen-Transport: Oldenburg nach Bremen, 15. Juni 6 Uhr vorm. von Nagasaki. Kadetten-Schiff: Gergoin Sophie Charlotte nach Bremen, 17. Juni von Grimsh. Herzogin Cecilie nach Antwerpen, 18. Juni Dungeness passiert.

Dampfer-Expeditionen des Norddeutschen Lloyd in Bremen. W Bremerhaven vom 20. bis 26. Juni: Dampfer Kronprinz Wilhelm 22. Juni nach Neu York über Southampton und Cherbourg. Prinz Friedrich Wilhelm 26. Juni nach Neu York über Southampton und Cherbourg. Sieben 26. Juni nach Argentinien.

Nächste Briefpost-Verbindungen

nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika. (Nach amtlichen Quellen bearbeitet.)

Table with columns: Der Dampfer fährt am, aus, Die letzte Anschlußpost verläßt Wiesbaden am, Zeit. Includes sections for 'Wichtigster Weg' and 'Schnellster Weg'.

Briefkasten.

(Die Redaktionen des „Wiesbadener Tagblattes“ übernimmt schriftliche Aufträge im Briefkasten, wenn die letzte Bezugskopie beiliegt. Nichtbeachtliche Gesänge werden nicht zugelassen.)

Frau B. Frau Toselli, die frühere Kronprinzessin von Sachsen, hat nach dem Gothaer Hofkalender für 1909 ihren Wohnsitz in Fiesole in der italienischen Provinz Florenz. Holänder. 1. Aus einer uns dieser Tage zugegangenen Korrespondenz war zu entnehmen, daß die Einweihung der Saalburg noch bevorsteht. 2. Der Ausdruck „Stranger“ ist dem Wiesbadener Lokal-Sprachgebrauch entnommen. B. Wenn Sie sicher gehen wollen, lassen Sie die Unterschrift des Schuldners notariell beglaubigen. Der Stempel wird nach der in dem Schuldschein angegebenen Darlehenssumme berechnet. M. S. Mainz. Sie hätten hier zu zahlen 1. an Staats- Steuern 222 M., Einkommensteuer, 23 M. 20 Pf. Zuschlag und 125 M. Kapital- oder Vermögenssteuer, zusammen 370 M. 20 Pf., 2. an Gemeindeabgaben 100 M. Zuschlag zur Staats-Einkommensteuer, 222 M., das sind zusammen 612 M. 20 Pf. Außerdem erhebt die Gemeinde eine Kanalabgabungsgebühr, die sich nach der Höhe der Wohnungsfläche richtet; sie beträgt bei Mietern von 300 bis 600 M. 1 Proz., 600 bis 900 M. 1 1/2 Proz. und für höhere Mieten 2 Proz. Die Kirchensteuer beträgt bei der evangelischen wie der katholischen Gemeinde 18 Proz., im vorliegenden Falle also 41 M. 70 Pf. Die Gemeinden dürfen den Zuschlag von 5 bis 25 Proz. und die Kanalsteuer für sich nicht in Anspruch nehmen, ebenso die Kirchengemeinden nicht. Somit wären die Steuerbeiträge für Kirch- und Schulzwecke hier immer noch günstiger als in Mainz. S. A. Der Vorstand hat den Verein zur Eintragung in das Vereinsregister bei dem Amtsgericht angemeldet. Die Satzung muß den Zweck, den Namen und den Sitz des Vereins enthalten und ergeben, daß der Verein eingetragenen werden soll. Die Satzung soll Bestimmungen enthalten:

1. über den Eintritt und Austritt der Mitglieder, 2. darüber, ob und welche Beiträge von den Mitgliedern zu leisten sind, 3. über die Bildung des Vorstandes, 4. über die Voraussetzungen, unter denen die Mitgliederberufung zu berufen ist, über die Form der Berufung und über die Beurkundung der Beschlüsse. Der Anmeldung sind beizufügen: 1. die Satzung in Ur- und Abschrift, 2. eine Abschrift der Urkunden über die Bestellung des Vorstandes. Die Satzung soll von mindestens sieben Mitgliedern unterzeichnet sein und die Angabe des Tages der Errichtung enthalten. Späterhin hat der Vorstand jede Änderung der Satzung, jede Wiederwahl und Neuwahl der Vorstandsmitglieder anzumelden, entweder bei dem Gericht persönlich oder schriftlich mit Beglaubigung der Unterschriften. Vätermeister beim Stammtisch. Anonyme Einwendungen werden grundsätzlich nicht berücksichtigt. Nr. 150. Die unentgeltliche Auskunft in Rechtsfragen für Unbemittelte wird täglich von 6 bis 7 Uhr abends im Rathhaus (Arbeitsnachweis für Männer) erteilt. Herr Geheimerat Meher wohnt Goethestraße 3, 1. Nr. 16. Ihre Annahme bezüglich des Schulgelbes der staatlichen höheren Schulen ist zutreffend. In den städtischen höheren Schulen gilt das Schulgeld von 150 M. für alle Klassen. In der Vorbereitungsschule beträgt es wie bisher 120 M.

Familien-Nachrichten.

Standesamt Wiesbaden.

(Stehend, Zimmer Nr. 20; geöffnet an Wochentagen von 8 bis 1/2 Uhr; für Ehe-Schließungen nur Dienstag, Donnerstag und Samstag.)

Geburten:

- 13. Juni: dem Tagelöhner Hugo Engelhardt e. S., Hugo Franz. 13. „ dem Fuhrmann Karl Sauer e. L., Karoline Christiane Elisabeth. 14. „ dem Schneider Eugen Koupert e. L., Elisabeth. 14. „ dem Ländnermeister Wilhelm Birch e. L., Auguste Erna. 15. „ dem Architekten Jaf. Forst e. S., Kurt Wilhelm. 16. „ dem Monteur Joh. Moriz e. L., Anna Kunigunde. 17. „ dem Küsterehilfen Max Hindorf e. L., Elisabeth Helene Lina. 18. „ dem Fuhrmann L. Dommerwuth e. S., August Georg. 18. „ dem Kaufmann Alfred Müller e. S., Heinrich Erich.

Aufgebote:

Eisenbahnsekretär Friedrich Jul. Fischer in Amberg mit Eva Maria Ulfch hier. Maschinenfremier Heinz Eißelöffel mit Elif. Michel hier. Briefträger Friedrich Martin mit Elisabeth Brüll hier. Postbote Albert Friedrich mit Margarete Krebs hier.

Eheschließungen:

Fuhrm. J. Jumann hier mit Gertr. Behner in Schierstein. Kaufmann Otto Hartmann mit Pauline Schumacher hier. Bureauhilfe Gustav Strud mit Karoline Geib hier. Oberkellner a. D. Oskar Reiffow in Friedrichsdorf mit Anna Lorenz hier.

Sterbefälle:

- 16. Juni: Architekt Wilhelm Kaufmann, 68 J. 16. „ Rinna, geb. Böfing, Witwe des Reichsgertnersrates Hermann Krüger, 75 J. 17. „ August, S. des Tagelöhners Karl Gapp, 1 J. 17. „ Lehrer Wilhelm Caspari, 53 J. 17. „ Eduard, S. des Bahnarb. Georg Emmerich, 1 M. 18. „ Berta, T. des Kohlenporteurs Karl Augenthaler, 1 M. 18. „ Privatier Heinrich Heinlein, 76 J. 18. „ Tagelöhner Joseph Hier, 66 J. 18. „ Witwe Emilie Krumböck, geb. Schulz, 70 J. 18. „ Eduard, S. des Kaufmanns Karl Kraß, 5 M. 18. „ Karoline, geb. Schäfer, Ehefrau des Tagelöhners Martin Schäfer aus Hausen v. d. S., 83 J. 18. „ Emilie, geb. Meher, Witwe des Vermeßmanns-revisors Heinrich Weitemeyer, 70 J. 19. „ Tagelöhner Peter Wagemach, 62 J. 19. „ Ladierer Wilhelm Blank, 37 J. 19. „ Tapezierer Adolf Winger, 35 J.

Standesamt Siebrich.

Geburten:

- 9. Juni: dem Tagelöhner Heinrich Koch e. S. 10. „ dem Maschinisten Wolf Haber e. L. 12. „ dem Tagelöhner Johann Meier e. L. 12. „ dem Straßenbahnarbeiter Kaijar Kerling e. S. 13. „ dem Tagelöhner Karl Schneider e. S. 14. „ dem Tagelöhner Karl Heibel e. S.

Aufgebote:

Rustflehner Heinrich Dietmann in Barmen mit Juliana Fischer daselbst. Hilfsbuchwarter Karl Ludwig Gottlich in Siebrich mit Wilhelmine Luise Karoline Aug. Simon daselbst. Pfisterer Heinrich Georg Hadenberger in Siebrich mit Maria Kath. Karoline Scheib daselbst. Bäcker Max Emil Kaufmann in Siebrich mit Anna Mary. Frida Scharenberg daselbst. Schlosser Wilh. Heinrich Rodrian in Siebrich mit Ernestine Heim daselbst.

Eheschließungen:

Feldwebel Karl Friedrich Wilh. Grube in Siebrich mit Marie Fay daselbst. Fuhrmann Alfred Loh in Siebrich mit Emilie Karoline Dörz daselbst.

Sterbefälle:

- 12. Juni: Anna Maria Walter, 23 M. 13. „ Schlosserlehrling Emil Müller, 17 J. 18. „ Kaufmann Peter Bouffier, 17 J.

Geschäftliches.

Unübertroffen zur Haarpflege ist

Dr. Dralle's Birken-Haarwasser im Gebrauch mit

Kopfwashpulver „Kopfrein“.

Die Morgen-Ausgabe umfaßt 22 Seiten und die Beilage „Der Roman“.

Redaktion: H. Schulte von Drüll.

Verantwortlicher Redakteur: Herr Dr. Dralle, Haupt- u. Redaktions-Redaktion: H. Schulte von Drüll, für die Druckerei: H. Schulte von Drüll, für die Anzeigen: H. Schulte von Drüll, Druck und Verlag der S. Schellensberg'schen Buchdruckerei in Wiesbaden.

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 27.

„Tagblatt-Haus“
Schalterhalle geöffnet von 10 Uhr morgens
bis 8 Uhr abends.

26,000 Abonnenten.

2 Tagesausgaben.

Fernsprecher:

Verlag (Expedition) 2953, Redaktion 53,
Druckerei 2266.
Rufzeit von 10 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Weggebühre für beide Ausgaben: 50 Pfg. monatlich durch den Verlag Langgasse 27, ohne Beleg-
lohn 2 Pfg. 20 Pfg. vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, ausschließlich Postgebühren. —
Weggebühre-Werstattungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die 5 Kreuzstraßen, sowie die
131 Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Wiesloch die dortigen 20 Ausgabestellen und in den
benachbarten Pflanzorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Meiner Anzeiger“
in einheitlicher Spaltenbreite; 20 Pfg. in davon abweichender Spaltenbreite, sowie für alle übrigen lokalen
Anzeigen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Pfg. für lokale Kleinanzeigen; 2 Pfg. für auswärtige
Kleinanzeigen. Ganze, halbe, viertel und viertel Seiten, durchlaufend, nach beiderseitiger Berechnung. —
Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechender Rabatt.

Anzeigen-Aufnahme: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr nachmittags.

Für die Aufnahme später eingereicherter Anzeigen in die nächstfolgende Ausgabe wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 284.

Wiesbaden, Dienstag, 22. Juni 1909.

57. Jahrgang.

Abend-Ausgabe.

1. Blatt.

Die Zuspitzung der Krise.

L. Berlin, 21. Juni.

Es gibt jetzt nur noch eine einzige Möglichkeit, wie die Finanzreform ohne das Zentrum, also durch ein Zusammenwirken der Konservativen mit den Liberalen, zustandekommen könnte, und diese Möglichkeit beruht auf der Voraussetzung, daß die liberalen Fraktionen sich entschließen, nicht nur die Branntwein-liebesgabe nach den agrarischen Wünschen, sondern die Gesamtheit der indirekten Steuern ungefähr in der Form anzunehmen, wie sie aus den Beratungen der Finanzkommission hervorgegangen sind. Diese Möglichkeit ist aber nach Lage der Dinge nur graue Theorie. Es könnte sein, daß einige liberale Abgeordnete unter Umständen bereit wären, ein solches Kompromiß abzuschließen, dagegen ist es völlig ausgeschlossen, daß alle Mitglieder aller liberalen Fraktionen von der süddeutschen Volkspartei bis zu den Nationalliberalen auf eine derartige Verständigung festzulegen wären. Daraus folgt, daß es der Sache der Reichsfinanzreform materiell nichts nützen würde, wenn sich durch ein Gewährenlassen der Konservativen eine knappe Mehrheit für die Erbanfallsteuer herauspressen ließe. Mit der Annahme der Erbanfallsteuer durch eine nur auf schwachen Füßen stehende Mehrheit wäre insofern nichts getan, als hier doch erst die überwiegende Masse der neuen Steuern zu sichern wäre, und für die noch zu bewilligenden 450 Millionen würde eine konservativ-liberale Mehrheit unmöglich vorhanden sein. Höchstens 200 Millionen wären durch den alten Block zu sichern, die anderen 250 Millionen aber könnten auf eine Mehrheit nur rechnen, wenn das Zentrum mit dabei wäre. Das Zentrum aber macht keine Zustimmung abhängig von der Verwerfung der Erbanfallsteuer, also vom Festhalten der Konservativen an dem beschlossenen Pakt. Somit gibt es tatsächlich keine Aussicht auf ein Zustandekommen der Finanzreform im Betrage von 500 Millionen ohne den Antiblock und alle Bemühungen, die immer noch hinter den Kulissen stattfinden mögen, um ein anderes Ergebnis zu erzielen, werden umsonst sein. Die Eventualität eines Kanzlerwechsels rückt also näher. Mindestens hält man es im konservativen Lager für undenkbar, daß der Bundesrat die ihm angebotenen 500 Millionen wirklich zurückerweisen könnte, wenn sich in dem Steuerbuletten die Kotierungssteuer an Stelle der Erbanfallsteuer befindet. Man rechnet auf der rechten damit, daß Fürst Bülow alsdann gehen würde. Um aber dem Bundesrat nach dem Rücktritt des jetzigen Kanzlers das Entgegenkommen zu erleichtern, werden vielleicht in der dritten Lesung der Kotierungssteuer Milderungen beschlossen werden, hauptsächlich in der Richtung, daß die Steuer auf ausländische Wertpapiere nicht ausgedehnt werden soll. Es wird angenommen, daß diese Abschwächung genügen werde, um den Verbündeten Regierungen eine Handhabe zur Revision ihres bisherigen ablehnenden Standpunkts zu bieten. Die heute vom Reichskanzlerpräsidenten Hadenstein aufgemachte Rechnung, wonach die Einführung der Kotierungssteuer einen Kursverlust von 2 Milliarden bedeuten würde, glauben die Konservativen durch die später eventuell zu beantragenden Änderungen hinfällig machen zu können. Bis etwa zum 10. Juli soll alles durchberaten und erledigt sein.

Zur Lage geben wir weiter folgende Äußerungen eines dem Bundesrat angehörigen deutschen Diplomaten wieder: Wer in einer amtlichen Stellung noch die Zeiten miterlebt hat, als Bismarck für die finanzielle Selbstständigkeit des Reiches das Tabakmonopol im Reichstag durchzusetzen suchte, der muß sich gerade jetzt jener Zeiten lebhaft erinnern. Damals wie heute eine große nationale Aufgabe auf der einen Seite und Parteidogmatismus und Interessenpolitik auf der anderen, an denen auch um die Wende der siebziger Jahre die eindringlichen Mahnungen des ersten Kanzlers scheiterten, der die kommenden Finanznöte des Reiches klar vor Augen sah. Und auch der persönliche Anteil des leitenden Staatsmannes in der Vertretung der von der Reichsregierung als notwendig erkannten Forderungen erweckt für den Eingeweihten Erinnerungen an die damalige Zeit, denn wenn auch für die Allgemeinheit nur jene Momente in die Erscheinung treten, in denen der Kanzler öffentlich das Wort ergreift, so ist dieses Wirken doch nur ein Bruchteil der mühevollen Arbeit, die damals wie heute in unausgesetzten Beratungen und Aussprachen mit Vertretern der

Parteien und der Einzelregierungen vom leitenden Staatsmann geleistet wurde. Nur ein Unterschied ist in der Situation heute gegen die Bismarcksche Zeit: Der erste Kanzler erhob warnend die Stimme vor einer wahrscheinlichen kommenden Finanznot. Fürst Bülow aber appelliert an eine nationale Mehrheit zur Heilung einer tatsächlichen Finanznot, wie sie vor fast 30 Jahren niemand auch nur ahnen konnte. Und doch sollten seine Mahnungen verhallen?

Zur parlamentarischen Lage

wird dem „Vol.-Anz.“ aus dem Reichstag geschrieben: Heute sind die ersten Bestimmungen zur Reichsfinanzreform zu erwarten, und zwar über die Kotierungssteuer, die voraussichtlich mit einer nennenswerten Mehrheit angenommen werden wird. Die Entscheidung über das Schicksal der Erbanfallsteuer liegt bei der sozialdemokratischen Fraktion und bei der Reichspartei. Wenn sich die sozialdemokratische Fraktion entschließt, für die Erbanfallsteuer zu stimmen und wenn die Reichspartei auf die Forderung einer Sicherung gegen künftige Erweiterungen oder Erhöhungen der Steuer verzichtet, vielmehr bedingungslos ihre Zustimmung erklärt, so ist die Möglichkeit des Sieges der Erbanfallsteuer nicht ausgeschlossen. Daß der Bundesrat sich mit der Kotierungssteuer trotz schwerer Bedenken abfinden dürfte, wird allgemein angenommen, weil ihm schließlich nichts anderes übrig bleiben wird, wenn er die Auflösung des Reichstages nicht betreiben will. Die Mehrheit des Reichstages, die die Kotierungssteuer durchsetzt, wird nämlich in das Finanzgesetz eine Bestimmung aufnehmen, wonach die indirekten Steuern oder doch die den Massenverbrauch am meisten belastenden Steuern nicht eher erhoben werden dürfen, als bis die Kotierungssteuer in Kraft gesetzt ist. Es ist möglich, daß eine volle Klärung der Lage erst eintritt zwischen der zweiten und dritten Lesung im Reichstag, es sei denn, daß die Erbanfallsteuer schon in der zweiten Lesung in allen ihren Teilen abgelehnt wird.

Eine bemerkenswerte Äußerung des Abgeordneten Bassermann.

Auf dem Vertretertag der nationalliberalen Partei der Provinz Hannover hielt auch der Führer der nationalliberalen Partei, Herr Bassermann, eine beachtenswerte Rede, die er, wie folgt, beschloß: Wir sind bereit, 400 Millionen indirekter Steuern zu bewilligen, wenn gleichzeitig 100 Millionen auf den Besitz gelegt werden, und mit uns sind dazu bereit die liberalen Parteien, die weiter links von uns stehen. Auf der anderen Seite aber sind wir nur willens, eine Reichsfinanzreform zu machen, die den Gesichtspunkten der Gerechtigkeit unter Schonung unseres Erwerbslebens und der Interessen unseres Mittelstandes Rechnung trägt. Wenn wir nicht die Zukunft unserer Partei aufs Spiel setzen und dazu beitragen wollen, daß der Mittelstand in Stadt und Land zugrunde gerichtet wird, dann können wir nicht unter die Fahne des Zentrums treten. Wer sein Kalkül nach dieser Richtung aufstellt oder etwa meint, daß die nationalliberale Partei im letzten Augenblick das Feigenblatt sein wird, um die Blöße der von der neuen Mehrheit gemachten Finanzreform zu decken, der hat sich eine falsche Rechnung aufgemacht. (Lebhafter Beifall.) Wir werden versuchen, in dieser letzten Phase des Kampfes den Sieg zu erringen. Sollte das aber nicht möglich sein, sollte der Sieg den vereinigten Liberalen und Konservativen zufallen, werden wir das Schlachtfeld verlassen und unerschüttert, in dem stolzen Gefühl, unsere Pflicht getan zu haben, unsere Fahne aus dem Kampfe hinaustragen. (Großer anhaltender Beifall.) — Das ist also eine deutliche Abjage an die Adresse derjenigen, die auf einen Umfall der Nationalliberalen spekulieren.

Reichstagsauflösung?

hd. Berlin, 22. Juni. Die Möglichkeit einer Reichstagsauflösung soll in den letzten Tagen erheblich näher gerückt sein. Das Abstimmungsergebnis am Samstag soll auf den Reichskanzler einen tiefen Eindruck gemacht haben, und auch er soll nunmehr der Ansicht sein, daß der Block Reichstag tot ist. In Bundesratskreisen ist man angeblich schwer kampfeslustig. Jedenfalls scheint der Bundesrat nicht geneigt, sich den Beschlüssen der konservativ-liberalen Mehrheit zu fügen. — An anderer Stelle glaubt man dagegen, daß für den Fall der Ablehnung der Erbanfallsteuer einweilen im Bundesrat eine Mehrheit für die Auflösung nicht vorhanden sei.

Gegen die Mühlenumsatzsteuer.

Die Handelskammer zu Münster i. W. hat unterm 9. Juni d. J. in Sachen der Mühlenumsatzsteuer eine Eingabe an den Reichskanzler gesandt, in der es u. a. heißt, daß diese Steuer den Grundbesitz steuerlicher Gerechtigkeit geradezu ins Gesicht schlägt. Die Steuerfäße für die Mühlen mit großer Jahresvermehrung sind so exorbitant, daß in vielen Fällen der ganze Ertrag des Unternehmens durch die Steuer in Anspruch genommen würde. Die Steuer geht offensichtlich darauf aus, die auf Grund unserer bestehenden Gewerbebesetzung und im Vertrauen auf deren gesetliche Beachtung errichteten Großmühlbetriebe zum Erliegen zu bringen. Die Möglichkeit, daß ein gewerbliches Unternehmen durch Besteuerung ertragsunfähig gemacht und zum Erliegen gebracht werden kann, muß aber jedes Gefühl der Rechtssicherheit, welches die Vorbedingung einer gesicherten Entwicklung von Handel und Industrie ist, untergraben. Unsere gesamte Industrie, denn die Entwicklung zum Großbetriebe ist fast in all ihren Zweigen vorhanden, würde den sicheren Boden unter den Füßen verlieren, wenn derartige Besteuerungsfäße im Deutschen Reich Eingang finden sollten. Weiterhin werden schwere Bedenken gegen diese Steuer erhoben, da sie in allen Fällen eine Verteuerung des Mehls und damit des Brotes zur Folge haben muß. Es müßte in weiten Volkskreisen geradezu Erbitterung hervorrufen, wenn angeht unsere hohen Getreidezölle die Finanznot des Reiches dazu benutzt werden sollte, dem Volke das Brot noch weiter zu verteuern. Der geringe finanzielle Ertrag des Reiches aus dieser Steuer würde zudem in gar keinem Verhältnis stehen zu den Lasten, die durch die allgemeine Verteuerung des Brotes dem Volke auferlegt werden würden.

Zur Lichtsteuervorlage.

Wie die Vereinigung der Glühstrumpfhersteller in einer Zuschrift mittel, gewinnt es immer mehr den Anschein, als ob die Lichtbranche das erste Opfer der Beratung der Rumpfkommision werden sollte. Die Vereinigung erinnert nochmals daran, daß die Ertragsberechnung, die die Begründung der Vorlage mit 10 Millionen einschätzt, auch nicht annähernd erreicht wird. Die von der Vereinigung der Glühstrumpfhersteller auf Grund eidesstattlicher Versicherungen angestellten Erhebungen haben eine Gesamtproduktion von ca. 110 Millionen ergeben, wovon nur zirka 45 Millionen Stück im Inland bleiben. Berücksichtigt man nun die bedeutenden Erhebungskosten, die gerade diese Steuer erfordert, berücksichtigt man ferner, daß der Staat einen nicht geringen Teil der Steuer als Konsument (Post, Eisenbahn usw.) zu tragen hat, so dürfte bei Zugrundelegung einer Steuer von 10 Pfg. pro Glühkörper der Nettoertrag mit nur 2½ Millionen einzuschätzen sein.

Landwirte für die Erbschaftsteuer.

Die Eingabe an den Reichstagspräsidenten Grafen zu Stolberg in Sachen der Reichsfinanzreform, in der gebeten wird, der Regierungsvorlage zuzustimmen, hat im Kreise Landwirte über 800 Unterschriften gefunden. Es befinden sich darunter über 200 Unterschriften von Grund- und Gutsbesitzern und gegen 100 Unterschriften von Lehrern. Die Zahl der Unterschriften würde nach der „Vorder Ztg.“ noch erheblich größer gewesen sein, wenn nicht um umgehende Rücksendung der Formulare gebeten worden wäre.

Die Kotierungssteuer.

△ Berlin, 21. Juni.

Die Debatte über die Kotierungssteuer war heute nicht besonders interessant. Man war höchstens auf die Abstimmung gespannt, namentlich wie groß die Mehrheit sein würde. Denn daß eine Mehrheit vorhanden ist, erscheint sicher. Aber die Abstimmung kam noch nicht. Deshalb gerieten die Gemüter nicht in Erregung.

Bei der Debatte stand auch, wenigstens anfangs, die Erbschaftsteuer mehr im Vordergrund als die Kotierungssteuer. Der Bundespräsidenter Rösicke begann heute den Reigen mit seiner freischwebenden Zistellstimme. Es war wahrlich kein Vergnügen, fast anderthalb Stunden seinen trockenen Ausführungen zuzuhören. Nur die herzerquickende Wahrheit, daß die Erweiterung der Erbschaftsteuer eine nationale Gefahr sei, wirkte befreiend. Nach einigen Bemerkungen des Schatzsekretärs schritt der Präsident der Berliner Kaufmannschaft Kämpf zum Kampfe. Auch er konnte indes den trockenen Stoff nicht besonders beleben, wenn er auch nachdrücklich darlegte, daß durch die Steuer feinsinnig allein die Börse geschädigt würde, sondern daß besonders auch unsere Kriegsbereitschaft verringert würde. Dr. Müller-Julda ist ein guter Finanzmann, ganz geeignet zum künftigen agrarischen Reichsschatzsekretär. Aber er ist ein schlechter Redner. Er wollte besonders das Interesse der Arbeiter an einer solchen Steuer nachweisen. Herr Hadenstein, der Präsident der Reichsbank, machte die Sache leider nicht viel besser. Auf den Tribünen merkte man nur an dem häufigen

Bravo auf der Linken, daß er manchen Treffer erzielt hatte. Jedenfalls hat er mit großer Sachkenntnis ausgeführt, welchen Schlag man gegen das ganze Wirtschaftsleben zu führen gedenke. Er sprach von einem nationalen Verlust von 2 Milliarden durch diese Steuer. Die Kurse würden teurer werden, der Zinssfuß sinke usw. Zum Schluß kam noch ein guter Redner, Dr. Frank aus Mannheim. Daß seine Partei, die Sozialdemokratie, trotz ihres Kampfes gegen das Großkapital die Steuer ablehnen müsse, verfehlte nicht des Eindrucks. In den Wandelgängen wurde heute viel über den Eindruck gesprochen, den die Abstimmung am Samstag auf die Regierung gemacht hatte. Natürlich ist dieser sehr ungünstig gewesen. Bülow's Hoffnung, eine Majorität nach seinem Sinne zu erlangen, ist immer schwächer geworden.

Deutscher Reichstag.

Fortsetzung des Drachberichts in der Morgen-Ausgabe. — Berlin, 21. Juni.

In der Beratung über die

Rotierungssteuer

führt Abg. Dr. Roefide weiter aus: Wir erkennen den Ernst der Lage in jeder Beziehung an. Die Ermahnungen, die Herr v. Rheinbaben neulich aussprach, sind von uns in jeder Beziehung erwogen worden und sind bei uns nicht auf Ablehnung gestoßen. Aber immer wieder müssen und können wir hervorheben, daß unsere Stellungnahme nicht etwa die Neigung ist, einen Kampf zu führen um politische Macht. (Lachen links.) Ihr Lachen beweist nicht Tatsachen. Fürst Bülow hat neulich hier ausgesprochen, daß er nicht Geschäftsführer der Konservativen

sein kann. Selbstverständlich, wie haben dieselbe Auffassung wie er. Aber wir möchten doch fragen: kann er es denn verantworten, will er es, daß er der Förderer ist einseitiger liberaler Anschauungen, die heute sich als demokratisch charakterisieren? (Gelächter links, lebhafter Zustimmung rechts.) Das sollte doch eine weise Regierung nicht tun. Ich meine, daß uns die Befürchtung überkommen muß, wenn wir in allen Maßnahmen der Verbündeten Regierungen ein sehr weitgehendes Entgegenkommen wahrnehmen müssen gegenüber den liberalen Tendenzen und eine Ablehnung der unseren. (Sehr wahr! rechts.) Wir haben von Anfang an jederzeit gesagt, was wir wollten, wie weit wir gehen können und wie weit wir nicht gehen können. Wir befinden uns nicht in einer Angriffsstellung, die man uns vielfach im Lande unterscheidet, wir befinden uns lediglich in einer Defensiv (Lachen links.)

dagegen, daß die Regierung zu einer demokratischen Regierung wird.

(Gelächter links.) Uns erfüllt eine tiefe nationale Sorge, denn wir erkennen in der Erweiterung der Erbschaftsteuer, wie sie jetzt geplant ist und für die Zukunft noch weiter geplant wird, eine nationale Gefahr. (Großes Gelächter und Aha! links; lebhafter Zustimmung rechts.) Für Sie (nach links) sind es Zweckmäßigkeitsgründe, für uns nationale. (Gelächter links.) Sie sollten sich wirklich mit uns zusammen überlegen, einen Weg zu finden. Die Hauptsache ist doch die Ordnung der Finanzen des Reichs, und nicht die Erweiterung der Erbschaftsteuer. (Sehr wahr! rechts.) Die rechte Seite hat noch nie versagt, wenn es sich um nationale Forderungen handelt. (Gelächter links.) Berühmter Herr Mommsen, woher ist denn erst die Erbitterung gekommen im Hanja-Bund? In dem Moment, wo das mobile Kapital ergriffen werden sollte. (Lebhafter Beifall rechts; Widerspruch links.) Wenn Sie uns neulich sagten, daß wir befreundeten, dann erwidere ich Ihnen, daß Ihr ganzer Hanja-Bund nichts weiter ist als ein Rückzug vor einer eventuellen Befassung des mobilen Kapitals. (Stürm. Beifall rechts; Lachen links.) Es ist eine traurige Sache, wenn man versucht, grundsätzliche und tief begründete Auffassungen dadurch zu widerlegen, daß man dem Gegner eine niedrige Gesinnung imputiert. (Lebhafter Beifall rechts.) Die Geschichte der deutsch-konservativen Fraktion hat es bewiesen, daß sie stets bereit war, Opfer zu

bringen. (Lachen links. Abg. v. Normann ruft: Schulunterhaltungsgesetz!) Aber Sie — es ist noch nicht so lange her, daß Sie Ihr nationales Herz entdeckt haben.

(Lebhafter Beifall rechts; Lachen links.) Freilich, nachdem der Großweltaandel in Frage gekommen ist, und Sie an der Küftung Deutschlands damit direkt interessiert sind, da haben Sie nach und nach erkennen lernen, daß es notwendig ist für das Deutsche Reich, auf diesem Gebiete Forderungen zu bewilligen und Opfer zu bringen. (Zuruf links: Die gräßliche Flotte!) Aber die Verbündeten Regierungen sollten auch bereit sein, den Anschauungen der Mehrheit des Reichstags zu entsprechen. (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum.) Und von diesem Standpunkt aus kann ich die Hoffnung nicht aufgeben, daß die Verbündeten Regierungen nicht auch den Weg finden sollten, der mit uns zusammen kommt. Noch niemals in der Geschichte Deutschlands ist ein solcher Erfolg erzielt worden, daß das deutsche Volk bereitwillig 500 Millionen Steuern übernimmt. (Zuruf links: Die die anderen bezahlen!) Meine verehrten Herren, glauben Sie, daß die deutschen Bauern kein Bier, keinen Schnaps trinken? Wer liefert die Gerste? Wer leidet denn darunter, wenn der Konsum eingeschränkt wird? Etwa nur die Herren Sozialdemokraten? Doch in erster Linie diejenigen, die das Rohprodukt liefern. (Zuruf links: Die kleinen Bauern!) Gewiß, gehen Sie doch in meinen Wahlkreis hinein, was da für Gerste gebaut wird! Und glauben Sie, daß die Branntweinbrenner dem Branntweinsteuergesetz nur einfach zuzubehalten könnten? (Sehr richtig! rechts.) Das Branntweinverbot ist das einzige, das die Steuer unweigerlich auf sich genommen hat. (Zuruf links: 20 Millionen abgestrichen!) Das Deutsche Reich zahlt mit uns zusammen alle Jahre über eine Million für die Arbeiter. Das ist doch eine Leistung. Da haben Sie kein Recht, uns vorzuwerfen, wir wollten nicht mitleiden. (Zuruf links: Fahrradsteuer!) Ich wünsche, daß recht bald der Tag kommt, wo wir zurückblicken auf die heutige schwere Zeit und dann sagen können: Mit Ernst und Fleiß ist doch Großes für das Deutsche Reich geschaffen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Reichssekretär Dr. Sydow: Ich habe nicht die Absicht, die Stellung der Verbündeten Regierungen zu den Kommissionsbeschlüssen nochmals darzulegen. Ich will mich nur mit einigen Punkten aus den Reden der Vorredner beschäftigen. Die Abg. Graf Westarp und Dr. Spahn haben darauf hingewiesen, daß 1893 die Verbündeten Regierungen selber eine Rotierungssteuer befristet hätten. Wenn das un widersprochen in die Welt hinausgeht, so würde es als eine bewiesene Tatsache im Lande verbreitet werden. Dem ist aber nicht so. Als 1893 der Entwurf einer Stempelsteuer vorgelegt wurde, wurde auch erörtert, ob neben dem Effektenstempel, der damals bestand, eine Emissionssteuer für alle Papiere oder eine Rotierungssteuer für die an der Börse zugelassenen Papiere eingeführt werden soll. Gegen die Emissionssteuer wurde geltend gemacht, daß man damit die ausländischen Papiere nicht lassen könne, also das Ausland auf Kosten des Inlandes begünstige. Von der Rotierungssteuer wurde gesagt, sie hätte diesen Nachteil der Emissionssteuer nicht und außerdem ihre sachliche Begründung in den Vorteilen, die den betreffenden Papieren aus der Zulassung zur Börse erwachsen. Seitdem ist niemand auf diese Sache zurückgekommen, und wenn man jene hypothetische Bemerkung richtig würdigen will, so bezeichnet man sie am besten als

eine Verbeugung vor der damals herrschenden Richtung, die dann zu der Einsetzung des Börsengesetzes von 1896 führte. (Lebhafter Zustimmung links; Hör! Hör! und Große Unruhe rechts.) Haben Sie nicht selber schon häufig, wenn jemand an Sie herantrat und einen Wunsch äußerte, gesagt: Gewiß, die Sache hat sehr viel für sich, augenblicklich ist aber die Geschäftslage nicht so, daß man im Reichstag damit kommen kann. (Heiterkeit links; Unruhe rechts und im Zentrum.) Man sagt das, um den Mann los zu werden. (Große Unruhe rechts und im Zentrum.) Fürst Bismarck hat einmal folgenden Weg als einen gangbaren für Ministerien angegeben: Wenn Ihnen von Abgeordneten ein Vorschlag gemacht wird, den Sie auf den ersten Blick als nicht durchführbar erkennen, so lehnen Sie das nicht gleich ab, sondern sagen: Es spricht viel für den Vorschlag, das und das und das und das, und ich werde mir die Sache reif-

lich überlegen. (Heiterkeit.) Wenn der Herr dann wiederkommt, dann sagen Sie ihm: Ich habe es mir überlegt, bloß eigentlich geht die Sache nicht. Dann wird der Mann der Überzeugung sein, daß er keiner vorgefaßten Meinung gegenübersteht und die Sache ist erledigt. So liegt die Sache auch hier. (Heiterkeit links; Unruhe rechts.) Dann hat der Abg. Roefide gesagt, daß in Frankreich das Kapital zwar ins Ausland gegangen sei, aber nicht wegen der Rotierungssteuer, sondern wegen der Erbschaftsteuer. Das ist nicht richtig, und Herr Roefide hat da Dinge zusammengeworfen, die gar nicht zusammen gehören. Daß die Rotierungssteuer an der Abwanderung des französischen Kapitals in das Ausland schuld ist, geht schon daraus hervor, daß die Erbschaftsteuer in Frankreich schon sehr lange besteht, diese Erscheinung der Abwanderung aber erst seit der Einführung der Rotierungssteuer. Es ist wiederholt gesagt worden, die Umsatzgebühren an der Londoner Börse seien erheblich höher als die an der Berliner Börse. Das ist richtig. Wenn wir die Weltmachtstellung hätten, die der Londoner Markt in der ganzen Welt hat, dann könnten wir auch erheblich höhere Gebühren erheben. Der Verkehr an der Londoner Börse ist erheblich größer, aber nicht wegen der hohen Gebühren, sondern trotz der hohen Gebühren.

Abg. Raempf (freis. Volksp.): Ich habe mich gefast gemacht auf eine Diskussion über die Rotierungssteuer. Zu meiner Verwunderung aber habe ich gefunden, daß wir bis jetzt neun Zehntel über die Erbschaftsteuer, und nur ein Zehntel über die Rotierungssteuer verhandelt haben. (Sehr gut! links.) Dabei sind wir sogar bei einem Punkt angekommen, der mir bisher ganz neu und bisher ganz unerfindlich ist.

Heute ist zum erstenmal die Ablehnung der Erbschaftsteuer als eine nationale Tat bezeichnet worden.

Daraus folgt also, daß alle jene, die die Erbschaftsteuer annehmen wollen, einer nationalen Gesinnung nicht fähig sind. Aber diese Auffassung des Dr. Roefide muß ich mich um so mehr wundern, als er damit doch eine ganze Reihe seiner eigenen Parteigenossen als nicht fähig der nationalen Gesinnung bezeichnet. (Lebhafte Zustimmung links.) Ich weise nur auf die Abgeordneten in Sachen hin, und auch in Preußen gibt es ja eine Reihe konservativer Abgeordneten, die sich für die Erbschaftsteuer ausgesprochen haben. Dr. Roefide ging davon aus, es müßte endlich einmal aufhören, daß alle Lasten auf das immobile Kapital gelegt werden und das mobile vollständig frei ausgebe. Infolgedessen müßte die Erbschaftsteuer abgelehnt werden. Als wenn dabei das mobile Kapital nicht in derselben Weise, ja vielleicht noch stärker betroffen würde als das immobile. Er hat auf Heer und Flotte hingewiesen, die ja dem mobilen Kapital so großen Nutzen bringen, weswegen dieses Kapital in erster Linie dafür zahlen müsse.

Hat denn das immobile Kapital, das in der Landwirtschaft angelegt ist, nicht denselben Nutzen von Heer und Flotte wie das mobile?

(Sehr richtig! links.) Und dann noch eins: Dr. Roefide behauptet, daß Heer und Flotte dem Großkapital und der Industrie die Türen nach dem Ausland geöffnet haben. Dabei vergißt er nur, daß in demselben Augenblick, wo die hohen Getreidezölle eingeführt wurden, dem Großkapital und der Industrie die offene Tür geschlossen wurde. (Lebhafte Zustimmung links.) Er hat auch die Wertzuwachssteuer gestreift. Wenn etwas mit dieser Steuer auszufröhen kann, dann ist es die Aussicht, daß von der Wertzuwachssteuer auf Immobilien auch die großen Gewinne getroffen werden, die durch die Agrarzölle dem Großgrundbesitz zugeführt werden. (Sehr richtig! links.)

Das erstfrischendste in den ganzen Verhandlungen war einerseits die Bestimmtheit, mit der die Verbündeten Regierungen für die Erbschaftsteuer eingetreten sind, und andererseits die Bestimmtheit, mit der sie sich gegen die von der Rechten so warm befürwortete Rotierungssteuer ausgesprochen haben. Ich hoffe, daß die Verbündeten Regierungen bei dieser Haltung bleiben werden, und bin überzeugt, daß sie darin von der großen Masse der Bevölkerung unterstützt werden. Die Schlagworte, die sich gegen die Börse und das mobile Kapital wenden, haben ihre Zugkraft verloren. Es ist eine Aufführung der großen

Feuilleton.

Aus Kunst und Leben.

** Frä. Auguste Santen, seit fast zwei Jahrzehnten eine der hervorragendsten Mitglieder des Hoftheaters, erst die berufene Vertreterin temperamentvoller Heroinnenrollen und nachmals auch im älteren Fach ausgezeichnet durch charaktervolle tiefgründige Darstellung, hat — auf ihren Wunsch in aller Stille — am 18. d. M. von der Bühne Abschied genommen. Diese Mitteilung wird den vielen Verehrern der hohen Kunst des Frä. Santen gewiß recht schmerzhaft sein; man hätte wohl gern Gelegenheit genommen, die scheidende Künstlerin bei ihrem letzten Auftreten besonders zu ehren. Im Kreise ihrer Berufsgenossen ist der Abschied allerdings durch ein Festmahl gefeiert worden, wobei sich so recht erwies, welcher Sympathien sich Frä. Santen bei den Mitgliedern der Bühne erfreute. Feierliche Ansprachen, Blumen und Lorbeeren gab es dabei in Hülle und Fülle, Herr Oberregisseur Köch überreichte der Künstlerin namens der Kollegenschaft einen wertvollen Brillantring. Herr Generalintendant v. Hülsen überreichte folgende Depesche: „In treuem und dankbarem Gedenken alter schöner Zeiten drücke ich Ihnen, liebes Fräulein Santen, heute mit meinem Rosenkranz warm und herzlich die Hand. Alles Gute für die Zukunft. In aller Anhänglichkeit Georg Hülsen.“ Herr Intendant v. Rugenbecher telegraphierte: „Am heutigen Tage Ihres Scheidens von der königlichen Bühne gedenke ich freudig und dankbar Ihrer langjährigen treuen Mitarbeit. Seien Sie gewiß, daß Ihr Name und Ihre Kunst bei uns allen unvergessen bleiben wird. Herzlich Ihr Rugenbecher.“ Frä. Santen wird mit ihrer Pensionierung ihrem künstlerischen Beruf nicht ganz entsagen und wohl hin und wieder noch als Reuter-Vorleserin, als welche sie sich großes Ansehen erwarb, auftreten. Der benachbarten Künst-

lerin ist ein treues Gedenken bei den Freunden mimischer Kunst sicher.

* Ein neues Wiener Musik-Konservatorium. Aus Wien wird uns geschrieben: In aller Stille ist hier eine Neugründung erfolgt, die nun mit festen Schritten in die Öffentlichkeit tritt und in musikalischen Kreisen freudig begrüßt wird. Lange schon hatte das Konservatorium der Gesellschaft der Musikfreunde den Kontakt mit der vorwärtseilenden Zeit verloren, die Lehrmethode ist veraltet und die wohl tüchtigen, aber noch in den hergebrachten Anschauungen ergrauten Lehrer dieser Schule können auch nach der Übernahme der Anstalt in staatliche Verwaltung keinen frischen Zug in das Getriebe bringen. Auch ist durch die Überfülle an Schülermaterial der Unterricht zu sehr verallgemeinert, schablonisiert. Da mußte denn im Publikum der Wunsch nach einer neuen Schule reifen, nach einer Schule, die sich nach modernen Prinzipien aufbaut, die den Anforderungen unserer Zeit Rechnung trägt. So entstand das „Neue Konservatorium für Musik“, an dessen Spitze als geschäftlicher Direktor Herr Emerich Veneski steht; es wird alle Zweige der Musik pflegen, Gesang, Instrumentalmusik, Theorie, und durch den Anschluß von Frauen für Oper, Chorgesang, Dirigieren und zur Vorbereitung für das Musiklehreramt allen Anforderungen genügen. Es werden an der Anstalt wirken: Kammervirtuose Alfred Grünfeld für Klavier, Kammervirtuose Franz Ondricek für Violine, Hofopernsängerin Mme. Charles Cahier und Konzertsänger Paul Schmiedes für Gesang und andere namhafte Lehrkräfte. Das neue „Konservatorium“ wird seine Vorlesungen Mitte September eröffnen.

S. Romeo und Julia bei den Arabern. Romeo und Julia feiern jetzt auch bei den Arabern ihre Triumphe: von einer arabischen Truppe wurden sie von den Söhnen der Wüste dargestellt. Ein italienischer Journalist hat bei Luxor im oberen Ägypten einer dieser wunderlichen Aufführungen beigewohnt. Von dem Shakespeareschen Meisterwerk ist in

der arabischen Fassung nicht viel geblieben, man hat das Stück dem arabischen Geschmack „angepaßt“ und nur wenige Sätze erinnern noch an das Original. Aber auch sie werden nicht gesprochen, sondern eher gesungen. In wunderlichen Aufzügen erscheinen die Schauspieler auf der Bühne: die Männer tragen allerhand seltsam zusammengestellte Kleidungsstücke aus dem 15. Jahrhundert, während die Damen moderne europäische Kleidung anhaben. Wenn der Vorhang aufgeht, sieht man fünf Männer und drei Frauen, die eine Art Prolog singen und dann verschwinden. Darauf tritt Romeo die Szene und declamiert einen Monolog, der über zwanzig Minuten dauert und die Vorgeschichte des Dramas enthält, worauf Julia im Fenster erscheint und mit Romeo ein Liebesgespräch beginnt, das kein Ende nehmen will. Endlich klettert Romeo dann zu der Geliebten empor. Im zweiten Akte spielt sich eine sehr wilde Familienszene ab, der ein unsagbar komischer Zweikampf folgt; endlich läßt sich Julia an einem Steile von ihrem Fenster hinab in die Arme des Geliebten. Im dritten Akt sieht man das Äußere von Julias Haus. Wieder beginnt Julia an einem Seil zu klettern, aber das Tau verwickelt sich dabei, zerreißt, Julia fällt zu Boden und bleibt tot liegen. Romeo ist darüber außerordentlich traurig, er singt etwa drei Minuten lang und bohrt sich dann einen Dolch in das Herz. Das Publikum aber ist begeistert und verlangt stürmisch die Wiederholung.

Theater und Literatur.

Der Intendant des Frankfurter Schauspielhauses Emil Claar beging am Sonntag das Jubiläum seiner 30jährigen Wirksamkeit als Intendant. Obwohl der Jubilar sich jede offizielle Feier verbeten hatte, veranstalteten die Bühnemitglieder der Schauspielbühne in dem in einen Blumengarten umgewandelten Bureau des Jubilars einen Gratulationsakt, wobei dem Gefeierten eine von Professor Hausmann in Bronze ausgeführte Plakette überreicht wurde.

Masse der Bevölkerung herbeigeführt worden, und diese Aufklärungsarbeit ist noch nicht geschlossen. Gerade die Bewegung, die zu der großen Versammlung im Zirkus Schumann geführt hat, kann nicht freudig genug begrüßt werden.

Meine politischen Freunde werden nie und nimmer den Widerstand gegen die Kotierungssteuer aufgeben.

Herr Westarp hat in seiner Rede, die er vor einigen Tagen hielt, selbst anerkannt, daß in der Kotierungssteuer vorläufige große Schädigungen enthalten seien. Da kann er nicht verlangen, daß wir an deren Beseitigung mitarbeiten. Heute zum erstenmal hat Dr. Koeslitz erklärt, der eigentliche Freund der Börse seien nicht die Liberalen, sondern er und seine Freunde. Da kann man nur sagen: Bedenke mich vor meinen Freunden, gegen meine Feinde werde ich mich schon selbst verteidigen. (Sehr gut! links.) Freilich meinte es Dr. Koeslitz mit den Herren, die die Börse beschützen, gut. Denn wenn die Kotierungssteuer Gesetz wird, dann werden die Börsenbesucher nicht mehr an die Börse zu gehen brauchen, weil dort keine Geschäfte mehr zu machen sein werden, und sie werden sich erholen können. (Lebhafte Zustimmung links.) Ich gebe ja zu, daß die Kotierungssteuer die Börse trifft, aber man darf nicht vergessen, daß in viel größerem Maße die Besitzer von Wertpapieren davon betroffen werden. Wie groß der Gesamtbesitz des deutschen Volkes an mobilem Kapital, d. h. an Wertpapieren, Obligationen, Aktien usw., ist, darüber gehen die Schätzungen weit auseinander. Eine lautet auf 70 Milliarden Mark, die andere sogar auf 100 Milliarden. Von diesen 70 bis 100 Milliarden Mark haben diejenigen Personen, die die Börse darstellen, also alle Bankiers, Banken und an der Börse Geschäfte treibende Personen, noch nicht einmal 5 Prozent. Die Kotierungssteuer würde also größtenteils jene treffen, die nicht an der Börse tätig sind. Diese Tatsache bestätigt die Kurzsichtigkeit des ganzen Gesetzentwurfs, und darin beruht andererseits die Stärke unserer Position, die wir uns mit aller Entschiedenheit gegen das Gesetz wenden. Das Gesetz möchte ich auch hören, wenn eines schönen Tages die Pfandbriefe, die Obligationen nicht mehr notiert werden. Sie (nach rechts) würden ja die ersten sein, die mit aller Gewalt darauf drängen würden, daß die Kotierung wieder eingeführt würde. Sie können ja in Ihrem eigenen Geschäftsverkehr, in Ihrem eigenen Privatverkehr ohne die Börsennotiz gar nicht auskommen. Sie müssen sie notwendigerweise haben für die Kursfeststellung, für die Preisbemessung der Werte, die Sie selbst besitzen. Nun sagt man, warum wir uns so sehr gegen eine Einrichtung sträuben, die in Frankreich angeblich so außerordentlich segensreich gewirkt haben soll. Wir haben wirklich nicht nötig, uns so ängstlich an das zu halten, was in Frankreich geschieht. Wenn wir schon etwas nehmen sollen von Frankreich, dann möchte ich den Abg. Dr. Koeslitz bitten, doch dafür zu sorgen, daß die französische Erbschaftsteuer mit ihren hohen Sätzen übernommen wird. (Lebhafte Zustimmung links.) Dann würden wir allerdings gar nicht in die Lage kommen, die Kotierungssteuer überhaupt in Erwägung zu ziehen.

Die Erbschaftsteuer in Frankreich ist so hoch, daß damit ein großer Teil der 500 Millionen Mark ganz allein gedeckt werden könnte, wenn wir dieselben Sätze nehmen würden. (Sehr wahr! links.) Wer heute einen weiten politischen Blick hat, der sollte dafür sorgen, daß das Geschäft ins Inland, nach Deutschland, gezogen wird, daß auch Ausländer sich daran gewöhnen, an deutschen Börsen die Geschäfte vermitteln zu lassen. Das können sie aber nur, wenn an den deutschen Börsen billige Bedingungen bestehen, daß Ausländer mit Vergnügen ihr Geschäft an deutschen Börsen machen. Wenn wir uns auf solche Steuern einlassen, wie hier vorgeschlagen wird, werden wir nie dahin kommen, daß der deutsche Markt ein so großer Zentralmarkt wird wie der Londoner. Hier können also auch große nationale Interessen gefördert werden. Wir haben in den letzten Tagen viel gehört und gelesen von der

Notwendigkeit einer finanziellen Kriegsbereitschaft.

Es gibt aber kein besseres Mittel für eine finanzielle Kriegsbereitschaft als einen starken Besitz ausländischer Wertpapiere, die sofort an das Ausland verkauft werden können und das Inland mit dem nötigen Geld versehen. (Sehr richtig! links.) Überlegen Sie sich nur einmal, was es heißt, wenn eine Börse im Falle eines Krieges verfaßt. (Sehr richtig! links.) Man will mit der Kotierungssteuer die Aktiengesellschaften treffen, aber man trifft die Aktionäre. Der größte Bestandteil der Finanzreform sind leider die Konsumsteuern. Die Konsumsteuern haben eine Preiserhöhung zur Folge, und die Preiserhöhung steht in einem ursächlichen Zusammenhang mit einem Rückgang des Konsums, d. h. mit einer empfindlichen Schädigung der im Handel und Industrie beschäftigten Angestellten. Daraus ergibt sich

eine empfindliche Belastung von Handel und Industrie.

Ich zweifle nicht, daß bezüglich der Branntweinsteuer die Verminderung des Konsums auch auf die Brennereien einwirkt wird. Aber dafür beziehen doch auch die Brennereien in der Form von Liebesgaben außerordentlich hohe Entschädigungen. Eine weitere Folge der Erhöhung der Konsumsteuern ist

die Notwendigkeit der Erhöhung der Arbeiterlöhne,

wenn den Arbeitern dann nicht zugemutet werden, in dem Maß auf den Genuß zu verzichten, um das die Konsumsteuern erhöht worden sind.

Handel, Industrie und Gewerbe machen 60 Prozent der im Hauptberuf tätigen erwerbstätigen Personen im Deutschen Reich aus.

Sie können verlangen, daß sie nicht mehr hinter anderen Erwerbszweigen, besonders hinter der Landwirtschaft, zurückgesetzt werden. Aus diesem Grund bedauere ich einen Ausspruch des Freiherrn v. Rheinbaben in seiner ersten sonst so vorzüglichen Rede. Er sagte: die Landwirtschaft sei das festeste Bollwerk des Staates. Und die Städte?

Sind die Städte und die Beamten, sind Handel und Industrie nicht ebensogut feste Bollwerke des Staates?

(Lebhafte Zustimmung links.) Wir verlangen keine Bevorzugung, aber was wir verlangen, ist, daß dem Handel, der Industrie und dem Gewerbe nicht die Grundlagen erschwert werden, auf denen es ihnen möglich ist, sich im Interesse

des Reichs steuerkräftig zu erhalten. (Sehr richtig! links.) Wir verlangen, daß ihnen Freiheit gegeben wird, denn nur in der Freiheit können sich Handel, Industrie und Gewerbe entwickeln. Eine Finanzreform besteht nicht in einem bloßen Nebeneinanderreihen von Steuern, eine Finanzreform muß großartig angelegt sein. Dieser großzügige Gesichtspunkt kann nur der sein, daß in Zukunft Handel, Industrie und Gewerbe die Wege geebnet werden, damit sie zu einer vollen Blüte gelangen können im Interesse der politischen und wirtschaftlichen Kräftigung des Deutschen Reichs. (Lebhafte Zustimmung links.)

Abg. Müller-Fulda (Zent.): Die Kotierungssteuer ist keine Ausnahmebestimmung gegen die Börse. Der Redner wendet sich gegen Dr. Weber. Nicht nur Bankiers verschieben etwas von der Sache, es kann nicht jeder Mensch Bankdirektor sein. Der Redner bezeichnet die Kotierungssteuer als gerechten Ausgleich zwischen den Berufsgruppen, beruft sich auf den früheren Abg. Büsing, der 1888 für eine Kotierungssteuer eingetreten sei, und nennt es patriotische Pflicht der Börsenkreise, ihren Teil an den Steuern zu tragen. Die Tausende von Bankiers und Kaufleuten, die mit der Kotierungssteuer einverstanden seien, seien im Zirkus Schumann nicht zu Wort gekommen. Der Mittelstand in Sachsen hat sich bereits gegen den Hanfband erklärt;

die Sachsen haben einen feinen Richter.

(Zuruf links: Auch in der Erbschaftsteuer! Große Heiterkeit.) Auch ich werde durch die Kotierungssteuer erheblich getroffen, aber es macht mir nichts aus. (Große Heiterkeit.) Nicht die Toten, die Lebenden sollen zahlen. Eine Ablehnung der Kotierungssteuer wäre eine Verbeugung vor dem Großkapital. (Beifall rechts und im Zentrum.) Die Kotierungssteuer ist die gerechteste und vernünftigste im ganzen Steuerbüfett. (Beifall und Zischen.)

Staatssekretär Sydow: Wenn der Vordrner meinte, die deutschen Finanzminister seien, als sie nach Pflingsten zusammentraten, von den Beschlüssen der Kommission nicht genügend informiert gewesen, so ist er falsch unterrichtet. Ich habe selbst den Vortrag gehalten und ihnen nicht vorenthalten, daß nach den letzten Beschlüssen nur die zur Börse zugelassenen Papiere getroffen werden sollten. Die Denkschrift sollte keinen Anreiz zur Nachahmung bieten, sondern lediglich einen Vergleich. Das Beispiel des Auslandes sollte nur für die Erbschaftsteuer nachgeahmt werden. (Sehr gut! links.)

Reichsbanpräsident Havenstein: Neues ist kaum noch zu sagen. Vom Gesichtspunkt der Reichsbank aus muß auf die ersten Gefahren und Bedenken gegen diese Steuer hingewiesen werden, die dazu führen, daß die Regierungen der Steuer die Zustimmung versagen müssen. An sich hat ja diese Abgabe etwas Vesteckendes. Die Steuer würde aber eine Art höherer Zuschlag zur Einkommensteuer darstellen. Viele kleinere Kapitalisten sind darauf angewiesen, einen Teil ihres Kapitals in Industripapieren anzulegen, um ihr Einkommen zu verbessern. Das französische Beispiel ist somit unzutreffend, da dort die Kotierungssteuer die Einkommensteuer vertritt. Viele größere Gesellschaften würden ihre Kursnotierung ins Ausland verlegen und kleinere würden darauf ganz verzichten. Der Schaden würde viel größer sein als der Nutzen.

Der Zinsfuß würde steigen, namentlich auch für die landwirtschaftlichen Hypothekendarlehen, und der Kurs würde sinken. Aber dies würde immer nur ein Teil des Kapitals getroffen werden; Sparassen und Genossenschaftspapiere würden nicht getroffen werden. Die Schädigung des deutschen Nationalvermögens durch die Kotierungssteuer würde 2 Milliarden betragen.

Der Ertrag der Steuer wird auf 80 Millionen geschätzt, nach meiner Meinung viel zu hoch, aber auch dann noch ist das Ergebnis durch die allgemeine wirtschaftliche Schädigung zu teuer erkauft. (Zustimmung links.) Die Börse in London ist viel niedriger als bei uns, und der Schulnotenstempel fehlt gänzlich. Das Ausland würde wegen der Kotierungssteuer den deutschen Markt meiden, da ihm andere Märkte ohne diese Belastung offen stehen. Der ausländische Kapitalbesitz ist aber das wichtigste Mittel, unsere Handelsbilanz zu stärken. Wenn wir in ernstlichen Zeiten auf die Börse rechnen, so heißt das nicht, alles auf eine Karte setzen, sondern eine wichtige Karte auszuspielen. Ich bitte das Haus, die Kotierungssteuer abzulehnen.

Abg. Frank-Mannheim (Soz.): Aber die Kotierungssteuer sind wir derselben Meinung wie zurzeit die Regierung. (Heiterkeit.) Die Ausführungen der Reden hatten keine überzeugende Kraft, denn sie können auch auf die Erbschaftsteuer angewendet werden. Stuhig hat uns nur der Hanfband gemacht, der so feurig gegen die Kotierungssteuer auftrat, aber für die Belastung des Massentums kein tadelndes Wort hatte.

Zweifellos wird der Großgrundbesitz von den Steuerbehörden geschont.

Wenn man den Zirkus Schumann mit dem Zirkus Busch vergleicht, so muß man doch sagen, daß im Zirkus Busch die geschicktere Zirkusdirektion ist. Reden, wie die des Herrn v. Kirdorf, die so wenig ins Programm passen, würde Dr. Hahn nicht zulassen. (Heiterkeit.) Die Kotierungssteuer trifft auch die Arbeiter. (Lachen rechts.) Sie lähmt die Bautätigkeit. Es ist immer dieselbe Weise und derselbe Text: Fahrkartensteuer, Schiffsabgaben, und jetzt Kotierungssteuer.

Man will die moderne Entwicklung aufhalten.

Das machen wir nicht mit. Was für den Zirkus Schumann eine Profittfrage war, ist für die Arbeiterschaft eine Lebensfrage. In Steuerfragen können wir von Frankreich wirklich nichts lernen.

Hochmut kommt vor dem Fall. Deshalb wird der Sturz der agrarischen Herrschaft nicht fern sein. (Beifall links, Unruhe rechts.)

Ein Vertagungsantrag wird angenommen. — Weiterberatung Dienstag 2 Uhr: Vorher Petitionen, Rechnungsachen.

Vizepräsident Dr. Paasche teilt mit, daß die namentlichen Abstimmungen zu den Steuergeetzen nicht erst auf den folgenden Tag verschoben werden, sondern immer sofort stattfinden sollen. Schluß 6¼ Uhr.

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Die „Pitanga“ ist glänzend illuminiert, mit dem Kaiser an Bord unter dem Salut der Forts gestern abend um 9 Uhr 30 Min. in Luzern eingetroffen und machte am Kai fest. Auch die Landungsstelle war festlich erleuchtet. Zahlreiches Publikum brachte dem Kaiser, der sich auf Deck zeigte, lebhaftes Hochrufe dar. Die „Hohenzollern“ traf aus Kiel ein und liegt ebenfalls am Kai.

Gestern vormittag 11 Uhr begab sich der Kaiser in Hamburg in Begleitung des Präsidenten für Handel, Schiffahrt und Gewerbe, Bürgermeister Schwab, auf dem Dampfer „Dalmann“ zur neuen Yachtwerft, um deren Neueinrichtungen zu besichtigen. Später folgte der Kaiser einer Einladung des Bürgermeisters Wurdach zur Frühstücks-Tafel. Hierauf begab sich der Kaiser um 3½ Uhr auf die „Pitanga“ zurück. Diese verließ um 4 Uhr den Hafen ebenfalls am Kai.

Die Kaiserin ist gestern abend 6 Uhr 20 Min. von Hamburg kommend, in Wildpark eingetroffen und hat sich ins Neue Palais begeben.

Der Tod des früheren Reichstags- und Landtagsabgeordneten Dr. Langerhans erweckt in allen liberalen Kreisen warme Anteilnahme. Der ehrwürdige Veteran des Liberalismus war allen ein Vorbild strengster Uneigennützigkeit, idealen Strebens und bis zum Zusammenbruch unermüdblicher Pflichterfüllung. Trefflich eintete sich in seinem Wesen ein schlichter, nüchtern, echt berlinisch praktischer Sinn mit weitherzigen, allem Fortschritt zugetanen Gedanken und einem weichen und reichen Gemüt. Ein einfacher Bürgermann, aber bei Leibe kein Philister! Mit besonderer Vorliebe verweilte Langerhans bei seinen 48er Erinnerungen. Seinem demokratischen, unabhängigen Geiste waren manche neuzeitlichen Entwicklungsphasen der Politik nicht sonderlich bequem; seine Hoffnungen auf Erfüllung seiner Ideale aber hat dieser greise Jüngling nie verloren. Dank ihm an seiner Bahre für seine reiche Lebensarbeit im Dienste der Allgemeinheit und Ehre seinem Andenken! — Die Trauerfeier für Dr. Langerhans wird wahrscheinlich am Samstag im Rathaus von Berlin stattfinden.

* Der König von Württemberg und die Deutsche Kolonialgesellschaft. Auf die von dem Präsidenten der Deutschen Kolonialgesellschaft, dem Herzogregenten Johann Albrecht, an den König von Württemberg gerichtete Anzeige, daß die nächstjährige Tagung der Deutschen Kolonialgesellschaft in der württembergischen Hauptstadt stattfinden würde, ist von Hebenhausen sofort die folgende Antwort eingegangen: „Er. Hoheit Herzog Johann Albrecht zu Württemberg, Regent von Braunschweig. Sehr erfreut durch Deine freundliche Mitteilung, für die ich herzlich danke, heiße ich die Deutsche Kolonialgesellschaft schon im voraus wärmstens bei uns willkommen, hoffe, daß erprobte, segensreiche Erfolge auf der nächstjährigen Versammlung erzielt werden und es uns gelingen möge, Dir und den Vertretern angenehme Tage in Stuttgart zu bereiten. Wilhelm.“

* Die Landtagswahl im Unterlahnkreis. Die Ersatzwahlen für die Wahlmänner sind auf den 13. August und die Wahl des Abgeordneten selbst auf den 18. August anberaumt. — Die gestrige Versammlung der Vertrauensmänner des Bundes der Landwirte stellte als Landtagskandidaten Herrn Oekonomierat Lude aus Frankfurt a. M. auf.

* Verband deutscher Journalisten- und Schriftstellervereine. In der gestrigen Sitzung des Delegiertentages des Verbandes deutscher Journalisten- und Schriftstellervereine in Breslau wurde die Zahl der Vereine, die der Kommission zur Vorberatung der Verbandsorganisation angehören, auf neun erhöht. Zu dem Antrag des Vereins Berliner Presse auf Einlegung einer Kommission zwecks Verständigung mit den Verlegern über die Alters- und Invalidenversicherung der Redakteure und ständigen Mitarbeiter referierte Wenzel-Berlin. Der Antrag des Vereins Münchener Berufsjournalisten, eine Kommission von Redakteuren, freien Journalisten und Schriftstellern einzusetzen mit der Aufgabe, vorbereitende Schritte für die Alters- und Invalidenversicherung für alle Angehörige des berufsmäßigen Schrifttums unter entsprechender Beitragleistung zu tun, wurde angenommen; es wurde beschlossen, die bereits bestehende Kommission für den Normalvertrag in Permanenz zu erklären und ihr beide Anträge zu überweisen. Dann wurde noch ein Antrag von Dr. Steinbach angenommen, nach welchem der Verein Berliner Presse, unter Zuziehung eines anderen Berliner Verbandsvereines, einen Entwurf über die Festsetzung von Grundätzen für die Behandlung der Manuskripte von Berufsschriftstellern in den Redaktionen ausarbeiten soll. Nach einem Referat von Giesen-Frankfurt a. M. über die Regelung des Reise- und UnterhaltungsweSENS wurden die diesen Punkt betreffenden Anträge des Frankfurter Journalisten- und Schriftstellervereines und des Journalistenvereines Hamburg angenommen. Dann hielt Rechtsanwalt Armer-Breslau ein Referat über die Frage: „Wie wird durch die neue Strafprozeßordnung und die Novelle zum Strafgesetzbuch Abhilfe der von der Presse wiederholt beklagten Uebelstände des Strafverfahrens und des Strafrechts herbeigeführt?“ und über die Frage des Urheberrechts. Die Abfassung einer entsprechenden Resolution, welche heute vorgelegt werden soll, wurde Giesen-Frankfurt und Armer-Breslau übertragen. Hierauf wurden die Verhandlungen um 5 Uhr abgebrochen. Abends fand Empfang im Reuter Rathause statt. Die Delegierten folgten abends einer Einladung der Stadt Breslau. In Vertretung der beiden Bürgermeister begrüßte Stadtrat Peterson die Erschienenen und hieß sie namens der Stadt Breslau herzlich willkommen. Der Vorsitzende des Schlesischen Journalisten- und Schriftstellervereines Dr. Hermann Hamburg stellte den städtischen Behörden den Dank für die liebenswürdige Einladung ab. Dann begrüßte Oberpräsident Graf Zedlitz-Trübschler noch nachträglich die Vertreter der Presse namens der Provinz Schlesien. Er sagte u. a., er sei ein Freund der Presse, und als ihr Freund könne er erklären, daß die Presse Deutschlands aller Zeit sich ihrer hohen Aufgabe bewußt war als Stütze und Förderin der Gegenwart und als Helferin zur Vorbereitung einer erfreulichen Zukunft. Der Presse Deutschlands gelte sein Hoch. Dr. Marx erwiderte mit einem Trinkspruch auf den schlesischen und Breslauer Geist.

* 29 Millionen für Festungsgelände. Der Magistrat in Königsberg i. Pr. hat nach langwierigen Verhandlungen mit dem Militärministerium den Ankauf des Festungsgeländes zum Kaufpreis von 29 Millionen Mark, zahlbar in 20 Jahresraten, beantragt.

Belung morgen früh, soweit erforderlich, nochmals erneuert, so daß Interessenten auch am letzten Tage dieser Sonderausstellung Gelegenheit zur eingehenden Besichtigung der Rosen haben. Nach Schluß der Sonderausstellung wird die Firma A. Weber u. Co., wie alljährlich, in ihrem Etablissement Parkstraße 45 noch einige Tage ein kleineres Sortiment Rosen zur Ausstellung bringen, wobei auch der Besuch der Gartenanlagen und -kulturen jedermann gestattet ist.

— Verkauf von Obst und Gemüse in der Ausstellung. Am Mittwochabend von 6 Uhr ab wird das in der Gartenbauhalle angestellte Gemüse und Obst zum Verkauf gestellt. Es dürfte sich hier eine wohl selten wiederkehrende Gelegenheit bieten, erschlaffte und preisgekrönte Ware zu angemessenem Preis zu erhalten.

— Der Postankunftskampel. Das Reichspostamt hat dem Zentralverband Deutscher Handlungsagentenvereine (St. Berlin), der wegen Wiedereinführung des Postankunftskampels vorstellig geworden war, einen ablehnenden Bescheid erteilt.

— Schwurgericht. Gelegentlich der bevorstehenden Schwurgerichtstagung wird am Mittwoch, den 30. d. M., vormittags 10 Uhr beginnend, als erster Fall verhandelt gegen den Agenten Philipp Kinkel aus Schierstein wegen Verbrochens aus § 176 1 RStGB. (Notzucht).

— Ein böser Streich wurde dieser Tage von einem noch nicht 14jährigen Jungen aus der Adlerstraße verübt. Unter dem Vorwand, sein Vater und sein Bruder seien schwer erkrankt, und deshalb wäre er zu Hause nötig, ließ er sich vom Schullehrer dispensieren. Die freie Zeit benutzte er jedoch zu einem Einbruch. Auf dem Römerberg 14 drang er in die Dachwohnungen ein, wählte alles durcheinander und stahl u. a. einen Hundertmarkschein. Er wurde bemerkt, doch gelang es ihm, zu entweichen, und erst nach längerem Suchen glückte es, ihn dingfest zu machen. Der Schlingel ist Sohn eines armen Arbeiters und seit längerer Zeit Halbwaise. Die Mutter fehlt und mithin die nötige Aufsicht.

— Diebstähle in der Ausstellung. In den vom Aufsichtspersonal schwer zu überblickenden Räumen des Beamtewohnhauses sind bereits wiederholt Diebstähle vorgekommen. Trotz Vermehrung des Aufsichtspersonals dauert der Unflug fort. So ist Sonntagnachmittag aus dem Ausstellungszimmer des Herrn Tapeziermeisters Schäfer eine weiße Tischdecke entwendet worden, und aus dem Musikzimmer eines Schreinermeisters wurde eine Standuhr gestohlen. Da die Beaufsichtigung durch uniformierte Beamte nicht zum Ziel geführt hat, werden für die Folge auch Kontrolloren in Zivil zur Verwahrung verwendet werden.

— Irrtum oder Betrug? Am Montag, den 4. d. M., vormittags, ließ ein Herr am Schalter 1 des Postamts in der Schönenhofstraße einen Zwangsamtsschein wechseln, stich diesen aber wieder zusammen mit dem Wechselgeld ein. Der betreffende Beamte, der dies erst nachträglich bemerkte, ist dadurch um diesen Betrag geschädigt worden, denn er muß ihn aus eigenen Mitteln ersetzen. Schon aus diesem Grunde wäre es sehr erwünscht, wenn die 20 M. bei dem Postamt in der Schönenhofstraße wieder abgefordert würden. Darauf dürfte freilich nur zu rechnen sein, wenn ein Irrtum vorliegt.

— Stala-Theater. Mit dem Einzug der neuen Direktion scheint auch das schmale Theater in der Stiftstraße zu neuem Leben erwacht zu sein. Binnen kurzer Zeit hat daselbst in der zielbewußten Leitung des Herrn Schröder einen großen Aufschwung genommen. Die artistischen Darbietungen haben sich gegen früher auf das vorteilhafteste abgeändert, wenn die einzige Stätte Wiesbadens, an welcher die leichtgeschürzte Mute ein Heim gefunden hat, allwöchentlich von dem besten Familien- und Fremdenpublikum besucht wird. Das derzeitige Programm zeichnet sich wieder durch Reichhaltigkeit und interessante Zusammenstellung aus. Der Vortragskünstler Hans Alexander verfügt über ein gutes Repertoire, das er wirkungsvoll zu veranschauligen weiß. Von Pianisterie und Saiten ist die französische Konzertfängerin Renée d'Ormesson, die an brillanten Eigenschaften mit auf die Bühne bringt. Seder und exakt arbeitet die Dramatikerin Käthe Weintraub, eine liebliche Wädchenscheinung, die auch als Angelläuferin Bewunderung verdient. Großen Beifall findet die moderne Vortragskünstlerin Minnie Waldau. Karl Heinz, der famose Saitler, ist hier bereits beizusammen; daß das Publikum ihm auch an dieser Stelle Obdankung zollt, bedarf wohl kaum noch der Behauptung. Selma Wallis ist eine Sourette, wie es deren nicht viele am Varieté gibt, voller Leben und Draperie. Das Alexander-Duo bringt mit seinen lustigen Vorträgen Leben in das Auditorium. Den Vogel indes in die Höhe der beliebte Humorist Hermann Neumann ab, der über ein fast unerhörtes Repertoire verfügt und stets einen Sturm von Applaus auslöst. Den Beschluß macht eine musikalisch-phantastische Szene von G. Brette und Fontaine. Diese Nummer ist eine Augenweide; die Bühne erscheint im Glanze von mehr als 100 farbigen Glühlampen, die eine pompöse Ausstattung beleuchten und die gefälligen musikalischen Darbietungen noch erhöhen. Schon diese Nummer allein würde den Besuch des Theaters lohnen. Bei diesem ausgezeichneten Programm dürfte der Direktion noch manches volle Haus sicher sein.

— Stadtbücherei verfolgt werden von der Staatsanwaltschaft hier der Händler, früherer Kellner Ernst Keller, von hier wegen gewerbetreibender Geschäftsführung, der Maurer Karl Lum aus Frankfurt a. M. wegen Substanzerei, der Schneider Richard Farr aus Aalen in Birmensberg wegen Betrugs.

— Bestwechsell. Das Haus Blumenstraße 11, Ecke der Humboldtstraße, mit Stallung und Garten ging durch Kauf aus dem Besitze der W. L. H. Richard Wolf Meyer darüber in denjenigen des Herrn Rentner Ernst Arumhoff aus Contra über. Das Geschäft wurde vermittelt und abgehandelt durch die Immobilien-Agentur von J. Chr. Glucklich, Wilhelmstraße 50.

Theater, Kunst, Vorträge.

* Kurhaus. Zu dem morgen Mittwoch im kleinen Saale des Kurhauses bei möglichem Eintrittspreise stattfindenden weiteren Abend des Königl. Bayerischen Soffkapplers Max Hoffbauer ist der Billetverkauf, wie wir hören, ein sehr lebhafter, was bei der Beliebtheit des Künstlers nicht wundern kann. Die „Münchener Zeitung“ vom 16. April d. J. sagt sehr originell: „Leute mit solchen Humor und Vortragstalent sollte man vertagen und im Interesse der Volksgesundheit jeden Tag öffentlich auf den Wägen der Stadt aufzutreten lassen. Es gäbe dann viel weniger Griesgramigkeit.“ Hoffbauer kann auch auf glänzende Erfolge im Ausland zurückblicken. In Mailand, Genua, Neapel, Cardone, Novi, Lugano, Ballanso, Bellagio, Locarno, in Zürich, Luzern, Basel, St. Gallen usw. registrierte Max Hoffbauer, und allerorten war sein Name die Attraktion für die Elite der Gesellschaft. — Morgen Mittwoch werden die beiden Abonnementskonzerte im Kurgarten um 4½ und 8½ Uhr von der Kapelle des Regiments von Gersdorff unter Obermusikmeister Gottschall ausgeführt. außerdem findet um

12 Uhr im großen Saale eine Orgel-Matinee, gleichfalls im Abonnement, statt. Es wirken mit: Herr Kapellmeister Hugo Afferni an der Orgel, der erste Flügel des Kurorchesters Herr Franz Danneberg und der Bassist des Kurorchesters Herr A. Gahn. Kapellmeister Afferni wird Orgelkompositionen von Rheinberger, Voss usw. vortragen, ferner kommen Werke für Flöte und Harfe, sowie Soli für Flöte und solche für Harfe zur Ausführung.



Sonderausstellung in der Gartenbauhalle.

Die in der Gartenbauhalle eröffnete Obst- und Gemüseausstellung, verbunden mit einer Ausstellung von Frührosensorten der Firmen A. Weber u. Co. in Wiesbaden und Franz A. Kreis in Niederwalluf, präsentiert sich als eine Darbietung von höchster Bedeutung. Die Zahl der sich beteiligenden Firmen ist, wie das bei den bisherigen Sonderausstellungen auch schon der Fall war, keine große; die Leistungen derselben verdienen aber alleamt das größte Lob. In der Obstausstellung steht an erster Stelle der 13. landwirtschaftliche Bezirksverein, welcher unter Leitung des verdienten Kreisobstbaulehrers Herrn Bidel ein Sortiment Frühobst, größtenteils verpackt, verpackt, vorführt, welches die Bewunderung aller Fachleute und sonstigen Besucher findet. Die im Obstbau und Obstverkauf so versierten Südtiroler können nichts Besseres bieten, als es hier durch unsere heimischen Obstzüchter geschieht. Wilhelm Vonn reist sich an; in ihm vereint sich der Züchter mit dem Künstler. Sein Erdbeer-Stilleben in Bildform würde einem Maler zur Ehre gereichen, wenn es nicht in natura, sondern in Öl oder Aquarell auf der Staffelei stände. Auch die Firmen Ch. Vohrenberger-Sonnenberg, Eschbach-Raunenthal, Heim-Schierstein, A. Schirmer-Viebrich, Schmidt-Dopheim, F. Falter und Goettel-Wiesbaden (Gurtenhaus), haben Vorzügliches ausgestellt.

Auf dem Gebiete der Gemüseausstellung ist die Kollektion des Vereins Wiesbadener Handelsgärtner in erster Linie zu nennen, die an Reichhaltigkeit und Gediegenheit nichts zu wünschen übrig läßt. W. Eder-Frankfurt a. M. bringt eine Neuheit in Salat, die gewiß viele Freunde finden wird. — Früchte und Konerven sind von Franzbühler-Wiesbaden ausgestellt. Spitzlay-St. Goarshausen stellt Aquarien mit Wasserpflanzen und ein außerordentlich reichhaltiges Sortiment von Gewürzkräutern, S. Catta-Viebrich Geranien und Petunien aus. Die Firma Ernst Wähl, welche sich auch auf den früheren Sonderausstellungen hervorragend betätigt und auch zum Kinderfest den Schmuck des Wagens der Blumenkönigin bereitwilligst übernommen hat, führt eine in den amerikanischen Farben gehaltene, den amerikanischen Geschmack charakterisierende Salondekoration vor.

Das Arrangement der Halle ist verändert worden, indem das mittlere Palmenbeet (Decorationsgruppe Schenk) in die Ecke gerückt und dadurch nach beiden Seiten vom Mittelgang aus ein freier Ausblick geschaffen ist. Die Halle macht dadurch einen ganz neuen Eindruck und erscheint bedeutend größer. Wegen eines einheitlichen Arrangements war diese Umänderung unbedingt notwendig. Da sich in einigen Kreisen bereits eine gewisse Ausstellungsübelkeit bemerkbar macht, so ist die Verleiherung von Geldpreisen erwogen worden. Der Vorstand ist im Prinzip hiermit einverstanden und soll nur noch über die Höhe derselben Beschlus gefaßt werden. Das gesamte Arrangement ruhte in den Händen des Herrn Gartenbauinspektors Vertbold und des Herrn Gartenarchitekten Stephan.

Prämierung.

I. Abteilung Gemüse und Obst: 1. Eschbach, Raunenthal, für Erdbeeren 2. Preis; 2. Heim, Schierstein, für Kollektion Gemüse 1. Preis; 3. Vonn, Wilhelm, Wiesbaden, für Erdbeeren und Gemüse 1. Preis, Ehrenpreis und Geldpreis; 4. Vohrenberger, Chr., Sonnenberg, für Erdbeeren und Gemüse 1. Preis und Geldpreis; 5. August Schirmer, Viebrich, für Gemüse 1. Preis und Geldpreis; 6. Franzbühler, Wiesbaden, für sandierte Früchte 1. Preis; 7. Verein Wiesbadener Handelsgärtner für Gemüse 2. Preis; 8. 13. Landwirtschaftlicher Bezirksverein, ausgestellt durch Obstbaulehrer Bidel, für Gemüse und Obst 1. Preis und Geldpreis; 9. Wilhelm Spitzlay, St. Goarshausen, für Kollektion Küchenkräuter 2. Preis; für Aquarien ebenfalls 2. Preis; 10. Schmidt, Dopheim, für Gemüse 1. Preis und Geldpreis; 11. F. Falter, Wiesbaden, für Gemüse 1. Preis und Geldpreis; 12. Goettel, Wiesbaden, Gurtenkultur unter Glas 1. Preis und Geldpreis. II. Abteilung, Rosen, Topfpflanzen und Bänderen: 13. A. Weber u. Co., Wiesbaden, für Rosen und Dekoration 1. Preis, Ehrenpreis und vorgeschlagen für Staatsmedaille; 14. Franz A. Kreis, Niederwalluf, für abgeschlittene Rosen 1. Preis und Ehrenpreis; 15. S. Catta, Viebrich, für Gruppen blühender Pelargonien und Petunien 1. Preis und Geldpreis; 16. E. Wähl, Wiesbaden, für Bänderel (blumengeschmückte Zimmer eines Deutsch-Amerikaners) 1. Preis und Ehrenpreis. Außer Konkurrenz stellten aus: 1. W. Cokmann Nachf., Rödelheim bei Frankfurt a. M., eine sehr schöne Neuheit in Malmaison-Roseln (eigene Züchtung). Diefelbe erhielt den Namen „Wiesbaden“. 2. E. Becker, Hofl., Wiesbaden, eine recht wirkungsvolle Dekorationsgruppe, welche zur Belebung des Gesamtbildes wesentlich beiträgt; 3. Veigeordneter Adner, Wiesbaden, aus seinem Privatgarten eine Kollektion abgeschlittener Stauden, die sicher das Interesse aller Gartenliebhaber erwecken wird.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

68 Erbenheim, 21. Juni. Beim 56. Feldbergfest wurden die Turner Heinrich Dienstbach mit 83½ Punkten 11. und Adolf Bombberger mit 68 Punkten 62. Sieger.

1. Jagst, 21. Juni. Bei dem gestrigen 56. Feldbergfest errangen die Turner Wilhelm Land mit 67 Punkten den 40. Preis und Karl Kitz mit 54½ Punkten den 69. Preis.

a. Eschheim a. M., 21. Juni. Wie der „Stadtanz.“ meldet, wurde ein in Mainz beschäftigter junger Kellnerarbeiter von hier bei der Heimfahrt durch ein Automobil vom Rad geschleudert und erhebt sich am Kopf verletzt. Die Insassen des Autos führen ihres Weges weiter, ohne sich um den Gefährteten zu kümmern. Leider konnten ihre Personalien nicht festgestellt werden.

Rassauische Nachrichten.

6. Höchst a. M., 21. Juni. Wie das „Kreisl.“ mitteilt, wird der hier am Feilshheimer Weg 8 wohnhafte Kuffischer Andreas Ochs, ein durchaus nützlichener und ordentlicher Mann demitt. Ochs ist gestern morgen nach Frankfurt gefahren, um zu einem Zahnarzt zu gehen, ist aber nicht nach Hause zurückgekehrt. Die bisher angestellten Nachsuchen waren ohne Erfolg. Ochs ist 38 Jahre alt, verheiratet und lebt in durchaus geordneten Verhältnissen, so daß für eine freiwillige Entfernung kein Grund ersichtlich wäre.

d. Idstein, 21. Juni. Ein Transportautomobil der Firma G. Brubacher u. Co. in Frankfurt a. M., Riddastraße 100, erlitt heute mittag hier einen schweren Unfall. Mit vier Personen und Wurst beladen, kam es von Oberseelbach her. Bei der Einfahrt in die Stadt, die bekanntlich die sehr steile Obergasse herunter geht, verlor plötzlich die Bremse und das Auto fuhr mit rasendem Tempo die Straße hinab. Beim Rathaus nahm es, dank der Geistesgegenwart des Fahrers, geschickt die scharfe Kurve um das Gerhaus „zur Krone“ noch, dann rutschte der Hinterrad herum und schlug gegen das Häcker Viktoria Haus. Der ganze hintere Teil des Wagens samt einem Hinterrad sind zertrümmert, Räder und Vorderräder flogen nur so herum. Der Schaden des Wagens und des Hauses ist leicht wieder hergestellt, es konnte aber schlimmer passieren. Die Straße und das Trottoir sind an dieser belebten Stelle sehr eng und ein Ausweichen sehr schwer. Zur Zeit des Unfalls spielten Kinder dort und diesen gelang es, auch den Infanten wunderbarweise schnell beiseite zu springen. Der Fall lehrt wieder, daß den Bremsen der Autos nicht genug Aufmerksamkeit geschenkt werden kann, den Fahrer selbst trifft hier durchaus keine Schuld.

i. Limburg, 21. Juni. Dem kurzen Bericht über das 24. Jahresfest der evangelischen Kirchengesangsvereine des Konfistorialbezirks Wiesbaden ist noch folgendes nachzutragen. Die Delegierten- und Generalversammlung wurde unter der Leitung des Herrn Pfarrers Beesenmeyer-Wiesbaden abgehalten. Auf dem Begrüßungsabend am Samstag hieß Herr Delan Obenaus die Gäste willkommen, während der Verbandspräsident Herr Beesenmeyer einen Rückblick über die Vereinsentwicklung bot und Herr Geh. Konfistorialrat Jäger-Vierstadt einen Vortrag über die Bedeutung kirchlicher Jubiläumstage hielt. Gesangsvorträge des Cäcilienvereins, des evangelischen Kirchenchors Limburg wechselten mit Vorträgen des Riedlicher Kirchengesangsvereins und musikalischen Vorträgen ab. Besonders freundlich aufgenommen wurden die Volkslieder des Riedlicher Vereins. Im Gottesdienst am Sonntagmorgen sang der Verein Nassau; die Predigt hielt Herr Pfarrer Schloffer-Wiesbaden. Im Hauptfestgottesdienst, der, wie auch der übliche Sonntagsgottesdienst, sehr stark besucht war, sang ein unter der Leitung des Herrn Hofheinz-Wiesbaden stehender, mehrere Hundert Sänger stark Kirchor. Auf der Festversammlung im Gemeindehaus begrüßte Herr Bürgermeister Haerter die Gäste namens der Stadt Limburg, während Herr Geh. Konfistorialrat Jäger die Grüße des Konfistoriums vermittelte, und Herr Landgerichtspräsident de Riem toastete auf den Verband der Kirchengesangsvereine. Vertreten waren folgende Vereine: Wiesbaden, Viebrich, Breckenheim, Braubach, Ems, Hachenburg, Hadamar, Idstein, Nassau, Oberlahmstein, Singhofen, Sonnenberg und Limburg. Das nächste Jahresfest findet in Caub statt.

h. Ems, 21. Juni. In einer hier stattgefundenen Sitzung des Gläubigerausschusses in dem Konkurs des Vorschuh- und Kreditvereins Nassau wurde bekannt gegeben, daß der Versuch, einen Zwangsvergleich herbeizuführen, an der Weigerung der Mitglieder, freiwillige Beiträge zur Aufbringung der zur Deckung des beträchtlichen Defizits erforderlichen Summe zu zeichnen, gescheitert ist. Nunmehr wird gegen sämtliche Mitglieder des Vereins, die sich auf Nassau und etwa 20 Ortschaften der Umgebung verteilen, auf Zahlung der Stammanteile und Deckung des Defizits geklagt werden.

Aus der Umgebung.

— Homburg v. d. S., 21. Juni. Die Großherzogin-Bittne von Luxemburg in Begleitung ihrer Tochter, der Großherzogin von Baden, trafen heute nachmittag um 6 Uhr von Schloss Königstein kommend in Dornholzhäusen ein, um der Witwe ihres Kommerberren, Frau v. Dieslau einen Kommodorensbesuch abzustatten.

— Hanau, 21. Juni. Zum Polizeidirektor von Hanau und Landrat des Landkreises Hanau ist Landrat Freiherr Laur zu Münchhofen, bisher in Ottweiler, ernannt worden.

* Mainz, 22. Juni. Rheinpegel: 1 m 22 cm gegen 1 m 30 cm am gestrigen Vormittag.

Gerichtssaal.

Wiesbadener Strafkammer Sittlichkeitsdelikte.

Die Ehefrau Auguste E. aus Mainz verbüßt zurzeit eine einjährige Gefängnisstrafe, die sie sich wegen Verbrochens wider das keimende Leben zugezogen hat. Nach einer neuerlich wider sie erhobenen Anklage soll sie sich noch in einem weiteren Fall mit derartigen Sachen befaßt haben. Die Frau, welche sie dabei in Behandlung nahm, ist an einer eitrigen Bauchfellentzündung gestorben, und es wird angenommen, daß der Tod auf das Konto der Behandlung zu setzen ist, welche die E. ihr hat angedeihen lassen. Der Gerichtshof traf demgemäß seine Feststellungen und verhängte über die Angeklagte einschließlich der noch in der Verbüßung begriffenen Strafe 1 Jahr 8 Monate Zuchthaus. — Wegen Blutschande, begangen mit seiner 15 Jahre alten Stieftochter, und Sittlichkeitsverbrochens aus § 176 3, begangen mit einer anderen, 12 Jahre alten Stieftochter, erhält der einmal bereits wegen Sittlichkeitsverbrochens verurteilte Tagelöhner Johann W. aus Untertlederbach eine Gesamtstrafe von 2 Jahren Zuchthaus.

Totschläger seiner Frau.

Frankfurt a. M., 21. Juni. Das Schwurgericht verurteilte heute den aus Wöhrnen gebürtigen 30jährigen „Schweizer“ Alfred Wirschniger, der am Osterdienstag seine in einer hiesigen Wirtschaft beschäftigte Frau wegen Untreue erstochen hatte, unter Annahme mildernder Umstände zu 2 Jahren Gefängnis.

Schnelle Sühne.

wb. Darmstadt, 21. Juni. Das Schwurgericht verurteilte heute den 51jährigen Tapezierer Broch, der am 2. Juni den Metzgermeister Wabner nach einem vor-

ausgegangenen Streit durch Revolvergeschüsse tötete, wegen vorsätzlicher Tötung unter Verfassung mildernden Umständen zu dem höchstzulässigen Strafmaß von 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust.

Kleine Chronik.

Giftige Maiglöckchen. In Heinsdorf geriet einem 21 Jahre alten Mädchen beim Blumenpflücken giftiger Maiglöckchen in eine offene Wunde. Das Mädchen starb innerhalb 24 Stunden an Blutvergiftung.

Stetigfortschritte. Beim Grundausheben für den Erweiterungsbau der Auerischen Fabrik in Donauwörth wurden zehn Stelette, sowie sieben stark patinierte Silbermünzen gefunden. Man vermutet, daß die Gebeine von Soldaten herrühren, die in früheren Kriegszeiten von Feindeshand fielen und dann verscharrt wurden.

Eine Skandalgeschichte. Über bedauerliche sittliche Verfehlungen von Unteroffizieren, die auch wir gestern kurz mitteilten, meldet der „Saarbrücker L.-A.“: Wegen Vergehens wider die Sittlichkeit, begangen an einer Anzahl Mädchen im Alter von 12 bis 16 Jahren, wurden in Eisenborn mehrere Unteroffiziere und ein Feldwebel vom Infanterie-Regiment Nr. 70 in Saarbrücken verhaftet. Die Untersuchung soll ergeben haben, daß sich u. a. ein Mädchen vier Tage lang in der Kaserne aufgehalten hat und es bei der Zimmerrevision durch den betreffenden Unteroffizier jedesmal im Spind versteckt wurde. Die zum größten Teil noch schulpflichtigen Mädchen wurden sofort vom Rektor von der Schule verwiesen. Auf eine Anfrage am Ort und Stelle hin wird die Tatsache, daß Vergehen der geschilderten Art in Eisenborn vorgekommen sind, bestätigt; nur soll die Meldung des „L.-A.“ übertrieben sein.

Aus Eifersucht verfolgte in Halle der Schmiedegeselle Böttcher zwei Dienstmädchen und gab auf die Entlassenden Revolvergeschüsse ab. Die Mädchen sprangen in ihrer Angst aus dem Fenster ihrer Kammer und wurden durch den Sturz lebensgefährlich verwundet. Böttcher erschöpfte sich.

Internationale Kirchenräuber. Unbekannte Täter brachen in die Bozener Pfarrkirche ein, raubten mehrere wertvolle Kirchengeräte, darunter eine kostbare, mit Juwelen besetzte Halskette der Muttergottesstatue und richteten schließlich eine große Verwüstung an. Wahrscheinlich handelt es sich um internationale Kirchenräuber, die sich abends in dem Gotteshaus einsperren ließen.

Überfall auf einen Polizeiergeanten. In Bochum wurde nachts ein Polizeiergeant im Stadteil Hamme von vier unbekanntem Kerlen überfallen, seiner Waffe beraubt und durch sieben Messerstiche und Säbelhiebe am Kopf schwer verletzt. Man fand ihn früh morgens unter einer Eisenbahnunterführung in seinem Blut liegend und brachte ihn besinnungslos ins Krankenhaus.

Der Mord im New Yorker Chinesenviertel. Die Polizei in Amsterdam (Staat New York) verhaftete Chong Sing, der gleichzeitig mit Leon, dem Mörder der Elise Sigel, verschwand. Die Polizei in Schenectady (Staat New York) verhaftete einen Chinesen, der Leon sein soll. Bei dem Transport der Gefangenen wurden umfangreiche Vorsichtsmaßnahmen getroffen, da bei der grenzenlosen Volkswut Lynchjustiz befürchtet wurde.

Eine Epidemie im Seminar. Laut württembergischem „Staatsanzeiger“ ist im evangelisch-theologischen Seminar zu Maulbronn fast die Hälfte der Jüglinge erkrankt; die Krankheit äußert sich in Kopfschmerz, Schmerzen im Unterleib und Fieber. Das Medizinalkollegium hat die Untersuchung eingeleitet.

Das Wiederaufnahmefesuch im Prozeß Hau abgelehnt. Das Landgericht Karlsruhe hat das Wiederaufnahmefesuch des zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten Rechtsanwalts Hau abgelehnt.

Verhafteter Mörder. Der 27jährige Ausländer Alfred George Koates wurde in Liverpool unter dem Verdachte verhaftet, die kleine Magde Kirby ermordet zu haben, deren Leiche in einem leeren Hause gefunden wurde, nachdem das Kind 18 Monate vermisst worden war.

Typus im Erziehungsanstalt. Das bischöfliche Erziehungsanstalt in Bassau wurde wegen der vorgekommenen Typhusfälle geschlossen.

Letzte Nachrichten.

Die Deszendenten- und Gattensteuer gefallen!
Berlin, 22. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Finanzkommission des Reichstags hat den entscheidenden § 9a der Erbansatzsteuervorlage mit 14 Stimmen (Konservative, Zentrum und Polen) gegen 14 Stimmen abgelehnt. Auch alle Abänderungsanträge wurden abgelehnt. Damit ist die Deszendenten- und Ehegattenbesteuerung gefallen.

Die Mißstände in der französischen Marine.
hd. Paris, 22. Juni. „Journal“ teilt mit, daß am nächsten Donnerstag der Bericht der Marine-Untersuchungskommission durch den Generalberichterstatter Henry Michel der Kammer zugestellt werden wird. Das genannte Blatt ist bereits in der Lage, die Hauptpunkte des Berichts zu veröffentlichen. Die Untersuchungskommission stellt darin fest, daß bezüglich der Artillerie den durch die Katastrophe an Bord des Schlachtschiffes „Fenac“ verursachten ausdrücklichen Wünschen der Kammer keinerlei Rechnung getragen worden ist, daß ferner die Munitionsbestände noch immer nicht ergänzt worden sind. Bezüglich einiger Geschütztypen hat die Untersuchung unglaubliche Tatsachen zutage gefördert. So sind z. B. Bestellungen von 350-Millimeter-Geschützen gemacht worden, ohne das Modell einer Probe zu unterziehen. Die Bedingungen der Panzerschiffe erfolgte vielfach, ohne daß die Pläne fertig gestellt waren. Die Folge davon war, daß schon während des Baues umfangreiche Abänderungen vorgenommen werden mußten. Die Industriellen, die für die Staatsmarine lieferten, bildeten ein Syndikat, das der Marineverwaltung erhöhte Preise diktierte. Bei der Verbindung der Panzerplatten für die letzten Panzerschiffe hatte bereits vorher jede der in Betracht

kommenden 5 Firmen ihren Typ gewählt und die Preise in diesem Sinne aufgestellt. Frankreich, das bis 1911 6 Schiffe vom Typ des „Danton“ haben soll, besitzt bis heute noch nicht ein Trockendock, das eines dieser Schiffe aufzunehmen vermag. Der Bericht schließt mit der Ansicht, daß alles reorganisiert werden müsse und zwar von Grund auf.

Ein griechisches Dementi.

wb. Athen, 22. Juni. Die Meldungen aus Saloniki über Kämpfe zwischen einer griechischen Bande und türkischen Truppen bei Ziya (Epirus) und das Erscheinen einer anderen griechischen Bande bei Clafona betrachtet man hier als in allen Teilen erfunden und tendenziös. Man ist tatsächlich sicher, das zurzeit weder in Epirus noch in Mazedonien irgend eine griechische Bande tätig ist und da die eben erwähnten Ereignisse nicht nach Athen gemeldet worden sind, was geschehen wäre, wenn derlei Dinge wirklich vorgekommen wären, so ist man überzeugt, daß diese Meldungen zu einem bestimmten Zweck in Umlauf gesetzt worden sind. Groß-Griechenland beobachtet eine absolut friedliche, korrekte Haltung. Die griechische Bevölkerung der Türkei ist von denselben Gefühlen befeelt; sie ist zurzeit in keiner Weise zu einer Aktion geneigt, wie man sie ihr zu Unrecht zuschreibt, um sie vor der öffentlichen Meinung Europas zu kompromittieren.

Luftschiffverbindung Paris-London.

wb. London, 22. Juni. Du Gros, Mitglied des Unterhauses und Sekretär des parlamentarischen Luftverteidigungskomitees, widerspricht in einem Morgenblatte den gestrigen Ausführungen der „Morning Post“, daß für das Luftverteidigungswesen in England bisher nichts getan worden sei im Anschlusse an die Versuche im Auslande und vor den englischen Armee- und Marine-Sachverständigen. Es sei bereits angeordnet, daß noch vor Schluß der parlamentarischen Session versucht werden soll, von Paris nach London in einem Luftschiffe zu fahren, das das größte und stärkste aller bisher gebauten Luftschiffe sein werde. Es werde ein Fassungsvermögen von 22 500 Kubikfuß und zwei Motore von je 220 Pferdestärken haben, 25 Passagiere aufnehmen können, eine Stundengeschwindigkeit von 25 bis 40 englischen Meilen entwickeln, und einen Benzinvorrat für eine Fahrt von 700 englischen Meilen mitführen können. — Das Komitee sicherte sich für England das Vorkaufsrecht. Das Luftschiff müsse infolge des Fehlens einer passenden Landungshalle von England sofort nach Paris zurückkehren.

Erfreuliches Urteil.

New York, 22. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Gouverneur Hughes erklärte in einer Ansprache an den Nordöstlichen Sängerbund: Wir können von den deutschen Sitten, dem deutschen Geist und der deutschen Kameradschaftlichkeit viel lernen. Der Einfluß deutscher Musik und deutschen Sanges wird unser Land und unsere Verhältnisse läuternd durchdringen.

Die Cholera in Petersburg.

hd. Petersburg, 22. Juni. Die Cholera beginnt nunmehr auch in der Umgebung in verstärktem Maße aufzutreten. Gestern waren 70 neue Erkrankungen zu verzeichnen.

Kontinental-Telegraphen-Kompagnie.

London, 22. Juni. 63 zur Teilnahme an den Mandern bestimmte Schiffe der Heimatsflotte sind aus den Häfen von Sheerness und Chatham ohne den geringsten Maschinendefekt in See gegangen. Ebenso wird von den anderen Schiffen des Geschwaders gemeldet, daß sie keine Mängel aufweisen. Dies zeigt den Erfolg des Systems, einen Stamm von ausgebildeten Mannschaften auf den Kriegsschiffen zu belassen, die sie auf dem Friedensfuß in kriegstüchtigem Zustand erhalten.

London, 22. Juni. Kriegsminister Galdane teilte der „Morning Post“ mit, daß ihre Luftschiffpende vom Kriegsministerium mit Dank angenommen worden sei. Die Sammlungen zum Ankauf eines Luftschiffes haben bereits 2693 Pfund Sterling ergeben.

Depeschenbureau Herald.

Wien, 22. Juni. Der ungarische Ministerpräsident Weferele ist gestern von Budapest in Wien eingetroffen und wird heute vom Kaiser empfangen werden. Dieser Audienz wird in Wien besondere Bedeutung beigemessen, da in ihr die Entscheidung in der inneren Krise fallen soll.

Wien, 22. Juni. Wie das „Neue Wiener Tageblatt“ von autoritativer Seite erfährt, ist die Meldung von einer schweren Erkrankung des spanischen Thronprätendenten Don Carlos irrtümlich. Dieser hält sich zurzeit in dem Luftkurort Varese auf.

London, 22. Juni. Hier tritt das Gerücht auf, daß im September eine zweite Zusammenkunft zwischen König Edward und dem Zaren stattfinden werde, und zwar entweder in der Nordsee oder in der Ostsee.

Athen, 22. Juni. Laut offizieller Meldung aus Canea hat die griechische Regierung die Verständigung erhalten, daß die fremden Truppenkontingente am 27. Juli Areta verlassen werden.

wb. Berlin, 22. Juni. Am Sonntagabend zog die Eisenbahndirektion sämtliche Eisenbahnreviseure des Nordbahnbezirktes und der Bernauer Strecke zusammen, um den an den Sonntagen vorkommenden Fahrgebidhinterziehungen entgegenzutreten. Über 200 Personen wurden mit Fahrkarten 3. Klasse in der 2. Klasse betroffen.

hd. Saarbrücken, 22. Juni. Die Sittlichkeitsaffäre hat nach den jetzt vorliegenden Meldungen nicht so weite Kreise gezogen, wie man anfänglich befürchtete. Bisher sind ein Bizefeldwebel, ein Sergeant und zwei Unteroffiziere verhaftet worden. Vier Mädchen sollen an der Affäre beteiligt sein.

wb. Stuttgart, 22. Juni. Auf dem Truppenübungsplatz zu Münsingen wurde beim geschichtsmäßigen Schießen ein Soldat in Zeigerbedeckung durch eine Kugel in den Kopf getroffen; laut „Schwab. Merkur“ ist derselbe der Schutzverletzung am Sonntag im Lazarett erlegen.

wb. Innsbruck, 22. Juni. Bei der Überschreitung der Reiterstige stürzten zwei Damen über eine hohe Felswand

ab. Die eine Dame erlitt eine Gehirnerschütterung und sehr schwere Verletzungen; sie schwebt in Lebensgefahr. Die andere kam mit leichteren Verletzungen davon.

hd. Ebnenburg, 22. Juni. In dem Orte Turje brach Großfeuer aus, wobei 34 Bauerngehöfte eingeschert wurden. Drei Personen kamen in den Flammen um.

hd. Graz, 22. Juni. Vorgefieri Nacht überfiel der 16-jährige Lehramts-Kandidat Max Koybek, der Sohn eines Oberlehrers in Marburg in Steiermark den Hausbesitzer Wiedemann, um ihn zu berauben. Koybek verletzte sein Opfer durch einen Messerstich in die Brust tödlich.

hd. Belgrad, 22. Juni. Während der vorgestrigen Vorstellung im National-Theater entstand eine Panik dadurch, daß Prinz Georg so lärmend das Theater betrat, daß viele Personen erschrakten und eine Frau in Ohnmacht fiel. Erst als der Prinz selbst ins Publikum rief, es bestehe keine Gefahr, trat Ruhe ein.

Letzte Handelsnachrichten.

Telegraphischer Kursbericht.

(Mitgeteilt vom Bankhaus Pfeiffer u. Co., Langgasse 18.)
Frankfurter Börse, 22. Juni, mittags 12 1/2 Uhr. Kredit-Aktien 169.80, Diskonto-Kom. 185.25, Dresdner Bank 153, Deutsche Bank 241, Handels-Gesellschaft 171.80, Staatsbahn 155, Lombarden 21.40, Baltimore und Ohio 114.80, Gelsenkirchen 177.50, Bochumer 225, Harpener 179.75, Laurahütte 180.50, Türkenlohe 145.80, Nordb. Lloyd 90, Hamb.-Amerika-Paket 116.50, 4proz. Ruffen 86, Pödnitz 170.80.

Öffentlicher Wetterdienst.
Wettervorausagen
für den 23. Juni:
der Dienststelle Frankfurt a. M.
(Meteorolog. Abteilung des Hospital. Vereins):
Veränderliche Bewölkung, Gewitterregen, etwas kühler, westliche Winde
der Dienststelle Weilburg
(Landwirtschaftsschule):
Wechselnde Bewölkung, Regensfälle teilweise in Gewitterbegleitung, nur wenig kühler.
Genaueres durch die Frankfurter und Weilburger Wetterarten (monatl. je 50 Pf.), welche am Tagblatt-Haus* Langgasse 27 täglich angeschlagen werden.
Die Wettervorausagen sind außerdem in der Tagblatt-Haupt-Agentur Wilhelmstraße 6 und in der Tagblatt-Zweigstelle Bismarckring 29 tägl. ausgehängt.

Meteorolog. Beobachtungen. Station Wiesbaden.

21. Juni.	7 Uhr morgens	2 Uhr nachm.	9 Uhr abends.	Mittel.
Barometer auf 0 u. Normalhöhe	751.0	747.5	745.4	748.0
Barometer a. d. Meerespiegel	760.9	757.3	755.4	757.9
Thermometer (Celsius)	17.7	20.0	16.2	17.5
Luftspannung (Millimeter)	11.5	13.8	13.1	12.8
Relative Feuchtigkeit (%)	76	79	96	83.7
Windrichtung	SW. 2	NO. 2	N. 2	—
Niederschlagshöhe (Millim.)	—	8.5	2.9	—
Höchste Temperatur (Celsius)	25.5. Niedrigste Temperatur 14.6.			—

Auf- und Untergang für Sonne (☉) und Mond (☾).
(Durchgang der Sonne durch Säulen nach mitteleuropäischer Zeit.)

Juni.	im Süden	Aufgang	Untergang	Aufgang	Untergang
	Uhr Min.	Uhr Min.	Uhr Min.	Uhr Min.	Uhr Min.
23.	12 29	4 19	8 39	9 48	—

Geschäftliches.

Urteil eines Arztes, der eingehende Versuche machte.

Wien II, Vereinsgasse 24, am 15. Februar 1908. Ich habe Ihr „Bioion“ in 36 Fällen bereits mit besten Erfolgen angewendet. So bei Lungenerkrankung, bei Rheumalergien, bei Malaria, bei Erbrechen schwangerer Frauen, bei einigen Kinderkrankheiten, wie Diphtherie und Keuchhusten und schließlich auch als vorzügliches Nahrungsmittel. Ich werde nicht verfehlen, es stets anzuwenden, nachdem es auch manchen Patienten der Billigkeit halber zu verordnen ist. Mit Hochachtung gez. Dr. Max B., Emer. gen. Sekundarius des Rudolf-Spitals Oper. Hala, der Klinik Althaus.
— Bioion ist ein Kraftspender für alle Schwache und Klende, Kinder in der Entwicklung usw., dessen belebende, erfrischende Wirkung auf Körper und Geist sich meistens nach wenigen Tagen bemerkbar macht. Erhältlich 1/2 Fl. 3 Mk., für einige Wochen ausreichend, in Apotheken, Drogerien usw. Man lese die Urteile der Professoren und Ärzte und beachte die Billigkeit. F.S.

Die Abend-Ausgabe umfaßt 10 Seiten.

Verantwortlicher Redakteur für Politik und Handel: H. Ogerhark; für Anzeigen, Sport und unter. Teil: J. Kaiser; für Wiesbadener Nachrichten: J. B. C. Bosafer; für Kölnische Nachrichten, Aus der Umgebung und Gerichtsverhandlungen: H. Diefenbach; für die Anzeigen und Nekrolog: G. Bornau; sämtlich in Wiesbaden.
Druck und Verlag der L. Schellensberg'schen Hof-Druckerei in Wiesbaden.